



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Hans Kelsen und der Austromarxismus

verfasst von / submitted by

Mag. Susanne Gmoser BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2020 / Vienna 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

HR Doz. Dr. Johann Dvořák

Eine Kundgebung des geistigen Wien.

Ein Zeugnis für die große soziale und kulturelle Leistung der Wiener Gemeinde.

*Angesichts des politischen Kampfes in dieser Stadt fühlen wir uns vor unserem Gewissen verpflichtet,
folgende Erklärung abzugeben:*

*Der geistig wirkende Mensch steht zwischen und über den Klassen. Er kann sich k e i n e m
p o l i t i s c h e n D o g m a b e u g e n , denn der Geist allein ist es, der die neuen Wirklichkeiten
schafft, deren sich die Politik erst später bemächtigt. Ein Augenblick aber wie dieser verlangt von uns
Entscheidungen, die im g e i s t i g e n Sinne getroffen werden müssen.*

*Es ist nicht unsere Absicht, in den Kampf der Wirtschaftsauffassungen einzugreifen und zu
Steuerfragen etwa das Wort zu nehmen. Nach unserer Meinung haben Staat und Gesellschaft die
Pflicht, dem einzelnen Menschen das Leben zu erleichtern und nicht zu erschweren. Wir verwerfen
daher alle unbillige Härte obrigkeitlicher Forderungen.*

*Es wäre ein wahres Versäumnis, wenn man im Abwehrkampf gegen
Steuerlasten die große soziale und kulturelle Leistung der Wiener
Stadtverwaltung übersähe. Diese große und fruchtbare Leistung, welche die Bedürftigen
leiblich betreut, die Jugend nach den besten Prinzipien erzieht und entwickelt, den Strom der Kultur in
die Tiefe leitet, diese Taten wollen gerade wir anerkennen, dieses überpolitische
Werk möchten gerade wir erhalten und gefördert wissen. Geist und Humanität sind ein und
dasselbe. Sie vermögen die lauten und gierigen Gegensätze des materiellen Lebens zu mildern.
Mögen auch die ökonomischen Bewegungen und politischen Schlagworte schreiend den Vordergrund
behaupten, wir werden u n s n i c h t b e t ä u b e n l a s s e n . Wir können das Opfer des beseelten
Intellekts nicht bringen. Wir müssen daher dem V e r s u c h e n t g e g e n t r e t e n , die Oeffentlichkeit
durch eine wirtschaftliche Kampfparole zu blenden, die aber in Wirklichkeit nur auf den S t i l l s t a n d ,
ja auf den R ü c k s c h r i t t abzielt.*

*Wesen des Geistes ist vor allem Freiheit, die jetzt gefährdet ist, und die zu
schützen wir uns verpflichtet fühlen. Das Ringen um eine höhere
Menschlichkeit und der Kampf gegen Trägheit und Verödung wird uns immer
bereit finden. Er findet uns auch jetzt bereit.*

Arbeiter-Zeitung vom 20. April 1927,
unterzeichnet u.a. von Dr. Hans Kelsen,
Professor an der Universität Wien

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	2
Methode.....	6
Der Austromarxismus – Versuch einer Begriffsbestimmung	8
Nationalitätenkonflikt: Marxismus im Vielvölkerstaat der ausgehenden Habsburgermonarchie? .	13
Ein dritter Weg? Das Linzer Programm von 1926	18
Radikale Theorie, zurückweichende revolutionäre Praxis	21
Wie wurde die Marxsche Methode im Austromarxismus rezipiert?	24
Das Modell des „integralen Sozialismus“	28
Biographische Aspekte zum Leben Hans Kelsens	31
Das Verhältnis Hans Kelsens zum Austromarxismus	38
Fachliche Auseinandersetzungen mit dem Marxismus	42
Hans Kelsen und Max Adler: „Zurück zu Marx“, „Vorwärts zu Lassalle“ oder „beim Kelsenschen Demokratieverständnis bleiben“?.....	53
Kelsens persönliche Beziehungen zu führenden Austromarxisten.....	56
Hans Kelsen und die Bundesverfassung, oder: Ideologie und Realität der Demokratie.....	59
Einrichtung der Bezirksverwaltung: das Konzept der Räte Demokratie.....	63
Kelsen und die Demokratie – Die Demokratie als Bedingung des Sozialismus	64
Austromarxistische Erziehungs- und Bildungspolitik – Der Austromarxismus als Kulturbewegung	67
Hans Kelsens Bildungseinsatz im Wien der 1920er Jahre.....	74
Rezeption der Werke Hans Kelsens im DDR-Marxismus	76
Schlussbetrachtungen	79
Literatur- und Quellenverzeichnis	82
Literaturverzeichnis.....	82
Internetquellen.....	88
Rechtsquellen	89
Danksagung	90
Abstract	91

Einleitung

In einem Aufsatz mit dem Titel „Rechtsstaat und Staatsrecht“, der 1913 in der Zeitschrift „Österreichische Rundschau“ veröffentlicht wurde, stellt Hans Kelsen grundlegend fest, dass sich die Rechtswissenschaft niemals der ideologischen Rechtfertigung der gerade vorherrschenden politischen Tendenz unterwerfen solle. Er prangert dabei vor allem jene Juristen der ausgehenden Habsburgermonarchie an, die – einen monarchischen Absolutismus herbeisehnend – gewillt sind, „unter dem Deckmantel der ‚Objektivität‘ hemmungslos opportun zu handeln“ und „bestehende rechtsstaatliche Normen und konstitutionelle Regeln zugunsten obrigkeitlicher Willkür umzuinterpretieren“¹.

So konstatiert er:

„(...) niemals hat selbst die schrankenloseste Staatsgewalt darauf verzichtet, sich das Mäntelchen einer Rechtsterminologie umzuhängen und es haben sich zu allen Zeiten Juristen gefunden, die vielleicht ohne Täuschungsabsicht sicherlich aber nicht ohne Täuschungserfolg, selbst die schrankenloseste sich bewußt über die Rechtsordnung stellende Staatsgewalt mit den Mitteln der Begriffsdehnung und Begriffsverschiebung als Staatsrecht bezeichnet, und dieser Gewalt mit dem Namen auch den Schein und Geltungsanspruch des Rechtes zugesprochen haben.“²

Demgemäß wurde Hans Kelsens erklärtes Ziel, „die Jurisprudenz auf die Höhe einer echten Wissenschaft zu heben“. Argumentativ begründete er dies wie folgt: „Nicht um die Stellung der Jurisprudenz innerhalb der Wissenschaft (...) geht in Wahrheit der Streit (...), sondern um das Verhältnis der Rechtswissenschaft zur Politik, um die saubere Trennung der einen von anderen“.³

¹ Zit. nach: Johann Dvořák, Hans Kelsen über Staat, Recht und Rechtswissenschaft in der späten Habsburgermonarchie, in: Erwachsenenbildung in Österreich 6/1994, S. 29-31, hier S. 29.

² Zit. nach: Dvořák, Hans Kelsen über Staat, Recht und Rechtswissenschaft, S. 31.

³ Hans Kelsen, Reine Rechtslehre, 2. Auflage Wien 1960, Vorwort IV.

Als Wissenschaftler begegnete er nun „zwei antidemokratische(n) Implikationen der deutschen Staatslehre“⁴, die ihn zu einer ideologiekritischen Auseinandersetzung mit der damals herrschenden Lehre anregen werden. Müden wird die lebenslange Beschäftigung mit Fragen des Naturrechts in der Entwicklung einer Rechtstheorie, der Reinen Rechtslehre, die „alle Ideologie beseitigen und so zu der ‚Rechtsleere‘ einer ‚Staatslehre ohne Staat‘ führen will“⁵. „Die reine Rechtslehre ist eine Theorie des positiven Rechts; des positiven Rechts schlechthin, nicht einer speziellen Rechtsordnung. Sie ist allgemeine Rechtslehre, nicht Interpretation besonderer nationaler oder internationaler Rechtsnormen. Aber sie gibt eine Theorie der Interpretation. Als Theorie will sie ausschließlich und allein ihren Gegenstand erkennen. Sie versucht die Frage zu beantworten, was und wie das Recht ist, nicht aber die Frage, wie es sein oder gemacht werden soll. Sie ist Rechtswissenschaft, nicht aber Rechtspolitik. (...) Das heißt: Sie will die Rechtswissenschaft von allen ihr fremden Elementen befreien. Das ist ihr methodisches Grundprinzip.“⁶

In dieser Weise untersucht und analysiert Kelsen den Geltungsgrund des staatlichen Gesetzes, entwickelt die Theorie von der Grundnorm – einer obersten Norm, die nur vorausgesetzt und nicht gesetzt und daher auch nur in einem erkenntnistheoretischen Sinn bedeutsam ist – und nähert sich so der Frage nach der konkreten Ausprägung des Dualismus von Staat und Recht. Seine nicht nur aus dogmatischen Erwägungen formulierte Kritik an der zu seinen Lebzeiten bereits veralteten Naturrechtslehre, also einer Begründung des Staates basierend auf vorstaatlichen Rechten, die jedem Individuum per Vertrag zukommen, gründet sich vor allem auf dem der Naturrechtslehre inhärenten absoluten Geltungsanspruch. Auch die Tatsache, dass naturrechtliche Rechtspositionen von Grund auf den Charakter von „Herrschaftsreservate(n), die der staatlich-demokratischen Verfügungsgewalt entzogen sind“⁷ tragen, spielen in diesem Zusammenhang eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Naturrechtliche Rechtsauffassungen ermöglichten immer schon die Rechtfertigung von Ungleichheit und Herrschaft und funktionierten somit jahrhundertlang als Stütze von

⁴ Antidemokratisch war die deutsche Staatsrechtslehre, da sie einerseits stark von der Vertragstheorie (also der Begründung des Staates basierend auf vorstaatlichen Individualrechten per Vertrag), andererseits von einer Art Staatstheologie, einer „Vergöttlichung“ des Staates, geprägt war. Vgl. dazu: Robert Christian van Ooyen, Politik und Verfassung. Beiträge zu einer politikwissenschaftlichen Verfassungslehre, Wiesbaden 2006, S. 20ff.

⁵ van Ooyen, Politik und Verfassung, S. 20.

⁶ Kelsen, Reine Rechtslehre, S. 1.

⁷ van Ooyen, Politik und Verfassung, S. 20.

„Thron und Altar“⁸. Der naturrechtlich begründeten Existenz von Privateigentum folgt eine Zementierung von politischen Herrschafts- und Machtverhältnissen aufgrund von Besitz. Insofern, so van Ooyen, „berührt sich seine (Kelsens) Kritik am bürgerlichen Eigentumsbegriff durchaus mit der materialistischen Rechtstheorie des Marxismus“⁹.

Gleichzeitig ist aber zu konstatieren – hier folgt van Ooyen argumentatorisch Norbert Leser – dass Kelsens Rechtstheorie von der marxistischen Theorie abgrundtief getrennt ist. „Denn zu einer Zeit, in der ein großer Teil der Sozialdemokratie in der Theorie noch marxistisch fundiert ist, hat es wohl kaum einen anderen, so ätzenden, ‚linksliberalen‘ Kritiker des Marxismus gegeben“¹⁰, wie Kelsen.

Seine lebenslange, kritisch-analytische Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie mündete in einer Vielzahl von Beiträgen in Zeitungen, Aufsätzen in Fachzeitschriften und Monographien, die theoretisch untermauern sollten, was politisch-praktisch an Einflussnahme möglich war. Kelsen lieferte in dieser Hinsicht zahlreiche Denkanstöße, die auf die Theoriedebatten der in politischer Hinsicht heterogenen, zwischen orthodoxer marxistischer Weltauffassung und dem pragmatischen Kampf um Regierungsbeteiligung gefangenen österreichischen Sozialdemokratie, stark einwirkten.

In seiner theoretischen Analyse der marxistischen Rechts- und Staatstheorie unternahm er eine umfassende Kritik der marxistischen Vision (oder Utopie) einer staatsfreien Gesellschaft, einer klassenlosen Gesellschaft, wobei er der kritischen Behandlung der These vom „Absterben des Staates“ besonderes Augenmerk schenkte. Kelsen als Verfassungsjurist, als Staatslehrer hatte sich die „Zerstörung des Staates“ auf ganz andere Art und Weise vorgenommen: nämlich – so van Ooyen – „durch die Zerstörung des ontologischen Staatsbegriffs im Sinne einer souveränen politischen Einheit von eigener Substanz“¹¹.

Eine zentrale These Kelsens lautet nämlich folgendermaßen: „Die Staatstheorie dieses Typus läßt sich in die Worte fassen: Der Staat, das sind wir.“¹² Der angesprochene Typus ist bei Kelsen ein Staat, der mit dem Rechtsstaat gleichbedeutend ist, er sieht den Staat also als mit dem Recht identisch – eine These, für die er vielfach kritisiert wurde. Diese postulierte

⁸ Zit. nach: van Ooyen, Politik und Verfassung, S. 20.

⁹ van Ooyen, Politik und Verfassung, S. 20.

¹⁰ van Ooyen, Politik und Verfassung, S. 21.

¹¹ van Ooyen, Politik und Verfassung, S. 21.

¹² Hans Kelsen, Staatsform und Weltanschauung (= Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart 96), Tübingen 1933, S. 23.

Identität wird aber klarer, wenn man sie mit der eingangs zitierten These in Verbindung bringt: das „wir“ bezeichnet keine homogene Einheit, sondern die Vielzahl unterschiedlicher Gruppierungen und ihrer diversen Interessen, die um die Erringung der staatlichen Macht konkurrieren. Kelsen stellte damit ganz akut die herrschende Staatsrechtslehre in Frage, die den Staat als immer schon existente und über den Individuen stehende Einheit begriff.

Vor allem ist es aber auch der – von Kelsen mit der Reinen Rechtslehre postulierte – „ideologiekritische, antimetaphysische Anspruch der marxistischen Theorie“¹³, den er zurückweisen wollte. Die marxistische Vorstellung einer klassenlosen Gesellschaft ist für Kelsen Utopie. Demgemäß ist Kelsens marxismuskritisches Werk – so van Ooyen – zu einem beträchtlichen Teil (auch) der Frage nach der „wahren“ Ideologiekritik gewidmet. Die klassenlose Gesellschaft, die der Marxismus theoretisch vorzubereiten sucht, trägt für Kelsen den Charakter einer „Ideologie von der konfliktfreien, homogenen politischen Gemeinschaft“. Sie stellt sich ihm letztlich als „politische Theologie“ dar, „die mit der ‚Staatstheologie‘ und der politischen Theologie der ‚Volksgemeinschaft‘ das Strickmuster und daher auch die Folgen hinsichtlich der Ablehnung pluralistischer und parlamentarischer Demokratie gemeinsam hat“¹⁴.

Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang aber, dass Kelsen 1964 mit der erst posthum veröffentlichten Schrift „Secular Religion“ ein Werk vorlegt, das die „Missinterpretation“ bestimmter neuzeitlicher politischer Ideologien als „säkulare Religionen“ bekämpfen soll. Den Marxismus als aus religiösen Konzepten bestehende Theologie zu verstehen, sei – so Kelsen – schon deshalb nicht treffend, weil sich marxistische politische und wissenschaftliche Theorien nicht auf eine transzendente, sondern auf die materielle Welt beziehen.¹⁵

¹³ van Ooyen, Politik und Verfassung, S. 21.

¹⁴ van Ooyen, Politik und Verfassung, S. 21.

¹⁵ Vgl. dazu: Hans Kelsen, Secular Religion. A Polemic against the Misinterpretation of Modern Social Philosophy, Science and Politics as „New Religions“, Wien/New York 2012, S. 164f. Vgl. dazu weiters: Johann Dvořák, David Hume. Wissenschaft und Religion bei Hans Kelsen, in: Tamara Ehs (Hg.), Hans Kelsen. Eine politikwissenschaftliche Einführung, Baden-Baden/Wien 2009, S. 133-151. Eine umfassende Abhandlung und Analyse unterschiedlicher Theorien des Politischen in der europäischen Neuzeit liefert Johann Dvořák, Über Theorien des Politischen in der europäischen Neuzeit, Wien 2014.

Methode

Grundlage der Ausführungen über Hans Kelsens Verhältnis zum Austromarxismus und die Einbettung der Debatten und Auseinandersetzungen über die politische Theorie des (Austro-)Marxismus zwischen ihm und den führenden Vertretern dieser spezifisch österreichischen Variante des orthodoxen Marxismus sind Erkenntnisse, denen eine umfassende Literaturanalyse zu Grunde liegt. Eine solche Literaturanalyse bedeutet, relevante Primär- und Sekundärliteratur systematisch zu recherchieren, zu ordnen und auszuwerten. Dem Erkenntnisinteresse folgend, wurden große Textmengen in einem weiteren Schritt analysiert und im Kontext der Forschungsfrage interpretiert. Verglichen wurden vor allem Primärquellen, die grundlegende theoretische Auffassungen der verschiedenen austromarxistischen Denker enthalten.

Wichtig erschien dabei zunächst, den Begriff "Austromarxismus" fassbar und damit für die vorliegende Arbeit anwendbar zu machen. Als ganz wesentlich erwies sich zudem, historische Kontexte zu erörtern und die theoretischen Auseinandersetzungen nicht nur in den politisch-praktischen Alltag der Handelnden, sondern vor allem in die kulturelle Atmosphäre der Jahrhundertwende einzubetten.¹⁶

Ein großer Teil der austromarxistischen Theoretiker und auch Theoretikerinnen entstammte dem akademischen Milieu. Wichtiges Bindeglied zwischen der Universität, der Studentenschaft und der Arbeiter- und Volksbildung der Jahrhundertwende wurden eigens gegründete Vereine, wie die 1894/95 unter Federführung von Ludo Moritz Hartmann¹⁷ und Carl Grünberg¹⁸ gegründete „Freie Vereinigung sozialistischer Studenten“¹⁹. Stets waren die

¹⁶ Vgl. dazu: Johann Dvořák, Politik und die Kultur der Moderne in der späten Habsburger-Monarchie, Innsbruck/Wien 1997 sowie Ders., Theodor W. Adorno und die Wiener Moderne. Ästhetische Theorie, Politik und Gesellschaft, Frankfurt am Main 2005.

¹⁷ Ludo Moritz Hartmann studierte in Wien und Berlin Geschichte, Rechtsgeschichte und Nationalökonomie. 1889 wurde er Dozent für römische und mittelalterliche Geschichte, 1918 außerordentlicher und schließlich 1922 ordentlicher Professor an der Universität Wien. Schon bald nach seiner Habilitation engagierte er sich in der Volksbildungsbewegung und stieg bald zum Leiter der von der Universität Wien eingesetzten Volksbildungskommission auf. Auf seine Initiative wurden Volkshochschulen in Wien (Volksheime genannt) eingerichtet – zum Zeitpunkt seines Todes bestanden davon fünf mit mehr als 200 Lehrern und 12000 ständigen Hörern in Österreich. Des Weiteren gehen auf seine Initiative der Verein „Freie Schule“, die Frauenbildungs-Akademie „Athenäum“ sowie die Salzburger Hochschulwochen und der Deutsche Hochschultag zurück. Kurz nach der Jahrhundertwende trat Hartmann der sozialdemokratischen Partei Österreichs bei. Hartmann war Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung Deutschösterreichs und des Bundesrates. Vgl. dazu: Hans Jürgen Rieckenberg, „Hartmann, Ludo Moritz“, in: Neue Deutsche Biographie 7 (1966), S. 737; online abrufbar unter: <http://www.deutsche-biographie.de/pnd11907611X.html>, letzter Zugriff am 11.10.2016.

¹⁸ Carl Grünberg studierte in Wien und Straßburg Rechtswissenschaften, 1909 wurde er zum ordentlichen Professor an der Universität Wien bestellt. 1924 folgte ein Ruf an die Universität Frankfurt am Main, wo er

austromarxistischen Denker von der Hoffnung getragen, intellektuelle Kreise „würden sich dem Sozialismus anschließen, um den Kulturfortschritt nicht für sich zu verlieren“²⁰.

1908, als es zu größeren Studentenprotesten kam, sah Karl Renner darin ein erstes Aufflammen einer neuen „sozialen Frage“, die bis heute nichts an Aktualität eingebüßt hat – nämlich einer „sozialen Frage der Intelligenz“²¹. Nach der Unterwerfung zunächst der Lohnarbeit unter die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Verwertungslogik folgt in einem nächsten Schritt die Unterwerfung der geistigen Arbeit und die damit einhergehende Bildung einer immer größer werdenden „intellektuellen Reservearmee“²²: „Und also wird den produzierenden Ständen die Freiheit der Wissenschaft ein Dorn im Auge. Und also setzt der Bauer seinen Fuß auf die Stufen der Universität und sagt: Wer zahlt, schafft an. Und der feudale Graf meint: die Lausbuben sollen parieren. Und darum heißt es: Unsere Angestellte, die Rektoren sollen Ordnung schaffen!“²³ Die Kritik an den herrschenden sozialen Verhältnissen, die Hoffnung auf eine Hinwendung der WissensarbeiterInnen zum und eine Solidarisierung derselben mit dem Sozialismus entsprang letztlich der einzigartigen Stellung der Sozialdemokratie als „Bildungsmacht, als Repräsentantin eines neuen ‚Zeitalters der Volksbildung‘“²⁴ und ihrem jahrzehntelangen Kampf um die Einführung des allgemeinen Wahlrechts.

In der vorliegenden Arbeit soll also nun der Versuch unternommen werden, Kelsens Verhältnis zum Marxismus und dessen spezifischer Ausformung im Rahmen der österreichischen Verhältnisse zu beleuchten. Eine Analyse des theoretischen und praktisch-politischen Spannungsfeldes, in dem sich der Austromarxismus bewegte, darf in diesem Zusammenhang nicht fehlen. Dabei sollen einerseits Kelsens marxismuskritische Schriften analysiert und die Debatten Kelsens mit namhaften Vertretern des Austromarxismus

auch Direktor des Instituts für Sozialforschung wurde. Er war Mitbegründer und Mitherausgeber der Zeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und Autor zahlreicher Publikationen zur Geschichte des Sozialismus, wie beispielsweise des zwischen 1911 und 1930 regelmäßig erscheinenden Archivs für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Vgl. dazu: Grünberg Karl, Rechts- und Wirtschaftshistoriker, in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950 (ÖBL), Band 2, Wien 1959, S. 88.

¹⁹ Vgl. dazu: Robert Haußmann, Die Entwicklung des Kapitalismus in der österreichisch-ungarischen Monarchie und die Entstehung des „Austromarxismus“, Univ. Diss., Osnabrück 1979, S. 182.

²⁰ Haußmann, Entwicklung des Kapitalismus, S. 183.

²¹ Haußmann, Entwicklung des Kapitalismus, S. 183.

²² Haußmann, Entwicklung des Kapitalismus, S. 184.

²³ Haußmann, Entwicklung des Kapitalismus, S. 183f.

²⁴ Haußmann, Entwicklung des Kapitalismus, S. 184.

nachgezeichnet werden. Wesentliches Augenmerk wird dabei auf die unterschiedlichen Auffassungen des Staatsbegriffes gelegt.

Auch seine Bemühungen, die österreichische Volksbildung, deren Förderung ein zentrales Anliegen der österreichischen sozialdemokratischen Bildungspolitik war, zu unterstützen, dürfen nicht vergessen werden. Kelsens Engagement im Bildungsbereich kann im weitesten Sinn als Unterstützung des sozialistischen Impetus, das Bewusstsein und die Kritik- und Urteilsfähigkeit des Einzelnen zu bilden, positivistische Wissenschaft und eine Rationalisierung des Weltbildes zu fördern, verstanden werden. Seine relative Nähe zur österreichischen Sozialdemokratie (zumindest zu ihrem gemäßigten Flügel) – oder um Tamara Ehs zu zitieren, seine Verbundenheit nicht nur „der Partei per se“, sondern auch „ihrer Gedankenwelt“²⁵ – kann nicht bestritten werden. Für die Demokratisierung und das Zugänglichmachen von Bildung, schon seit dem Hainfelder Parteitag 1888/89 einer der wichtigsten Grund- und Eckpfeiler des sozialistischen Programms, setzte sich Kelsen zeit seines Lebens ein. Man hoffte, dass eine Demokratisierung der Gesellschaft eine Demokratisierung der staatlichen Institutionen nach sich ziehen würde. Dieser Entwicklung vorausgesetzt war die Einsicht in und die Überzeugung von der Gleichheit aller Menschen, das Ziel, die Etablierung einer parlamentarischen Demokratie, die den sich in Europa ausbreitenden Faschismen und autoritären System gewappnet und gefestigt gegenüberstehen sollte.

Der Austromarxismus – Versuch einer Begriffsbestimmung

„Hierin liegt wohl das Bemerkenswerteste am Austromarxismus: daß er es ermöglicht hat, so heterogenen Kräften wie einer reformistischen, organisationskonservativen Parteibürokratie und einem gelegentlich radikalen Proletariat, engagierten Intellektuellen und tradeunionistischen Gewerkschaftern, religiösen Sozialisten und Atheisten eine politische Heimat zu geben.“²⁶

²⁵ Tamara Ehs, Hans Kelsen und politische Bildung im modernen Staat (= Schriftenreihe des Hans Kelsen-Instituts, Band 29), Wien 2007, S. 56.

²⁶ Alfred Pfabigan, Die Rezeption der Marxschen Methode im Austromarxismus, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 6. Jg., 77/1, Wien 1977, S. 39-53, hier S. 51.

Austromarxismus als Begriff bezeichnet eine in Österreich entstandene Schule oder Strömung des Marxismus, also eine spezifische Theorie und Praxis des Marxismus, die mit dem Auftreten der sogenannten „jüngeren marxistischen Schule“²⁷ am Ende des 19. Jahrhunderts aus der Wiener Sozialistischen Studentenbewegung hervorging. Eine Gruppe von Theoretikern, darunter so klingende Namen wie etwa der spätere österreichische Bundespräsident Karl Renner, der spätere österreichische Außenminister (Staatssekretär des Äußeren) Otto Bauer, der spätere deutsche Reichsfinanzminister Rudolf Hilferding und der spätere Landtagsabgeordnete und Professor an der Universität Wien Max Adler, begann, die marxistische Methode auf politische und soziale Probleme des „Alten Österreich“ anzuwenden. Auch herausragende weibliche Sozialwissenschaftlerinnen wie beispielsweise Helene Bauer, Marianne Pollak oder Käthe Leichter leisteten nicht nur in wissenschaftlich-theoretischer Hinsicht zahlreiche bedeutende Beiträge.

Ihre theoretischen Studien publizierten sie vorwiegend im sozialdemokratischen Parteiblatt, der „Arbeiter-Zeitung“, in der 1904 gegründeten Buchreihe der „Marx-Studien“ sowie ab 1907 in der monatlich erscheinenden Zeitschrift „Der Kampf“ und entfalteten auf diese Weise im Wien des Fin de Siècle ihre Wirksamkeit. Kulturell sozialisiert waren sie alle im bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Milieu und lassen daher „viele für die Biographien von Revolutionären oder Oppositionellen Typische vermissen“²⁸.

In Bezug auf die von ihnen geleistete Kultur- und Bildungsarbeit blieben sie demgemäß stets bürgerlich-aufklärerischen Idealen und Werten treu.²⁹ Die starke Beeinflussung durch Liberalismus und Aufklärung rührte aus der Tatsache, dass Bürgerliche zu Trägern der Kulturarbeit wurden. „Genuin proletarische Kulturarbeit“ zu leisten, war schwierig, da kaum ein Konsens darüber bestand, was proletarische Kultur sei. Vielmehr dienten klassisch liberal-aufklärerische Werte als Richtschnur, die auch für die bürgerliche Kultur typisch waren. Ob es in der Habsburgermonarchie eine homogene proletarische (Gegen-)kultur gab und wenn ja, wie man sich dieser nähern hätte können, sollte letztendlich Gegenstand weiterer Debatten werden.

²⁷ Christian Möckel, „Austromarxismus“, in: Wolfgang Fritz Haug (Hg.), Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 1, Hamburg 1996, Sp. 756ff.

²⁸ Alfred Pfabigan, Austromarxismus und marxistische Philosophie, in: Peter Lüftenegger (Hg.), Philosophie und Gesellschaft (= Schriftenreihe des Instituts für Wissenschaft und Kunst Nr. 4), Wien 1984, S. 65-78, hier S. 66.

²⁹ Josef Weidenholzer, Auf dem Weg zum „Neuen Menschen“. Bildungs- und Kulturarbeit der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik, Wien/München/Zürich 1981, S. 42ff.

Allerdings erlebten die AustromarxistInnen diese Sozialisation im Hinblick auf ihre Beziehungen zur Kultur, so Pfabigan, positiv: „Dieses Lebensgefühl ist eine der Grundlagen des Austromarxismus: Hier gibt es eine Kontinuität, hier haben Politiker der Arbeiterbewegung an den Kulturwerten, die ihnen in Elternhaus, in Mittelschule und Hochschule vermittelt wurden, festgehalten. (...) Jenen für die Biographien von Marxisten sonst so typischen Bruch im Kulturverhalten gibt es hier nicht.“³⁰

Erstmals verwendet wurde der Terminus „Austromarxismus“ – so Otto Bauer³¹ – von dem in Russland geborenen und 1891 in die Vereinigten Staaten ausgewanderten, sozialistischen Politiker, Juristen, marxistischen Theoretiker und Publizisten Louis B. Boudin (1874-1952) kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Dieser bezeichnete schon 1908 die eben angesprochene junge Wiener „Marxistenschule“ als „Austromarxisten“. Er verlieh dem Begriff damit, trotz seiner ursprünglich nur „beiläufig(en) und unsystematisch(en)“³² Verwendung zur Kennzeichnung des theoretischen Werks einer kleinen Gruppe von in den 1870er und 1880er Jahren geborenen Intellektuellen, starke Prägung und machte so gewissermaßen auch die Benennung der spezifisch österreichischen Fort- und Weiterbildung der marxistischen Tradition auf einer internationalen Ebene möglich.

Darüber hinaus wird, durchaus auch in überschneidender Bedeutung, unter dem Terminus „Austromarxismus“ die „gesamte politische Bewegung und Wirksamkeit der österreichischen Sozialdemokratie, vor allem in der Zwischenkriegszeit“, zusammengefasst. Wie Norbert Leser festhält, wird „Austromarxismus“ so „zu einem Synonym für die Organisations- und Lebenswirklichkeit, für die Strategie und Taktik des österreichischen Sozialismus“³³.

Wurde der Begriff also zunächst verwendet, um die wissenschaftlich-theoretischen Leistungen der durchaus auch politisch aktiven und engagierten Austromarxisten zu würdigen, taucht der Begriff später (vor allem nach 1918) verstärkt in seiner abstrakten

³⁰ Pfabigan, Austromarxismus und marxistische Philosophie, S. 67.

³¹ Vgl. dazu: Otto Bauer, Austromarxismus (Leitartikel), in: Arbeiter-Zeitung vom 3. November 1927, S. 1-2 sowie Otto Bauer, Max Adler. Ein Beitrag zur Geschichte des Austromarxismus, in: Der Kampf. Internationale Revue 4, Wien 1937/8, S. 297.

³² Norbert Leser, Was bleibt vom Austromarxismus? Entwicklung und Ausstrahlung des österreichischen Sozialismus, in: Austriaca. Cahiers universitaires d'information sur l'Autriche, Vol. 1, Mont-Saint-Aignan 1978, S. 39-62, hier S. 39.

³³ Leser, Was bleibt vom Austromarxismus?, S. 39.

Verwendung, nämlich als Beschreibung der „Gesamtwirklichkeit und -wirksamkeit des österreichischen Sozialismus“³⁴ auf.

Otto Kallscheuer sieht im Austromarxismus einen Begriff, der alle theoretischen und politisch-praktischen Anschauungen der VertreterInnen der österreichischen Sozialdemokratie bis in die Zwischenkriegszeit umfasst und letztlich grob in zwei Phasen eingeteilt werden kann: bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs steht der Begriff Austromarxismus für eine „Strömung in der Geistesgeschichte“ des Demokratischen Sozialismus, und danach, also nachdem „Krieg und Revolution die Geistesgemeinschaft der austromarxistischen Schule von damals gesprengt hatten“, für die konkrete und praktische Politik der österreichischen Sozialdemokraten in der Zwischenkriegszeit.³⁵ Jedenfalls entwickelten sich in der Zeit des Weltkrieges und der Russischen Revolution zahlreiche einander zum Teil bekämpfende Fraktionen, die letztlich zum Zerfall der austromarxistischen Schule führen sollten.

Resümierend soll zunächst festgehalten werden, dass der Begriff „Austromarxismus“ trotz vielfacher Versuche, ihn als theoretisches und politisch-praktisches Phänomen einer wissenschaftlichen Definition zuzuführen, kaum allgemein gültig und alle Facetten gleichermaßen abdeckend bestimmt werden kann. Sowohl Anhänger als auch Kritiker dieser spezifisch österreichischen Strömung sind sich der Gefahr der Verengung bewusst.

Es wäre jedenfalls ein missglückter Versuch, den Austromarxismus als eine homogene oder hegemoniale Strömung in der österreichischen Sozialdemokratie der Jahrhundertwende bis in die Zwischenkriegszeit zu fassen, denn vielmehr können unter diesem Begriff zahlreiche Intellektuelle im Umfeld der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei erfasst werden, die nur in sehr schwer auf einen klaren gemeinsamen marxistischen (und damit theoretischen) Nenner zu bringen sind. Das Bekenntnis „Austromarxist“ zu sein, ermöglichte demgemäß einen relativ breiten ideologischen Spielraum.³⁶ Thilo Scholle beschreibt das Phänomen besonders anschaulich, indem er konstatiert: „Die beteiligten Akteure lasen, reflektierten und

³⁴ Leser, Was bleibt vom Austromarxismus?, S. 40.

³⁵ Otto Kallscheuer, „Austromarxismus“, in: Thomas Meyer u.a., Lexikon des Sozialismus, Köln 1986, S. 71.

³⁶ Vgl. dazu: Alfred Pfabigan, Der Austromarxismus und das „Austriacum“, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Band 49, Heft 3, Berlin 2001, S. 381-395.

publizierten unter enger Bezugnahme – und auch Abgrenzung – zu einander und entwickelten so eine greifbare ‚austromarxistische Diskursgemeinschaft‘.³⁷

Jedenfalls führte der „Austromarxismus“ einen „Kampf“ an zwei Fronten: Er wandte sich „gegen den deutschen Revisionismus wie auch gegen den russischen Bolschewismus; indem der Austromarxismus jenem Reformismus vorwarf, diesem Aktionismus, galt er für einige Zeit als linker Flügel der II. Internationale“.³⁸

Gemeinsamer theoretischer Nenner, praktisch-politische Ausrichtung und ideengeschichtliches Gerüst der österreichischen Theorieschule des Marxismus waren dabei nie stringent formuliert:

„There was a second major reason why the Austro-Marxists did not represent a school of thought besides their diverse orientations to Marx, nature, and culture. An authentic school of thought shares a body of clearly defined concepts, which it applies as interpretative and explanatory mechanisms in treating the realities with which it deals. A school of thought is a body of ideas that can be a medium and a guide for later thinkers and remains valid over time. The ideas of the Austro-Marxists, with a few exceptions such as Renner’s study of legal norms, were timebound because they stopped short of the thorough, empirical grounding that would have clarified their operational definition and allowed their testing in experience to demonstrate their validity and reliability. Nevertheless, the ideas of the Austro-Marxists stimulated even when they failed to solve; and although the pressures of these men’s milieu and personality needs curtailed the clarification necessary to make their ideas survive over generations, they still can be applied to present problems.“³⁹

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde es für die maßgebenden Theoretiker und Praktiker des „Austromarxismus“ zunehmend schwerer, einen gemeinsamen Nenner zu finden. In inhaltlicher Hinsicht konnte die ursprüngliche Übereinstimmung der

³⁷ Thilo Scholle, Das Staatsverständnis im Austromarxismus – Einleitung, in: Andreas Fisahn, Thilo Scholle, Ridvan Ciftci (Hg.), Marxismus als Sozialwissenschaft. Rechts- und Staatsverständnisse im Austromarxismus (= Staatsverständnisse 115, hg. von Rüdiger Voigt), Baden-Baden 2018, S. 9-19, hier S. 13.

³⁸ <http://www.wirtschaftslexikon.co/d/austromarxismus/austromarxismus.htm>, letzter Zugriff am 22.10.2019.

³⁹ Mark E. Blum, The Austro-Marxists 1890-1918. A Psychobiographical Study, Lexington 1985, S. 20.

wissenschaftlichen Schule nicht weiter aufrechterhalten werden, die „Harmonie der Freundesgruppe, die den Kern des ‚Austromarxismus‘ bildete“⁴⁰, wurde nachhaltig gestört. „Was verblieb, war die gemeinsame Herkunft und die gemeinsame Heimat in der österreichischen Sozialdemokratie, deren Kunst der Integration von Gegensätzen seit den Tagen von Hainfeld⁴¹ so groß war, dass sie die heftigsten politischen Erschütterungen ohne Schaden für das gemeinsame Band, das sie zwischen heterogensten Auffassungen und Persönlichkeiten knüpfte, überstand, ja das Überdauern und Bewahren der Organisation um jeden Preis, die Wahrung der Einheit nach außen und innen, zur obersten Norm ihres Handelns machte.“⁴²

Nationalitätenkonflikt: Marxismus im Vielvölkerstaat der ausgehenden Habsburgermonarchie?

Ein wichtiger Aspekt vor allem für die Zeit vor dem Ende des Ersten Weltkrieges war der Versuch, die marxistischen Theorien auf die von tiefen Konflikten zwischen den einzelnen Nationalitäten zerrissene Monarchie zu übertragen. Die Behandlung der Nationalitätenfrage war dabei zunächst sehr eng mit der Fragestellung verwoben, „wie ein sich als marxistisch verstehender Ansatz zur Nationalitätenproblematik in die politische Praxis des real existierenden Vielvölkerstaates integrierbar sein sollte“⁴³. Wie sollten und wie konnten „marxistische Theorie und ein multiethnischer Staat in Einklang“⁴⁴ gebracht werden?

Einen richtungsweisenden Vorstoß unternahm man im Vorwort zum ersten Band der Zeitschrift „Der Kampf“: „Jedes Proletariat entwickelt seine besonderen Tugenden kraft der Natur seiner Aufgabe. Wurden die Deutschen als Kinder des Volkes und der Dichter und Denker die Lehrmeister der Theorie, die Engländer die Vorbilder der gewerkschaftlichen Organisation, die Belgier die Meister im Genossenschaftswesen, die Franzosen die Pfadfinder der revolutionären und parlamentarischen Taktik, die Russen endlich bewunderte

⁴⁰ Leser, Was bleibt vom Austromarxismus?, S. 41.

⁴¹ Vom 30. Dezember 1888 bis zum 1. Jänner 1889 fand in Hainfeld, Niederösterreich, der Einigungsparteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) statt.

⁴² Leser, Was bleibt vom Austromarxismus?, S. 41.

⁴³ Günter Sandner, Austromarxismus und Multikulturalismus. Karl Renner und Otto Bauer zur nationalen Frage im Habsburgerstaat, o.O. 2002, S. 1.

⁴⁴ Sandner, Austromarxismus und Multikulturalismus, S. 1.

Vorbilder persönlichen Kampf- und Opfermuts – die ausgleichende Tendenz des Kapitalismus hat übrigens in der jüngsten Zeit auch den Austausch, die Verallgemeinerung und Ergänzung dieser Vorzüge bewirkt – so blieb uns Österreichern eine Besonderheit vorbehalten. Wir hatten und haben vor allem die schwierige Aufgabe, den Gedanken der Internationalität in die lebendige Wirklichkeit zu übersetzen. Wir können es nicht anders als im Kampfe, wir wundern uns darüber nicht, daß uns keine fertige Lösung in den Schoß fällt, wir verzagen nicht, weil wir einander abringen, was zum Schlusse der Vorteil aller sein wird. Konnten wir, die Schüler des historischen Materialismus, es anders erwarten?“⁴⁵

Vor allem Karl Renner und Otto Bauer waren um Herausarbeitung theoretischer Ansätze zur Nationalitätenfrage bemüht. Während Renner eher einen staatswissenschaftlichen Ansatz verfolgte, versuchte Otto Bauer das Nationalitätenproblem „aus der marxistischen Geschichtsphilosophie heraus zu interpretieren“, um letztlich einmal mehr das vielzitierte und oft diskutierte Phänomen des für den Austromarxismus so charakteristischen „Auseinanderfallens von emanzipatorischem Postulat und paternalistischer Praxis“ zu bestätigen.⁴⁶ Bauer interessierte sich vor allem für das Phänomen des Nationalismus und suchte Erklärungen, die Marx und Engels nicht gegeben hatten.

1907 publizierte er erste Ergebnisse in seinem Werk „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“, in welchem er wohl nicht primär eine „Befriedung der nationalen Spannungen im Vielvölkerstaat“ anstrebte, sondern eine „gründliche Analyse des Phänomens des Nationalismus und (...) die Entwicklung einer eigenständigen Theorie der Nation“⁴⁷ zu liefern suchte. Seine Analysen führten ihn schließlich zur bekanntgewordenen Definition der Nation als „Gesamtheit der durch Schicksalsgemeinschaft zu einer Charaktergemeinschaft verknüpften Menschen“⁴⁸.

⁴⁵ Der Kampf, 1. Jg. (1907), 1. Bd., S. 3.

⁴⁶ Sandner, Austromarxismus und Multikulturalismus, S. 2. Günter Sandner behandelt in seinem Beitrag zahlreiche weitere Einzelheiten zur Nationalitätenfrage, analysiert und führt die wichtigsten Argumentationslinien der beiden Theoretiker an und gibt einen Einblick in den historischen und politischen Kontext des Diskurses. Einen weiteren wertvollen Beitrag liefert Andreas Fisahn, Zur Aktualität der Nationalitätenfrage, in: ders., Thilo Scholle, Ridvan Ciftci (Hg.), Marxismus als Sozialwissenschaft. Rechts- und Staatsverständnisse im Austromarxismus (= Staatsverständnisse 115, hg. von Rüdiger Voigt), Baden-Baden 2018, S. 195-209.

⁴⁷ Helmut Konrad, Die Herausbildung des Austromarxismus und das Verhältnis zu Deutschland, in: ders. (Hg.), Die deutsche und die österreichische Arbeiterbewegung zur Zeit der Zweiten Internationale, Wien 1982, S. 25-46, hier S. 41.

⁴⁸ Otto Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien 1924, S. 135.

Im Denken Marx und Lenins ist der Begriff Nation freilich nicht nur eine historische Kategorie, deren Historizität stets „mitgedacht“ wird, denn „auch die Frage nach ihr steht im historischen Kontext“. Mindestens zwei Komponenten strukturieren den Begriff also im marxistischen Kontext: Nation als „eine scheinbar objektive Gegebenheit und eine – diese Objektivität konstruierende – zeitweise progressive, meist reaktionäre, in der Regel aus Rückständigkeit entstehende Ideologie des Bürgertums, der sie ihre Auffassung, daß die Arbeiter kein Vaterland hätten, entgegensetzten“⁴⁹. Aus marxismusimmanenter Perspektive lässt Bauer in diesem Zusammenhang eine umseitige Analyse der sozioökonomischen Bedingungen des Bedürfnisses nach einer (nationalen) Abgrenzung vermissen.

Letztendlich war der austromarxistische Lösungsansatz für die Nationalitätenfrage geprägt von der Vorstellung, den einzelnen Nationalitäten kulturelle Autonomie bei gleichzeitigem Erhalt des übernationalen Staatsverbandes der österreichisch-ungarischen Monarchie zu gewähren – ein Ansatz, der nicht nur von Lenin heftig kritisiert wurde.⁵⁰

Die weitere Rezeption dieser austromarxistischen Spezifik war unterschiedlich, betitelt wurde sie als „Ausdruck von kleinbürgerlichem Nationalismus oder von nationalistischem Pangermanismus“, aber auch „als eine historische Erklärung, die einen demokratischen Lebensweg eröffnet“⁵¹.

Wie stark das Programm der wissenschaftlichen Schule des Austromarxismus zeitweise von den Inhalten der politischen Bewegung abwich, wird deutlich, wenn man sich die Position Karl Renners, dessen „bahnbrechende“ Schriften zur Nationalitätenproblematik Österreichs vor 1918, zur Staatslehre und zu zahlreichen unterschiedlichen sozialen und kulturellen Phänomenen ihn nach Norbert Leser zum „eigentlichen überdauernden Staatsdenker dieses Kreises“⁵² machen, vor Augen führt. Seine politische Karriere spiegelte seine theoretischen Auffassungen wider und diese wiederum hatten enormen Einfluss auf seine Funktionen, die er innerhalb der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei innehatte. Immerhin sollte er von 1907, als er das erste Mal im Zuge der für die Sozialdemokraten äußerst erfolgreichen Reichsratswahlen in den österreichischen Reichsrat gewählt wurde, bis 1933 (und dann auch in der Zweiten Republik) der österreichischen Spitzenpolitik angehören.

⁴⁹ Pfabigan, Rezeption, S. 48.

⁵⁰ Vgl. dazu: Michael Schwartz, Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, München 2013, S. 365f.

⁵¹ Möckel, „Austromarxismus“, Sp. 759.

⁵² Leser, Was bleibt vom Austromarxismus?, S. 40f.

Renner, der den rechten, gemäßigten Flügel der Sozialdemokraten repräsentierte, sah die „Eroberung des Staates“ auf einem evolutionären Weg als wichtigsten Baustein zur Realisierung des Sozialismus. Auf dem Kriegsparteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der von 19. bis 24. Oktober 1917 stattfand, erklärte er seine zentrale Auffassung zur evolutionären Eroberung des Staates wie folgt: „Wenn ich (...) den Staat erobern will, dann darf ich ihn nicht von vornherein negieren, sondern ich muss ihn erkennen und studieren, und das kann ich nur, wenn ich in alle seine gesetzgebenden, wirtschaftlichen und Verwaltungskörperschaften eindringe.“⁵³

Renners praktische Politik war also von einem starken staatstheoretischen Bezug durchdrungen. Mit seinem Bekenntnis zu den staatlichen Institutionen, die er klassenneutral begriff, opponierte er ganz im Sinne Kelsens gegen die Auffassungen Otto Bauers und die Konzeption des „dritten Weges“. Dies war letztlich auch mitentscheidend für die innerparteiliche Kritik, mit der er sich nach dem Regierungsantritt des österreichischen Kaisers und ungarischen Königs Karl I./IV. und der Wiedereinberufung des Reichsrates 1917 auseinandersetzen musste. Renner hatte sich nämlich für die Zusammenarbeit der Sozialdemokratischen Partei mit der Regierung in Wien ausgesprochen, etwas wofür er sich am Parteitag 1917 auch zu verantworten hatte. „Typisch für Renner war aber, dass er seine de facto revisionistische Position marxistisch rechtfertigte.“⁵⁴

Dezidiert geht er in seinem 1917 erschienenen Werk „Marxismus, Krieg und Internationale“⁵⁵ davon aus, dass die im Rahmen der deutschen und österreichisch-ungarischen Kriegswirtschaft gesetzten Maßnahmen, nicht nur vorübergehende wären, sondern die Möglichkeit bieten würden, die nur anlassbezogen getätigten staatlichen Interventionen auf Dauer nutzbar zu machen und den Sozialismus letztlich durchzusetzen, womit die Partei den Krieg zu ihrem Vorteil nutzen könnte. „Der Staat wird der Hebel des Sozialismus werden, und sonnenklar spricht es aus der Lehre von Karl Marx, dass der geschichtliche Umschlag vom Kapitalismus zum Sozialismus sich vollziehen muss in der Form, dass dieses Werkzeug aus der einen in die andere Hand übergeht. Karl Marx war eine

⁵³ Zit. nach: Christoph Butterwegge, *Austromarxismus und Staat. Politiktheorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie zwischen den beiden Weltkriegen*, Marburg 1991, S. 182.

⁵⁴ Anton Pelinka, *Die Grenzen des Austromarxismus. Das Beispiel Karl Renners (1870-1950)*, in: Gudrun Hentges, Bettina Lösch (Hg.), *Die Vermessung der sozialen Welt*, Wiesbaden 2011, S. 145-155, hier S. 147.

⁵⁵ Karl Renner, *Marxismus, Krieg und Internationale. Kritische Studien über offene Probleme des wissenschaftlichen und des praktischen Sozialismus in und nach dem Weltkrieg*, Stuttgart 1917.

Fixsternweite entfernt von der Negation des Staates, von der Verachtung des Staates, von dem Staatsnihilismus, mit dem heute der Vulgärmarxismus kokettiert.“⁵⁶

Die staatstheoretischen Auffassungen Renners veranlassten Hans Kelsen, der einen entscheidenden Anteil am Zustandekommen des Bundes-Verfassungsgesetzes vom 1. Oktober 1920⁵⁷ hatte und engster Mitarbeiter Renners war, in seinem Werk „Sozialismus und Staat“ zur Feststellung, Renner habe „wohl vollkommen recht, wenn er die ‚Unentbehrlichkeit einer sozialistischen Staats- und Rechtslehre‘ hervorhebt, aber es ist ein aussichtsloses Beginnen, wenn er den Nachweis versucht, dass alle seine Aufstellungen sich mit Karl Marx‘ Lehren vollständig decken“⁵⁸. Pelinka konstatiert in diesem Zusammenhang darüber hinaus folgendes: „Kelsen, der nicht-marxistische Sympathisant der österreichischen Sozialdemokratie, ging freilich von einem Marxismus-Verständnis aus, das der Funktionalität von Renners Denken nicht gerecht wurde. Renner behandelte offensichtlich den Marxismus als einen Steinbruch von Formeln, auf die er – einem flexiblen Theologen der Scholastik gleich – zurückgreifen konnte, wenn er für seine mit Blickrichtung auf die jeweils aktuelle politische Strategie formulierte Realpolitik eine Legitimation aus einem heiligen Buch brauchte. Renner war ein induktiver Marxist: Zuerst analysierte er, welche politischen Konsequenzen aus einer gegebenen Situation abzuleiten wären; und dann suchte er nach den passenden Belegen im Werk von Karl Marx. (...) Renners Marxismus war ein Überbau für seine Realpolitik.“⁵⁹

Dass die austromarxistische Theorieschule zahlreiche unterschiedliche theoretische Ansichten und politisch-praktische Maßnahmen umfasste, wird deutlich, wenn man die manchmal sogar dezidiert gegensätzlichen Positionen Bauers und Renners im Hinblick nicht nur auf ihre theoretischen Konzepte, sondern auch auf ihre praktisch-politischen Ideen und ihren daraus resultierenden (tages-)politischen Entscheidungen vergleicht. „Obwohl Bauer wie Renner im selben politischen Rahmen wirkten und demselben Integrationsmechanismus unterlagen, waren doch der Inhalt und der Stellenwert ihrer Aussagen durchaus

⁵⁶ Renner, *Marxismus, Krieg und Internationale*, S. 28.

⁵⁷ Bundesgesetzblatt Nr. 1, Gesetz vom 1. Oktober 1920, womit die Republik Österreich als Bundesstaat eingerichtet wird (Bundes-Verfassungsgesetz).

⁵⁸ Hans Kelsen, *Sozialismus und Staat. Eine Untersuchung zur politischen Theorie des Marxismus*, 3. Auflage Wien 1965, S. 105.

⁵⁹ Pelinka, *Die Grenzen des Austromarxismus*, S. 147f. Karl Renners „induktiver Marxismus“ wird auch in folgendem Beitrag thematisiert: Richard Saage, *Karl Renners Version des „Austromarxismus“*, in: Andreas Fisahn, Thilo Scholle, Ridvan Ciftci (Hg.), *Marxismus als Sozialwissenschaft. Rechts- und Staatsverständnisse im Austromarxismus (= Staatsverständnisse 115, hg. von Rüdiger Voigt)*, Baden-Baden 2018, S. 77-87, hier S. 77ff.

verschieden: ja man kann überspitzt formulieren, dass die Renner'schen Grundgedanken in entscheidenden Bereichen eine Opposition zum offiziellen Parteikurs darstellten und als Vorwegnahme von Auffassungen angesehen werden können, die sich erst Jahrzehnte später durchsetzten.“⁶⁰

Ein dritter Weg? Das Linzer Programm von 1926

Im Zusammenhang mit der Konzeption eines „Dritten Weges“ erwies sich vor allem das am Parteitag des 3. November 1926 in Linz beschlossene, neue Parteiprogramm⁶¹ und das einhellige Bekenntnis der Austromarxisten zu diesem und dem damit verbundenen, radikalen Umbau des Gesellschaftssystems, als überaus bedeutsam.

Das Programm hält die Leitsätze des Austromarxismus fest, es lässt bereits die Verbindung von pragmatischer Realpolitik und Begeisterung für die Revolution erkennen und laviert zwischen dem nüchternen Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie und einer klassenkämpferischen Rhetorik. So heißt es im dritten Abschnitt, dem „Kampf um die Staatsmacht“: „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird die Staatsmacht *in den Formen der Demokratie und unter allen Bürgschaften der Demokratie* ausüben (...).“⁶²

Schon im nächsten Absatz findet sich allerdings folgende Programmatik: „Wenn sich aber die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die die Aufgabe der Staatsmacht der Arbeiterklasse sein wird, durch planmäßige Unterbindung des Wirtschaftslebens, durch gewaltsame Auflehnung, durch Verschwörung mit ausländischen gegenrevolutionären Mächten widersetzen sollte, dann wäre die Arbeiterklasse gezwungen, *den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen*.“⁶³ Die Anliegen der beiden Hauptströmungen der Arbeiterbewegung konnten so bedient werden.⁶⁴

Das Programm konnte schlussendlich noch 1926, nach heftigen Auseinandersetzungen der unterschiedlichen Fraktionen, verbindlich niedergeschrieben werden. Durchzogen und

⁶⁰ Leser, Was bleibt vom Austromarxismus?, S. 41.

⁶¹ Vgl. dazu Klaus Berchtold (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868-1966, München/Oldenburger 1967, S. 247ff.

⁶² Vgl. dazu: <https://www.marxists.org/deutsch/geschichte/oesterreich/spoe/1926/linzerprog.htm#t3>, letzter Zugriff am 21.06.2019

⁶³ Vgl. dazu: <https://www.marxists.org/deutsch/geschichte/oesterreich/spoe/1926/linzerprog.htm#t3>, letzter Zugriff am 21.06.2019.

⁶⁴ Möckel, „Austromarxismus“, Sp. 756ff. Vgl. exemplarisch: Helmut Feichter, Das Linzer Programm der österreichischen Sozialdemokratie, Univ. Diss., Wien 1974.

inspiriert ist es definitiv vom Otto Bauer'schen Konzept des „Dritten Weges“.⁶⁵ Dies bedeutete im Wesentlichen, dass sowohl der Weg einer systemerhaltenden Reform als auch der bolschewistische Weg endgültig abgelehnt wurden. Der Austromarxismus nämlich hielt im Gegensatz zum Revisionismus⁶⁶ am historischen Materialismus fest, betonte jedoch im Gegensatz zum „orthodoxen“ Marxismus-Leninismus die Notwendigkeit, die gesellschaftliche Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats mit dem Prinzip der Herrschaft der Majorität im Rahmen parlamentarisch-demokratisch aus- und eingerichteter Institutionen zu verbinden.

Strategische Ausrichtungen des „Dritten Weges“ lassen sich wohl am eindrucksvollsten mittels einiger Auszüge aus dem Linzer Programm veranschaulichen: „Gelingt es der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die manuellen und die geistigen Arbeiter in Stadt und Land zu vereinigen und der Arbeiterklasse die ihr nahestehenden Schichten der Kleinbauernschaft, des Kleinbürgertums, der Intelligenz als Bundesgenossen zu gewinnen, so gewinnt die sozialdemokratische Arbeiterpartei die Mehrheit des Volkes. Sie erobert durch die Entscheidung des allgemeinen Wahlrechtes die Staatsmacht. (...) Die sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Eroberung der Herrschaft in der demokratischen Republik, nicht um die Demokratie aufzuheben, sondern um sie in den Dienst der Arbeiterklasse zu stellen, den Staatsapparat den Bedürfnissen der Arbeiterklasse anzupassen und ihn als Machtmittel zu benützen, um dem Großkapital und dem Großgrundbesitz die in ihrem Eigentum konzentrierten Produktions- und Tauschmittel zu entreißen und sie in den Gemeinbesitz des ganzen Volkes zu überführen. (...) Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird die Staatsmacht in den Formen der Demokratie und unter allen Bürgschaften der Demokratie ausüben. Die demokratischen Bürgschaften geben die Gewähr dafür, dass die sozialdemokratische Regierung unter ständiger Kontrolle der unter der Führung der Arbeiterklasse vereinigten Volksmehrheit handeln und dieser Volksmehrheit verantwortlich bleiben wird. Die demokratischen Bürgschaften werden es ermöglichen, den Aufbau der

⁶⁵ Zu Otto Bauer vgl. stellvertretend für zahlreiche andere Werke v.a. Detlev Albers, Otto Bauer und der „dritte Weg“, Hamburg 1978; Detlev Albers, Horst Heimann, Richard Saage (Hg.), Otto Bauer – Theorie und Politik, Berlin 1985; Walter Baier, Lisbeth N. Trallori, Derek Weber (Hg.), Otto Bauer und der Austromarxismus, „Integraler Sozialismus“ und die heutige Linke (= Schriften-Reihe der RLS Bd. 16), Berlin 2008; Peter Goller, Otto Bauer – Max Adler, Wien 2008; Pavlina Amon, Otto Bauer. Zur Aktualität des Austromarxismus, Frankfurt am Main/Wien 2010 oder die Biographie von Ernst Hanisch, Der große Illusionist. Otto Bauer (1881-1938), Wien 2011.

⁶⁶ Zur Revisionismusdebatte vgl. u.a. Peter Kulemann, Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur, Hamburg 1982, S. 108ff.

sozialistischen Gesellschaftsordnung unter den günstigsten Bedingungen, unter ungehemmter, tätigster Teilnahme der Volksmasse zu vollziehen.“⁶⁷

Primär ging es den führenden austromarxistischen Protagonisten also darum, die Macht legalistisch, das heißt starr an bestehenden Gesetzen ausgerichtet, zu erlangen und damit einen Kompromiss zwischen der sozialdemokratisch geprägten Zweiten Internationale und der kommunistischen Dritten Internationale zu finden, also einen dritten Weg zwischen den reformistischen Tendenzen der deutschen Sozialdemokraten und dem Bolschewismus sowjetrussischer Provenienz, der von den Komintern-Parteien vertretenen revolutionären Orientierung, zu beschreiten.

In der Praxis sollte sich (spätestens 1934) herausstellen, dass der Dritte Weg weder eine mehrheitliche sozialistische Hegemonie noch einen Weg des Kompromisses mit dem Bürgertum zur Abwehr faschistisch-diktatorischer Bestrebungen finden konnte. Der gescheiterte Versuch, Hoffnungen in einen „Dritten Weg“ zu setzen, hatte auch im Kulturbereich enorme Auswirkungen. Letzten Endes hatten die Vertreter und Vertreterinnen des Austromarxismus mit ihrer politisch-pädagogischen Kulturarbeit Schritt für Schritt die Schaffung einer „proletarischen Gegenkultur“ zur führenden „bürgerlichen Hochkultur“ geplant, bei der es sich ja in der Vorstellung der Austromarxisten nicht nur um einen Gegenentwurf, sondern um einen Vorgriff auf die kommende sozialistische Gesellschaft handelte. All dies wurde mit den Ereignissen des Februar 1934, dem Verbot der sozialdemokratischen Partei und aller ihr nahestehenden Organisationen und der einige Jahre später erfolgten Machtübernahme der Nationalsozialisten obsolet. Die Vision vom „Neuen Menschen“ endete: „Die großen materiellen Verwüstungen, die der Faschismus und der Zweite Weltkrieg angerichtet hatten, ließen sich nach 1945 reparieren. Das kulturelle Leben, das in der kurzen Zeit der Ersten Republik eine nie dagewesene Blüte erlebt hatte, konnte sich hingegen nie mehr wirklich erholen.“⁶⁸

⁶⁷ Vgl. dazu: <https://www.marxists.org/deutsch/geschichte/oesterreich/spoe/1926/linzerprog.htm#t3>, letzter Zugriff am 21.06.2019.

⁶⁸ Vgl. dazu: <http://www.dasrotewien.at/seite/bildungs-und-kulturarbeit>, letzter Zugriff am 21.06.2019. Erwähnenswert ist, dass es Otto Bauer gelang, einige Aspekte der austromarxistischen Theorie bis über das Verbot der Partei im Jahr 1934 hinaus durchzusetzen. Dadurch konnten gewisse austromarxistische Positionen auch in theoretische Erwägungen der Nachfolgeorganisationen der SDAP, den Revolutionären Sozialisten (R.S.) und der Exilorganisation AVOES (Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten) als maßgebliche Denkrichtung miteinfließen. Selbst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, als die sozialistische Partei im Jahr 1945 neugegründet wurde, wurde den Ideen des Austromarxismus noch kurze Zeit Raum gegeben.

Radikale Theorie, zurückweichende revolutionäre Praxis

Zwei weitere austromarxistische „Problemfelder“, die implizit auch schon angerissen wurden und ein gewisses Spannungsverhältnis bedingten, können benannt werden. Dies waren einerseits das so genannte „Theorie-Praxis-Problem“ (und damit im Zusammenhang stehend die Hinwendung des Austromarxismus zum Neukantianismus) sowie andererseits das Konzept des integralen Sozialismus.

Der Austromarxismus war von einer Widersprüchlichkeit geprägt, die im Wesentlichen darin bestand, dass die Politik der Austromarxisten in Theorie und Praxis nicht in Übereinstimmung gebracht werden konnte. „Radikale Agitation“ und „zurückweichende (revolutionäre) Praxis“ kennzeichnen die beiden Pole. Otto Bauers strategische Ausrichtung des „dritten Weges“ kann demgemäß als „radikaler Reformismus“ beschrieben werden – die „Mehrheit der Köpfe“ sollte für einen demokratischen Sozialismus gewonnen werden, wodurch eine (letztlich friedliche) „Revolution“ mit dem Stimmzettel („50 % und eine Stimme!“) das Ziel einer klassenlosen Gesellschaft, an der der Austromarxismus immer festhielt, sowie die Transformation des bürgerlichen Staates verwirklichen sollte. Realisierungsmöglichkeiten sah der Austromarxismus im Gewinn einer Mehrheit für die Übernahme der bürgerlichen Demokratie, vermittelt durch ein grundsätzliches Bekenntnis zum Parlamentarismus und deren daran anschließender Transformation in eine kommunistische Gesellschaft.⁶⁹ Die von Bauer formulierte Konzeption der „Diktatur des Proletariats“ war nur „als Maßnahme defensiver Notwehr“⁷⁰ gedacht.

1936, nach der faschistischen Machtübernahme in Österreich, Deutschland und Italien (nur wenig später folgte auch Spanien), sollte Otto Bauer im tschechoslowakischen Exil zu folgendem Schluss kommen: „Diese Erfahrung zerstört die Illusion des reformistischen Sozialismus, dass die Arbeiterklasse friedlich und allmählich durch bloße Ausnützung der demokratischen Institutionen, ohne revolutionären Sprung, die Formen der Demokratie mit sozialistischem Inhalt erfüllen, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu einer sozialistischen entwickeln könne. Hat die Arbeiterklasse erlebt, dass die Schärfe der Klassengegensätze die Demokratie sprengt, um die faschistische Diktatur des Kapitals aufzurichten, so muss sie erkennen, dass eine vollkommene und dauerhafte Volksfreiheit

⁶⁹ Zu Lebzeiten Otto Bauers wurden diese Ideen beispielsweise von Clara Zetkin vehement abgelehnt. Zu Clara Zetkin vgl. Friedhelm Boll, „Zetkin, Clara“, in: Thomas Mayer u.a., Lexikon des Sozialismus, Köln 1986, S. 724.

⁷⁰ Goller, Otto Bauer – Max Adler, S. 80.

erst gesichert sein wird, wenn die Klassen selbst und damit die Klassengegensätze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufgehoben sein werden. Hat sie gehofft, durch Ausnützung der Demokratie eine sozialistische Gesellschaftsordnung erringen zu können, so muss sie jetzt erkennen, dass sie zuerst ihre eigene Herrschaft erkämpfen und durch sie eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufbauen muss, ehe eine vollkommene und dauerhafte Demokratie möglich wird.“⁷¹

Genau dieses Spannungsverhältnis wurde bereits in dem Ende der 1960er Jahre publizierten Standardwerk von Norbert Leser „Zwischen Reformismus und Bolschewismus“⁷² thematisiert und darin der Hauptgrund für das Scheitern des Austromarxismus gesehen: „Ein Zickzackkurs, bei dem sich linke und rechte Positionen gegenseitig blockieren, hätte verhindert, dass der Austromarxismus in den Schlüsseljahren 1918, 1927 und 1934 zu einer mit seiner Programmatik übereinstimmenden Praxis gelangt ist.“⁷³ (Interne) Kritiker des rechten Randes der sozialdemokratischen Bewegung versahen den Austromarxismus nämlich mit dem Stempel „demokratieuntauglich“ und verwendeten den Begriff nach 1927 als Synonym für „Austrobolschewismus“, während linke Kritiker diesen als „Legitimationsideologie“ bezeichneten, „die vielfach erst post festum formuliert worden wäre“⁷⁴. So erhielt der Begriff Austromarxismus noch weitere Bedeutungsebenen, die allerdings von der österreichischen Sozialdemokratie – so Norbert Leser – „im stolzen Bewusstsein der Richtigkeit des eigenen Weges“ zurückgewiesen wurden. Der Begriff „Austromarxismus“ wurde, obwohl als Kritik formuliert, „als Ehrentitel rezipiert und auf das eigene Banner geschrieben – ein Vorgang der trotzigsten Sekundärrezeption, wie wir ihn häufig in der politischen Ideengeschichte beobachten können“⁷⁵.

Unter anderem versah auch Leo Trotzki, der mit den Eliten der österreichischen Sozialdemokratie, wie Otto Bauer, Max Adler und Karl Renner durch Rudolf Hilferding⁷⁶ bekannt wurde, die Austromarxisten in seiner Autobiografie mit einem insgesamt vernichtenden Urteil: „Diese Menschen waren keine Revolutionäre. Mehr noch: sie stellten

⁷¹ Manfred Ackermann u.a. (Hg.), Werkausgabe Otto Bauer Band 4, Wien 1976, S. 159.

⁷² Norbert Leser, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, Wien 1985.

⁷³ Zit. nach: Sandner, Austromarxismus und Multikulturalismus, S. 1.

⁷⁴ Sandner, Austromarxismus und Multikulturalismus, S. 1.

⁷⁵ Leser, Was bleibt vom Austromarxismus?, S. 40.

⁷⁶ Rudolf Hilferding (1877-1941), marxistischer Theoretiker, Ökonom und Reichsminister der Finanzen in der Weimarer Republik, gemeinsam mit Max Adler Herausgeber der Marx-Studien.

einen Menschentypen dar, der dem Typus des Revolutionärs entgegengesetzt war. (...) Im alten, kaiserlichen, hierarchischen, betriebsamen und eitlen Wien titulierte die Marxisten einander wonnevoll mit ‚Herr Doktor‘. Die Arbeiter redeten die Akademiker oft mit ‚Genosse Herr Doktor‘ an. (...) Der Austromarxist (...) erwies sich zu oft als ein Philister, der den einen oder den anderen Teil der Marxschen Theorie studiert, wie man Jus studiert, und von den Prozents vom ‚Kapital‘ lebt.“⁷⁷ Mit dieser Beobachtung deutete Trotzki bereits an, dass die austromarxistischen Theoretiker die hegelianischen Fundamente des „orthodoxen Marxismus“ verlassen und dem Marxismus durch eine Annäherung an den Neukantianismus⁷⁸ eine neue philosophische Basis zu geben.

Der Austromarxismus war also relativ heterogen und wenig dogmatisch. Wenn eine einigende Eigenschaft als Charakteristikum angeführt werden soll, wäre es wohl am ehesten die Besinnung auf die Prämisse des evolutionären Weges, der eine Umwandlung des Staates und der Gesellschaft hin zum Sozialismus im Rahmen der bestehenden staatlichen Strukturen vorsah – nicht umsonst gab sich Victor Adler selbst ironisch den Beinamen „Hofrat der Revolution“⁷⁹.

Bezugnehmend auch auf den viel beschworenen „Zick-Zack-Kurs“ der österreichischen Sozialdemokratie, wie ihn auch Norbert Leser vielfach erwähnt, muss aber entgegengehalten werden, dass – zumindest in der politischen Praxis des viel zitierten „Roten Wien“ – von einer „Blockade“ im Sinne eines Stillstandes an gesellschaftspolitischen Reformen keineswegs die Rede sein kann. Die Wiener Kommunalpolitik setzte vielmehr unzählige neue Schwerpunkte: Neben einer Sozialpolitik, die sich vor allem auf Kinder- und Jugendfürsorge spezialisiert hatte, wurde eine Gesundheitspolitik etabliert, die vor allem auf eine breite Vorsorgemedizin setzte. Darüber hinaus wurde die Kultur- und Erziehungspolitik sowie die Wohnbaupolitik, die sich auf lange Sicht hinaus das Ziel gesetzt hatte, die ArbeiterInnen

⁷⁷ Leo Trotzki, Mein Leben. Versuch einer Autobiographie, Berlin 1990 (aus dem Russischen übertragen von Alexandra Ramm), S. 189-191.

⁷⁸ Der Neukantianismus bezeichnet das Bestreben namhafter Philosophen, Kants Lehre im Sinne eines kritischen Idealismus weiterzuentwickeln, der u.a. durch die Ablehnung des kantischen „Ding an sich“ (Kants erkenntnistheoretischer Begriff für die von menschlicher Erkenntnis unabhängige Wirklichkeit) geprägt ist. Vorrangig wird der Ausbau der Kantischen Theorie zu einer philosophischen Grundlegung der Naturwissenschaften betrieben. Für das Verständnis der Eigenart des Austromarxismus ist der Neukantianismus der Marburger Schule wesentlich. Die Marburger Schule beschäftigte sich vor allem mit transzendentallogischen Untersuchungen und wissenschaftstheoretischen Problemen der exakten Wissenschaften. Vgl. dazu exemplarisch: Manfred Pascher, Einführung in den Neukantianismus. Kontext-Grundpositionen-praktische Philosophie, München 1997.

⁷⁹ Walter Goldinger, Dieter A. Binder, Geschichte der Republik Österreich. 1918–1938, Wien 1992, S. 15.

Wiens mit preiswerten, leistbaren, gut ausgestatteten Wohnungen zu versorgen, grundlegenden Reformen unterzogen. Die sozialen und materiellen Errungenschaften dieser damaligen Stadtpolitik wirken bis heute fort.

Wie wurde die Marxsche Methode im Austromarxismus rezipiert?

Grundlegend muss in diesem Zusammenhang thematisiert werden, dass die austromarxistischen Theoretiker den für den Marxismus zentralen Begriff „Materialismus“ nur auf eine naturwissenschaftliche Dimension einengten. Der „Materialismus“ von Marx und Engels war aber im Gegenteil ein bei Weitem nicht nur auf die Naturwissenschaft beschränkter. Für Marx wäre eine „prinzipielle Trennung der Welterkenntnis in eine der Natur und eine der Gesellschaft (...) unannehmbar gewesen“⁸⁰, womit sich die Notwendigkeit einer Einheit der Wissenschaft ergebe. In Deutschland wurde recht schnell klar, dass sich die idealistischen Positionen mit dem orthodoxen Marxismus nicht in Einklang bringen ließen. In Österreich mussten revisionistische Versuche hingegen „auf Grund der in der Partei fetischisierten Einheit“ anders argumentiert werden: „nicht gegen Marx, sondern scheinbar mit ihm“⁸¹. Latent vorhandenes innerparteiliches Konfliktpotential sowie innerparteiliche Spannungen konnten so durch den Marxismus als einigender ideologischer Rahmen integriert werden. In der politischen Praxis wurde dadurch die Koalition mit den konservativen Parteien möglich.

Der neukantianische Flügel der Austromarxisten kritisierte vor allem den in der Arbeiterbewegung an Einfluss gewinnenden mechanisch-ökonomistischen Materialismus ebenso wie den Versuch, das frühbürgerliche Autonomieideal wiederzubeleben.

Der Einfluss der Marburger Neukantianischen Schule wird vor allem bei Max Adler, der versuchte, die Lehren von Marx mit den Ideen Kants synthetisch zu verbinden und so eine erkenntnistheoretische Begründung der Sozialwissenschaft zu manifestieren, klar ersichtlich. In seiner „Grundlegung der materialistischen Geschichtsauffassung“⁸² argumentiert er beispielsweise, Marx und Engels seien eigentlich keine Materialisten gewesen, sie hätten

⁸⁰ Johann Dvořák, Max Adler und der Materialismus, in: Peter Lüftenegger (Hg.), Philosophie und Gesellschaft (= Schriftenreihe des Instituts für Wissenschaft und Kunst Nr. 4), Wien 1984, S. 73-78, hier S. 74.

⁸¹ Pfabigan, Rezeption, S. 41.

⁸² Max Adler, Grundlegung der materialistischen Geschichtsauffassung, Wien/Köln/Stuttgart/Zürich 1964.

„den Materialismus sogar immer wieder kritisiert“. Marx vermeintlicher Weise rezipierend, gibt Adler wieder, dieser hätte am Materialismus kritisiert, dass er nur materielle Zusammenhänge kenne und dass „alles Geistige nur (...) als Produkt der Materie, (...) nicht aber (...) in seiner innerlichen, subjektiven Aktivität“⁸³ betrachtet werde. Die Marxsche Theorie hingegen geht davon aus, dass für den Menschen „die Erkenntnis der Welt nicht bloß durch Anschauung und Spekulation, sondern durch tätige Aneignung erfolgt“, die Welt daher „niemals an sich, als bloßes Objekt der Betrachtung, der Erkenntnis, sondern stets schon als vom Menschen bearbeitete Welt, durch menschliche Arbeit angeeignete Natur“ bestehe.⁸⁴ Auch, dass Marx die Notwendigkeit der Einheit der Wissenschaft erkannt hat, sieht Adler nicht – seiner Meinung nach hätten Marx und Engels stets zwischen einer naturwissenschaftlichen und einer sozialwissenschaftlichen Betrachtungsweise unterschieden, hier also einen logischen Unterschied ganz bewusst postuliert. Gewissermaßen betätigt sich Adler in diesem Zusammenhang systematisch revisionistisch – „Materialismus, Einheit der wissenschaftlichen Welterkenntnis und radikale Praxisbezogenheit“ werden weitgehend eliminiert „und durch eine akademische Philosophie mit den Sonderdisziplinen ‚Erkenntnistheorie‘, ‚Ethik‘ und dergleichen ersetzt“⁸⁵.

Im Wien der 1920er und 1930er Jahre wurde Adlers Interpretation der Marxschen Thesen auf neukantianischer Grundlage durch Vertreter des Wiener Kreises kritisch rezipiert. Deren „Wissenschaftliche Weltauffassung“ (so der Titel der ersten Programmschrift des Kreises von 1929⁸⁶) und Ausrichtung als antimetaphysische Einheitswissenschaft war nicht allein gegen die deutsche idealistische Philosophie gerichtet, sondern sollte auch wissenschafts- und gesellschaftspolitisch demokratisierend wirken.

Hans Kelsen zählte neben rund fünfzig weiteren Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen zur Peripherie des Zirkels um den Philosophen Moritz Schlick⁸⁷, der den Wiener Kreis gemeinsam mit dem Mathematiker Hans Hahn⁸⁸ und dem Sozialreformer Otto Neurath⁸⁹

⁸³ Adler, Grundlegung, S. 74.

⁸⁴ Dvořák, Max Adler und der Materialismus, S. 74.

⁸⁵ Dvořák, Max Adler und der Materialismus, S. 75.

⁸⁶ Wissenschaftliche Weltauffassung. Der Wiener Kreis (= Veröffentlichungen des Vereines Ernst Mach), Wien 1929.

⁸⁷ Moritz Schlick (1882-1936), deutscher Physiker und Philosoph, Begründer des Wiener Kreises.

⁸⁸ Hans Hahn (1879-1934), österreichischer Mathematiker und Philosoph.

⁸⁹ Otto Neurath (1882-1945), österreichischer Nationalökonom.

1924 ins Leben gerufen hatte. Edgar Zilsel⁹⁰, ein Vertreter des linken Flügels des Wiener Kreises, übte besonders heftige Kritik an den Adlerschen Thesen. So konstatiert er, dass die grundsätzliche Ablehnung des Materialismus die Arbeiterbewegung in ihrem Voranschreiten nicht länger tangiere und weitgehend „belanglos“ geworden wäre. Daran anschließend folgt ein etwas längerer, äußerst kritischer Exkurs zum „neuerdings erhobene(n) vornehmen Ton in der Philosophie“⁹¹, dem er konkrete, berechnende, gesellschaftspolitische Intentionen vorwirft und praktische politische Ergebnisse zurechnet:

„Nicht belanglos ist jedoch ihre [der Ablehnung des Materialismus] wissenschaftsartige Verdünnung, die in den Kreisen unserer Intellektuellen und besonders unserer Schulphilosophie heimisch ist. Der Materialismus gilt dort nicht mehr als teuflisch, aber als etwas anderes: als ‚seicht, als ‚flach‘. Ja, was heißen denn diese merkwürdigen Worte eigentlich? Die Lehre von den mechanisch stoßenden Atomen ist wissenschaftlich überholt; die Behauptung, Psychisches lasse sich aus Stoffvorgängen einfach ableiten, hat sich bisher nicht bewährt und ist höchstwahrscheinlich für alle Zukunft falsch; der Materialismus ist zu eng, denn die verwickelten Probleme der seelischen Innenwelt überschreiten seinen Rahmen. Aber wenn nur dies gemeint ist, warum sagt man es denn nicht, warum nennt man ihn denn nicht überholt, eng, falsch? Warum heißt es seit fünfzig Jahren stets flach, platt, seicht? Dieser – warum sollen wir nicht auch einmal Kant zitieren? – dieser ‚neuerdings erhobene vornehme Ton in der Philosophie‘ scheint zu glauben, es sei unfein, in der guten Gesellschaft bei jedem seelischen Zusammenhang immer wieder von diesem plebejischen Gehirn zu reden. Es ist nämlich viel tiefer, in der Wissenschaft schöngeistige Seelenlyrik zu treiben oder so lange professoral-scholastisch sich in ‚Erkenntnistheorie‘ zu verwickeln, bis man richtig die Erfahrungstatsache vergessen hat, daß Seelisches separat nie vorkommt. Die Verbindung zwischen den Worten materialistisch und seicht hat sich genau in jenen Jahrzehnten eingestellt, in denen Proletarier anfangen, Seelengespenster abzulehnen und auch sonst unbequem zu werden.“⁹²

⁹⁰ Edgar Zilsel (1891-1944), österreichischer Philosoph und Soziologe.

⁹¹ Zit. nach: Dvořák, Max Adler und der Materialismus, S. 77.

⁹² Zit. nach: Dvořák, Max Adler und der Materialismus, S. 77.

Die neukantianische Revision des Marxismus ging einher mit der Ausbildung zweier typisch austromarxistischer Thesen, die vor allem in pädagogisch-bildungstheoretischer Hinsicht interessant sind. Einerseits vertraten die Revisionisten die These, dass das Bürgertum als nun herrschende Klasse seine früheren humanistischen Ideale verloren habe, der verwirklichte Sozialismus hingegen verpflichtet wäre, „just diese uneingelösten Ideale als Erbe anzuerkennen und materialistisch zu erden, da (...) die Ideen von Freiheit und Gleichheit erst in einer sozialen Demokratie (...) als zusammengehörig erfahren werden können“⁹³. Andererseits wurde aber dem ökonomistischen Marxismus vorgeworfen, durch eine „eindimensionale Fortschrittslogik“ und „bornierte Diffamierungen des ‚Bürgerlichen‘ an sich“⁹⁴, diese notwendige Aufgabe zu vernachlässigen, womit wiederum der Kulturkampf zwischen den Klassen mehr und mehr in den Fokus rückte.

Im Gegensatz zu einer ökonomistischen Marxauslegung wurde zunehmend eine „Rehabilitierung der Ideologie“ vorangetrieben, der Klassenkampf wandelte sich vom Kampf um rein ökonomische Interessen zu einem Kampf um geistige und sittliche Ideale – Otto Bauers berühmter Ausspruch vom „Kampf um die Köpfe“, der neue Denk- und Verhaltensweisen der Arbeiterklasse nach sich ziehen sollte, erscheint hier in einem neuen Licht. „Diese Thesen machen die massive Aufwertung der pädagogischen Arbeit binnen des austromarxistischen Spektrums verständlich: die Konstituierung einer (proletarischen) Gegenhegemonie wird zum zentralen Ziel; ohne die grundlegende Reform des Bewusstseins sei ein Aufbau der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft nicht zu realisieren“⁹⁵.

Otto Bauer war es auch, der innerhalb des Austromarxismus eine neben dem Neukantianismus Adlers eigenständige Position einnahm. Zumindest zeitweise stand er unter dem Einfluss Ernst Machs⁹⁶. So führte er zur Verteidigung seiner, laut Hans Kelsen marxismusimmanent problematischen Theorie vom Gleichgewicht der Klassenkräfte, die politische mit ökonomischer und sozialer Analyse verknüpft, Zitate aus Werken Ernst Machs an. Kelsen hatte gegen die widersprüchlichen Behauptungen Bauers zur „Bourgeoisrepublik“ ins Treffen geführt, der demokratische Staat sei nie reiner Klassenstaat, denn der

⁹³ Sven Kluge, *Vermisste Heimat? Zum emanzipativ-repressiven Doppelcharakter der Gemeinschaftsthematik innerhalb der modernen Pädagogik*, Berlin 2008, S. 22. Siehe dazu ausführlicher das Kapitel „Austromarxistische Erziehungs- und Bildungspolitik – Der Austromarxismus als Kulturbewegung“.

⁹⁴ Kluge, *Vermisste Heimat?*, S. 22.

⁹⁵ Kluge, *Vermisste Heimat?*, S. 22.

⁹⁶ Ernst Mach (1838-1916), österreichischer Physiker, Philosoph und Wissenschaftstheoretiker.

Normalzustand der Demokratie sei das Gleichgewicht der Klassen. In der Demokratie gehe es nicht um den Gegensatz von Herrschenden und Beherrschten, im Mittelpunkt stünden die Konflikte von divergierenden Interessen, die aber wiederum nur nach festgelegten rechtsstaatlichen Regeln in institutionalisierter Form ausgetragen und gelöst würden. Bauer unternahm zur Verteidigung einen wissenschaftstheoretischen Exkurs, in dem er Ernst Mach zur Untermauerung seiner Thesen zitiert: „Alle Wissenschaft bildet Tatsachen in Gedanken nach. Aber keine Wissenschaft kann die Tatsachen vollständig nachbilden; sie muß vereinfachen, typisieren, symbolisieren.“⁹⁷ Fraglich ist, ob seine Theorie vom Gleichgewicht der Klassenkämpfe damit nicht vollends von einer wissenschaftlichen These zur Metapher in der tagespolitischen Auseinandersetzung wurde.

Das Modell des „integralen Sozialismus“

Ein weiteres Spezifikum der austromarxistischen Schule ist das dialektische Modell des „integralen Sozialismus“ als Weg der Einigung, nach der sich „die sozialdemokratische These“ und die „kommunistische Antithese“ in einer „neuen, höheren Synthese“ vereinigen sollten.⁹⁸ In einer geeinten Partei sollten Sozialdemokraten und Kommunisten unter dem Eindruck des Sieges des Faschismus in Österreich und Deutschland und durch die Volksfrontpolitik, also die in Veränderung begriffene kommunistische Politik nach dem VII. Kongress der Komintern⁹⁹, zusammenfinden und gemeinsam den Kampf für demokratische Freiheitsrechte führen. Wie illusionär die Hoffnung auf eine geistige und ideologische Verschmelzung von Sozialdemokraten und Kommunisten, auf eine „Synthese von revolutionär gewordenem sozialdemokratischem Reformismus und demokratisch gewordenem revolutionären Bolschewismus“¹⁰⁰ in Österreich letztlich sein sollte, zeigte sich spätestens im April 1945, als sich das endgültige Scheitern der Einheitsbewegung in Österreich herauskristallisiert hatte. Dafür waren jedoch – so Fritz Weber – nicht bloß die Parteiführer der Sozialdemokraten und Kommunisten verantwortlich. Das Fehlen eines

⁹⁷ Zit. nach: Hanisch, Der große Illusionist, S. 199.

⁹⁸ Otto Bauer, Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus, Bratislava 1936, S. 312.

⁹⁹ Der VII. Weltkongress der Komintern fand vom 25. Juli bis 20. August 1935 in Moskau statt.

¹⁰⁰ Fritz Weber, Der kalte Krieg in der SPÖ (= Österreichische Kulturforschung, Bd. 11, hg. von Matthias Marschik und Gerda Moser), Wien 2011, S. 12.

einheitlichen, überdachenden politischen Konzepts und klarer, gemeinsamer strategischer Vorstellungen und der damit einhergehende desolate Zustand der Bewegung der Revolutionären Sozialisten kann nicht besser als mit den Worten Fritz Webers veranschaulicht werden: „Die faschistische Diktatur wurde nicht durch eine revolutionäre Massenbewegung, durch einen bewaffneten Volksaufstand gestürzt, sondern war unter den militärischen Schlägen der Alliierten zusammengebrochen. Der antifaschistische Widerstand gegen das Naziregime erreichte in Österreich nie das gleiche Ausmaß wie etwa in Jugoslawien, Italien, Frankreich oder anderen Ländern. Gerade das Fehlen einer antifaschistisch-revolutionären Massenbewegung erleichterte die Durchsetzung der Konzeption der SPÖ- und KPÖ-Führer in ihren eigenen Reihen. Beide Parteileitungen, die ja anfangs in einem politischen Vakuum agierten, konnten so ihre Position rasch konsolidieren.“¹⁰¹

Otto Bauer beschreibt das hoffnungsvolle Modell des „integralen Sozialismus“ eingehend in seinem letzten großen, in gewisser Hinsicht als „politisches Testament“¹⁰² zu bezeichnendem Werk „Zwischen zwei Weltkriegen?“, welches er den sozialdemokratischen Aktivisten in der Illegalität widmete.

Im Abschnitt „Integraler Sozialismus“ analysiert er das Spannungsverhältnis, in welchem sich der, eine vermittelnde Position zwischen Marxismus und Sozialdemokratie einnehmende Austromarxismus, zu bewegen hatte, wie folgt: „Die Spaltung der Arbeiterklasse durch den Weltkrieg und durch den gegensätzlichen Verlauf der russischen Revolution und der mitteleuropäischen Revolutionen hat die reformistische Arbeiterbewegung und den revolutionären Sozialismus einander als polare Gegensätze entgegengestellt. Die verhängnisvollen Wirkungen der Spaltung hat die Arbeiterklasse erlebt. Faschismus und Kriegsgefahr drängen zur Überwindung der Feindschaft zwischen den beiden Heerlagern der Arbeiterklasse. Aber der integrale Sozialismus, der die beiden großen Richtungen der Arbeiterbewegung in sich aufnehmen soll, kann den Gegensatz zwischen reformistischer Arbeiterbewegung und revolutionärem Sozialismus, der in den Daseinsbedingungen der Arbeiterklasse selbst begründet ist, nicht aufheben. Er kann nur und er muß den revolutionären Sozialismus in ein anderes Verhältnis zur reformistischen Arbeiterbewegung, die reformistische Arbeiterbewegung in ein anderes Verhältnis zum revolutionären

¹⁰¹ Fritz Weber, Der kalte Krieg in der SPÖ, S. 18.

¹⁰² Fritz Weber, Der kalte Krieg in der SPÖ, S. 11.

Sozialismus setzen als dem des polaren Gegensatzes. In der Veränderung des Verhältnisses zwischen beiden ist heute die Leistung zu vollbringen, die die ursprüngliche theoretische Leistung des Marxismus gewesen und die seine ständige praktische Aufgabe geblieben ist.“¹⁰³ Denn, so Bauer weiter, „das ist die Konzeption eines integralen Sozialismus, der sich über die Gegensätze, die das Proletariat der Welt gespalten haben, erhebt, um sie zu überwinden“¹⁰⁴.

Das bereits erwähnte „Linzer Programm“ von 1926 verband demnach „nüchterne Realpolitik mit revolutionärem Enthusiasmus“¹⁰⁵ und postulierte damit das Anliegen, die beiden Hauptströmungen der Arbeiterbewegung zu vereinen, die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden und damit die Arbeiterbewegung an sich zu einen.

„In seiner Integrationskraft, die – dank der nur bedingten Relevanz theoretischer Auffassungen für die praktisch-politischen Positionen der Partei und dem Festhalten an sozialistischen Zielsetzungen – bedeutsame Spaltungen der Arbeiterbewegung in Österreich verhinderte, ist eine Besonderheit des Austromarxismus in seiner zweiten historischen Periode zu sehen.“¹⁰⁶ Die kommunistische Partei konnte in der ersten Republik bis 1934 im europäischen Vergleich nur wenig Einfluss erlangen.

In theoretischer Hinsicht unterscheiden sich die Austromarxisten ebenso von der Marxschen „Basis-Überbau-Lehre“, nach der die reale ökonomische Basis einer Gesellschaft letztlich ihren Überbau bedingt und bestimmt, als auch von einer rein normativistischen, positivistischen Auffassung des Rechts als gesellschaftlichem Teilbereich, wie beispielsweise im Sinne Hans Kelsens, in dem sie „die aktive, organisierende und verändernde Rolle von rechtlichen Normen für den Formwandel der Gesellschaft hervorheben“. „Die ‚juristische Natur‘ einer Rechtsbestimmung wird von ihrer ‚sozialen Funktion‘ beeinflusst, die gleichen Rechtsinstitutionen können unter veränderten ökonomischen Bedingungen eine neue Funktion annehmen.“¹⁰⁷ Der Marxismus sollte also vornehmlich „innerhalb der Sozialdemokratie“ weiter entwickelt werden und „für die Tagespolitik anwendbar“ gemacht

¹⁰³ Otto Bauer, Zwischen zwei Weltkriegen?, S. 319.

¹⁰⁴ Otto Bauer, Zwischen zwei Weltkriegen?, S. 350.

¹⁰⁵ Möckel, „Austromarxismus“, Sp. 756ff.

¹⁰⁶ Möckel, „Austromarxismus“, Sp. 759.

¹⁰⁷ Kallscheuer, „Austromarxismus“, S. 72.

werden¹⁰⁸, weswegen die austromarxistischen Theorien nach Pirker und Stockhammer als „eigenständige, in der Arbeiterbewegung selbst verwurzelte theoretische Anstrengung(en), marxistische Sichtweisen auf aktuelle Probleme anzuwenden“¹⁰⁹ beschrieben werden können.

Biographische Aspekte zum Leben Hans Kelsens

Die theoretischen Arbeiten Hans Kelsens zielten darauf ab, Antworten auf zeitgenössische politische Herausforderungen zu geben.

Sein Werk ist nicht von den zeitgeschichtlichen Hintergründen zu trennen. Es erscheint an dieser Stelle also sinnvoll, die Biographie Hans Kelsens schlaglichtartig in Erinnerung zu rufen, um der Beschaffenheit des Verhältnisses Hans Kelsens zum Sozialismus bzw. Austromarxismus eine Basis zu geben.

Hans Kelsen kam am 11. Oktober 1881 als ältester Sohn von insgesamt vier Kindern des Ehepaares Adolf und Auguste Löwy in Prag zur Welt. Bereits drei Jahre später zog die Familie nach Wien um, da sich sein Vater davon berufliche Besserstellung erhoffte. Seine Schulzeit absolvierte Kelsen am Akademischen Gymnasium. Nach der Matura im Jahr 1900 und dem Militärdienst inskribierte er „mehr als Pflicht denn als Neigung“¹¹⁰, statt der ursprünglich angedachten Studien der Philosophie, der Mathematik und der Physik, das Studium der Rechtswissenschaften an der Wiener Universität.

Seine Promotion zum Dr. iur. erfolgte 1906, im selben Jahr in dem auch sein Studienkollege, der später führende Austromarxist Otto Bauer promovierte, beide weisen in weiterer Folge ähnliche Lebensläufe auf: auch Otto Bauer war 1881 geboren, so wie der bekennende Agnostiker bzw. „religiös indifferente“¹¹¹ Kelsen war er ebenfalls jüdischer Herkunft, ließ sich aber im Gegensatz zu Kelsen, der 1905 zum katholischen Glauben übertrat und 1912 dann zur lutherischen Konfession konvertierte, nicht taufen. Beide verfassten schon in ihrer

¹⁰⁸ Vgl. dazu: www.dasrotewien.at/austromarxismus, letzter Zugriff am 25.01.2015.

¹⁰⁹ Reinhard Pirker, Engelbert Stockhammer, Zur Aktualität austromarxistischen ökonomischen Denkens: Max Adler und Rudolf Hilferding, in: Kurswechsel 4/2006, S. 27-36, hier S. 27.

¹¹⁰ Thomas Olechowski, Biographische Untersuchungen zu Hans Kelsen (= Rechtsgeschichtliche Vorträge 64), Budapest 2011, S. 6.

¹¹¹ Phillipp Horst Schlüter, Gustav Radbruchs Rechtsphilosophie und Hans Kelsens Reine Rechtslehre. Ein Vergleich. Inaugural-Dissertation, Univ. Tübingen 2009, S. 10.

Studienzeit wichtige wissenschaftliche Werke und waren nach der Absolvierung ihrer Studien im Kriegsministerium tätig: Kelsen bereits seit Kriegsbeginn, Bauer erst nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft 1917.

Hans Kelsen sollte letztlich viele Jahre lang ein enger Freund Otto Bauers bleiben, war gut in dessen Familie integriert und konnte sogar durch persönliche Intervention beim k.u.k. Kriegsminister Rudolf Steiner-Stöger¹¹², die neuerliche, wegen der Veröffentlichung eines kritischen Artikels in Aussicht gestellte Abkommandierung Bauers an die Front, verhindern. In den 1930er Jahren verbrachten beide einige Lebensjahre in der Tschechoslowakei. Trotz der wissenschaftlichen Kritik, die Hans Kelsen am (Austro-)Marxismus übte, blieben Bauer und Kelsen ein Leben lang freundschaftlich verbunden.

1911 habilitierte sich Kelsen mit der Schrift „Hauptprobleme der Staatsrechtslehre, entwickelt aus der Lehre vom Rechtssatze“ an der juristischen Fakultät der Universität Wien für allgemeines und österreichisches Staatsrecht, Rechtsphilosophie und deren Geschichte und konnte fortan als Privatdozent an der Universität lehren, im Wintersemester des Jahres 1911 hielt er seine erste Vorlesung. Die folgenden Jahre widmet er Lehrtätigkeiten an unterschiedlichen Institutionen, unter anderem auch an der Exportakademie (einer Vorläuferinstitution der heutigen Wirtschaftsuniversität). Tatsächlich endete seine Tätigkeit im Herbst 1914, als er zur Armee einrücken sollte. Er muss als Reserveoffizier einrücken, wurde aber schon bald für die „aktive Kriegsdienstleistung“ untauglich erklärt.¹¹³ Beschäftigt war er anschließend zunächst im Kriegsfürsorgeamt, ab 1915 im Gnadenreferat der Militärjustiz und schließlich seit 1917 als Berater und persönlicher Referent des Kriegsministers Stöger-Stein, in dessen Auftrag er nicht nur die Armee der Habsburgermonarchie, sondern auch die Verfassung der Monarchie als solche reformieren sollte. Der Entwurf erschien 1918 unter dem Titel „Denkschrift über die Reorganisation des Staates auf der Grundlage von Nationalstaaten, die einen Staatenbund bilden sollen“.¹¹⁴

„Stets blieb Kelsen in der Gunst des Kriegsministers, und es ist wohl dessen Protektion zu verdanken, dass die antisemitischen Widerstände an der Fakultät überwunden werden

¹¹² Rudolf Stöger-Stein von Steinstätten, k.u.k. Generaloberst, vom 12. April 1917 bis 11. November 1918 Kriegsminister von Österreich-Ungarn.

¹¹³ Jürgen Busch, Hans Kelsen an der Exportakademie in Wien, in: Thomas Olechowski, Christian Neschwara, Alina Lengauer (Hg.), Grundlagen der österreichischen Rechtskultur. Festschrift für Werner Ogris zum 75. Geburtstag, Wien/Köln/Weimar 2010) S. 69-108, hier S. 84.

¹¹⁴ Rudolf Aladár Métall, Hans Kelsen. Leben und Werk, Wien 1969, S. 18ff.

konnten und Hans Kelsen am 8. Juli 1918 zum außerordentlichen Professor an der Universität Wien ernannt wurde.“¹¹⁵ Ein Jahr später erfolgte seine Ernennung zum ordentlichen Professor. Im Studienjahr 1920/21 stand er der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät sogar als Dekan vor. Nach Kriegsende war er zudem als juristischer Berater für die Staatskanzlei unter Karl Renner bzw. für das Bundeskanzleramt tätig, wo seine Hauptaufgabe darin lag, „an der definitiven Verfassung für die junge Republik“¹¹⁶ mitzuwirken, indem er eine Reihe von Entwürfen vorlegte, die als Grundlage der weiteren Beratungen dienen sollten. „Als parteiunabhängiger Experte im Unterausschuss des Verfassungsausschusses der Konstituierenden Nationalversammlung gelang es ihm, in vielen zwischen den politischen Parteien strittigen Punkten vermittelnde Vorschläge zu unterbreiten und wurde so zum Architekten der österreichischen Bundesverfassung.“¹¹⁷

Günther Schefbeck charakterisiert Kelsens Einfluss bei der Entstehung der Verfassung folgendermaßen: „Seine legistische Hermeneutik, also sein Hervorbringen gerade auch gegensätzlicher Positionen in einer klaren Rechtssprache und einer einheitlichen Systematik, hat diese Verfassung erst ins Leben gefördert. Dass ohne diese systematische Grundlage – bei ansonsten unverändert gedachten historisch-politischen Randbedingungen – in der knappen Zeit bis zum Ende des Mandats der Konstituierenden Nationalversammlung ein auch nur fragmentarisches Verfassungswerk hätte erarbeitet und beschlossen werden können, ist schwer vorstellbar. In geradezu idealtypischer Weise manifestiert sich in Kelsens Leistung ein Modell werturteilsfreier wissenschaftlicher Politsekundanz: Die Wissenschaft stellt der Politik ‚Wenn-dann-Beziehungen‘ zur Verfügung, aus denen die politische Willensbildung eine Auswahl treffen kann.“¹¹⁸

Starken Einfluss konnte er so auch auf die Entstehung der damals international einzigartigen österreichischen Verfassungsgerichtsbarkeit ausüben. Vom 3. Mai 1919 bis zum 15. Februar 1930 hatte er das Amt eines Verfassungsrichters am österreichischen Verfassungsgerichtshof inne. Nach seiner Enthebung als Verfassungsrichter in Folge der einschlägig politisch motivierten Verabschiedung der zweiten Bundes-Verfassungsgesetznovelle im Dezember

¹¹⁵ Olechowski, Biographische Untersuchungen, S. 11.

¹¹⁶ Olechowski, Biographische Untersuchungen, S. 11.

¹¹⁷ Olechowski, Biographische Untersuchungen, S. 12.

¹¹⁸ Günther Schefbeck, Hans Kelsen und die Bundesverfassung, in: Hans Kelsen und die Bundesverfassung. Geschichte einer Josefstädter Karriere (Ausstellungskatalog), Wien 2011, S. 49-57, hier S. 56f.

1929¹¹⁹, mit der u.a. festgelegt wurde, dass alle am Verfassungsgerichtshof tätigen Richter mit 15. Februar 1930 ihres Amtes enthoben und ein neuer Bestellmodus eingeführt werden solle, und welche zur Folge hatte, dass mehr als die Hälfte der auf Lebenszeit berufenen Verfassungsrichter unfreiwillig aus ihren Ämtern entfernt wurden, fasste Hans Kelsen den Beschluss, Wien zu verlassen.

Der Entschluss, die ihm von Seiten der Sozialdemokratie angebotene Nominierung als Verfassungsrichter auszuschlagen und die damit einhergehende Begründung, solch ein Richteramt nicht als Vertrauensmann einer Partei ausüben zu wollen, lässt erkennen, dass Kelsen parteipolitische Neutralität wahren, trotz der bestehenden Sympathien zur Sozialdemokratie eine Vereinnahmung durch die sozialdemokratische Partei nicht zulassen und durch seine (nochmalige) Berufung in den Gerichtshof keiner politischen Partei verpflichtet sein wollte.

Zur Verfassungsnovellierung von 1929 äußerte sich Kelsen folgendermaßen: „Diese war der Grund, dass ich Oesterreich verliess und eine Berufung an der Universitaet Koeln annahm. Die Verfassungsreform von 1929 war politisch ein Vorstoss der christlich-sozialen Partei gegen die sozialdemokratische Partei, die zwar seit Inkrafttreten der Bundesverfassung von 1920 nicht mehr in der Zentralregierung vertreten war, aber die Regierung des Landes Wien und die Arbeiterpartei kontrollierte. Ihre Haltung waehrend und nach dem Brand des Justizpalastes in 1927 hatte gezeigt, dass sie nicht so stark war als man buergerlicherseits vermutet hatte und dass insbesondere keine ernstliche Gefahr einer revolutionaeren Machtergreifung von ihrer Seite zu befuerchten war. Die Zurueckdraengung ihres politischen Einflusses lag auch in der Linie der Aussenpolitik, die die christlich-soziale Partei immer deutlicher verfolgte: Anlehnung an das faschistische Italien. Die von christlich-sozialer Seite initiierte Verfassungsreform von 1929 hatte in erster Linie zum Ziel, die Macht des Bundespräsidenten und damit der ganzen Exekutive wesentlich zu verstaerken und so eine Regierung auch ohne Parlament moeglich zu machen, in welchem die starke

¹¹⁹ Bundesgesetzblatt Nr. 392, Bundesverfassungsgesetz vom 7. Dezember 1929, betreffend einige Abänderungen des Bundes-Verfassungsgesetzes vom 1. Oktober 1920 in der Fassung des B.G.Bl. Nr. 367 von 1925 (Zweite Bundes-Verfassungsnovelle), ausgegeben am 10. Dezember 1929. Die Parlamentsmehrheit der Christlichsozialen Partei hatte mit dem fadenscheinigen Argument, zu einer „Entpolitisierung“ des Verfassungsgerichtshofes beitragen zu wollen, 1929 eine Verfassungsreform durchgesetzt. Motiviert war diese Umbildung durchaus parteipolitisch, sie zielte auf den Ausschluss liberaler und politisch dem linken Lager zugeordneter Richter ab und verfolgte in diesem Sinne also eher eine „Umpolitisierung“ des Gerichtshofes. Vgl. dazu: Gerhart Klaus Wielinger, Hans Kelsen, in: Wolfgang Mantl, Politik in Österreich. Die Zweite Republik: Bestand und Wandel, Wien/Graz 1992, S. 766-786, hier S. 769.

sozialdemokratische Minorität höchst unbequem war und die Christlichsozialen nur zusammen mit den Deutschnationalen eine Majorität bildeten. Ein zweites, nicht minder wichtiges Ziel war die Beseitigung des Verfassungsgerichtshofes, zumindest in seiner gegenwärtigen Gestalt.“¹²⁰

Auch an der Universität Wien verschlechterten sich die Zustände immer weiter. Der Antisemitismus unter Professoren und Studierenden zog immer weitere Kreise – so warnte die bereits seit 1925 im Umlauf befindliche sogenannte "Gelbe Liste" der „Deutschen Gemeinschaft“¹²¹ schon bald vor dem Besuch von Vorlesungen, die von jüdischen Professoren gehalten wurden, darunter auch des "Marxisten" Kelsen. Einige Professoren der rechtswissenschaftlichen Fakultät ließen es sich nicht nehmen, breit angelegte Streit- und Schmähschriften gegen Kelsen zu veröffentlichen, die „scheinbar sachlich gehalten waren, in Wahrheit aber doch auch die antisemitische Karte recht deutlich ausspielten“¹²².

Wie sehr zu dieser Zeit das Klima an der Universität Wien bereits von nationalsozialistischem Gedankengut beherrscht war, wird deutlich, wenn man die Erinnerungen des zu dieser Zeit an der Universität inskribierten, späteren Bundeskanzlers Bruno Kreisky liest: „An den Universitäten gab es wahre Hassorgien gegen berühmte Wissenschaftler, vor allem dann, wenn sie jüdischer Herkunft waren; wenn sie nicht jüdischer Herkunft waren, wurden sie jüdischer Geisteshaltung beschuldigt. So vertrieben sie damals, die Reaktionären und Deutschnationalen in einer Front, den berühmten Staatsrechtslehrer Hans Kelsen aus Wien, brüstete sich der Mörder des Philosophen Hans Schlick, dass er ihn aus politischen Motiven umgebracht hätte – einen Philosophen! Der Schriftsteller Hugo Bettauer wurde ermordet, und niemals meldete sich auch nur ein einziger Exponent der Christlichsozialen Partei von Rang zu Wort, um gegen diese Ungeheuerlichkeit, diese Kulturschande zu protestieren.“¹²³

¹²⁰ Matthias Jestaedt (Hg.), Hans Kelsen im Selbstzeugnis, Tübingen 2006, S. 70f.

¹²¹ Die „Deutsche Gemeinschaft“ wurde 1919 von Vertretern der katholischen und deutschnationalen Studentenverbindungen gegründet und war im Wesentlichen ein antisemitischer Geheimbund. Siehe dazu: Ilse Reiter-Zatloukal, Antisemitismus und Juristenstand. Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät und Rechtspraxis vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum „Anschluss“ 1938, in: Oliver Rathkolb (Hg.), Der lange Schatten des Antisemitismus. Kritische Auseinandersetzungen mit der Geschichte der Universität Wien im 19. und 20. Jahrhundert (= Zeitgeschichte im Kontext 8), Göttingen 2013, S. 183-206, hier S. 192.

¹²² Vgl. Thomas Olechowski, Tamara Ehs, Kamila Staudigl-Ciechowicz, Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918-1938 (= Schriften des Archivs der Universität Wien, Fortsetzung der Schriftenreihe des Universitätsarchivs, Universität Wien, Bd. 20, hg. von Kurt Mühlberger, Thomas Maisel und Johannes Seidl), Göttingen 2014, S. 751f.

¹²³ Bruno Kreisky, Erinnerungen. Das Vermächtnis des Jahrhundertpolitikers, hg. von Oliver Rathkolb, Wien/Graz/Klagenfurt 2007, S. 418.

Kelsen sah sich 1930 veranlasst, Wien zu verlassen und eine Berufung an die Universität Köln anzunehmen, wofür sich der damalige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer¹²⁴ persönlich stark gemacht hatte.

An der Universität Köln fungierte er als Ordinarius für Öffentliches Recht, insbesondere Allgemeine Staatslehre und Rechtsphilosophie, im akademischen Jahr 1932/1933 wurde er sogar zum Dekan der juristischen Fakultät gewählt. Nach § 3 des NS-Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, nach dem Beamte nicht-arischer Abstammung in den Ruhestand zu versetzen bzw. soweit es sich um Ehrenbeamte handelte, aus dem Amtsverhältnis zu entlassen waren¹²⁵, wurde Kelsen jedoch bereits im April 1933 aus dem Lehrkörper der Universität relegiert – „der Sache nach“, so Lepsius, wurde er jedoch aus politischen Gründen entlassen. „Obwohl kein Mitglied einer politischen Partei, war er einer der prominentesten Verteidiger der parlamentarischen Demokratie an den deutschen Hochschulen und bereits als solcher gehörte er zu einem durchaus überschaubaren Kreis unter den Professoren.“¹²⁶

Kelsen verließ daraufhin noch 1933 Köln und begab sich in die Schweiz, um einer Berufung William Rappards, dem international anerkannten Rektor des Genfer „Institut Universitaire des Hautes Études Internationales (IUHEI)“ zu folgen. Seine Anstellung als Gastprofessor für Völkerrecht in Genf war allerdings nur befristet und brachte ihm keine Pensionsansprüche ein.

1936 erhielt Kelsen einen Ruf an die Prager Deutsche Universität, wo er auch durch drei Semester Lehrveranstaltungen abhielt – seinen Lebensmittelpunkt beließ er aber in Genf. Für Ende September 1938 plante die Familie Kelsen eine Übersiedlung nach Prag, die jedoch aufgrund des Münchner Abkommens¹²⁷ scheitern sollte. „Bei der Fakultät erbat Kelsen daraufhin die Entbindung von seinen Lehrverpflichtungen, damit seine ‚Person, die dort seit jeher als ein Stein des Anstoßes gesehen wurde, in den heutigen bewegten Tagen nicht neuerlich zu irgendwelchen Unruhen Anlass gibt‘. Gleichzeitig informierte er das

¹²⁴ Konrad Adenauer: 1917 bis 1933 Oberbürgermeister der Stadt Köln.

¹²⁵ Reichsgesetzblatt Nr. 34, Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, ausgegeben zu Berlin, dem 7. April 1933.

¹²⁶ Vgl. dazu: Oliver Lepsius, Hans Kelsen und der Nationalsozialismus, in: Hans Kelsen: Leben-Werk-Wirksamkeit, hg. von Robert Walter, Werner Ogris, Thomas Olechowski, (= Schriftenreihe des Hans Kelsen-Instituts, Band 32), Wien 2009, S. 271-287, hier S. 272.

¹²⁷ Das Münchner Abkommen wurde am 29./30. September 1938 zwischen Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien geschlossen und bestimmte im Wesentlichen die Abtretung des Sudetenlandes durch die Tschechoslowakei an das Deutsche Reich.

(tschechoslowakische) Schulministerium über seine Absicht, sich eine ‚neue Existenz in Amerika‘ zu suchen.“¹²⁸

Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im September 1939 war für ihn der Anlass, in die Vereinigten Staaten zu emigrieren. Im Juni 1940 traf Kelsen in New York ein. Zunächst konnte er eine befristete Anstellung an der New York School for Social Research erlangen, als „lecturer“ bzw. „research associate“ unterrichtete er 1940 bis 1942 in Cambridge an der Harvard Law School. Seine „lectureship“ wurde allerdings nicht weiter verlängert: „Eine Verlaengerung meiner Stellung für ein drittes Jahr lehnte der President ab (...); seine Begründung war, dass eine Verlaengerung eine moralische Verpflichtung der Universitaet involvieren wuerde, mich staendig zu halten und dass keine Professur frei sei, die fuer mich in Betracht kaeme.“¹²⁹

Ein rettendes Angebot sollte Kelsen schließlich dank einer Empfehlung des US-Juristen, Professor Roscoe Pound, der Kelsen als „leading jurist of the time“ und „one of the outstanding figures in the science of law in the world“¹³⁰ charakterisierte, vom Political Science Department der University of California/Berkeley, erhalten. Vorerst konnte er auch hier nur befristet als „Lecturer in political science“ angestellt werden, erst 1945 erfolgte seine Ernennung zum „full professor“ und in weiterer Folge wurde ihm am 28. Juli 1945 die US-Staatsbürgerschaft verliehen.

Während der McCarthy-Ära, als 1949 alle Professoren der Universität Berkeley gezwungen wurden, einen „Antikommunismuseid“ abzulegen, wurde Kelsen durch seine öffentliche Äußerung über dessen „Sinnlosigkeit“ sowie die dadurch bedingte „Beeinträchtigung der akademischen Freiheit“ selbst verdächtigt, Kommunist zu sein.¹³¹ Die vom FBI eingeleiteten Untersuchungen brachten aber nicht das politisch gewünschte Ergebnis.¹³²

¹²⁸ Jana Osterkamp, Hans Kelsen in der Tschechoslowakei, in: Hans Kelsen: Leben-Werk-Wirksamkeit, hg. von Robert Walter, Werner Ogris, Thomas Olechowski, (= Schriftenreihe des Hans-Kelsen-Instituts Band 32), Wien 2009, S. 305-318, hier S. 311.

¹²⁹ Zit. nach: Olechowski, Biographische Untersuchungen zu Hans Kelsen, S. 16.

¹³⁰ Vgl. dazu: Métall, Hans Kelsen. Leben und Werk, S. 78 sowie Johannes Feichtinger, Transatlantische Vernetzungen. Der Weg Hans Kelsens und seines Kreises in die Emigration, in: Hans Kelsen: Leben-Werk-Wirksamkeit, hg. von Robert Walter, Werner Ogris, Thomas Olechowski, (= Schriftenreihe des Hans-Kelsen-Instituts Band 32), Wien 2009, S. 321-338, hier S. 329.

¹³¹ Zit. nach: Olechowski, Biographische Untersuchungen zu Hans Kelsen, S. 17.

¹³² Vgl. dazu: Oliver Rathkolb, Hans Kelsen und das FBI während des McCarthyismus in den USA, in: Hans Kelsen: Leben-Werk-Wirksamkeit, hg. von Robert Walter, Werner Ogris, Thomas Olechowski, (= Schriftenreihe des Hans-Kelsen-Instituts Band 32), Wien 2009, S. 339-348.

1952 trat er in den Ruhestand, eine Berufung Kelsens an einen österreichischen Lehrstuhl kam nicht zustande.

Hans Kelsen verstarb am 19. April 1973 in der Stadt Orinda bei Berkeley.

Das Verhältnis Hans Kelsens zum Austromarxismus

Eine umsichtige Analyse dieses Verhältnisses muss mehreren Dimensionen Rechnung tragen, denn neben persönlichen Beziehungen und teils lebenslangen Freundschaften mit führenden sozialdemokratischen Theoretikern und Politikern verbindet Kelsen auch eine intensive fachliche Auseinandersetzung mit den Anliegen des Sozialismus bzw. Austromarxismus.

Da finden sich also zum einen zahlreiche persönliche Beziehungen zu den intellektuellen sozialdemokratischen Kreisen und eine große Sympathie für das Gedankengut der Sozialdemokratie¹³³, zum anderen aber auch eine von Seiten Kelsens stets betonte Distanz zur Sozialdemokratischen Partei sowie die Ablehnung einer Parteimitgliedschaft, der wiederum eine lebenslange Beschäftigung mit marxistischen Problem- und Fragestellungen entgegensteht, die auch praktische politische Interventionen nach sich zog. So trat Kelsen zum Beispiel vehement gegen die Einführung einer Rätevertretung an der Universität Wien im Jahr 1919 ein:

„Bald nachdem der Vorschlag erstattet worden war¹³⁴, hatte eine Versammlung der Professoren der Wiener Universität stattgefunden, die einberufen worden war, um die Frage zu entscheiden, ob die Universität als ein „Betrieb“ an den Wahlen zum Arbeiterrat der Inneren Stadt – wo der Sitz der Universität war – teilnehmen solle. In dem Wahlstatut war Bekenntnis zum Marxismus – oder eine ähnliche Formel – als Bedingung statuiert. Ich war entschieden gegen Beteiligung an der Wahl. (...) Die Arbeiterräte-Organisation wurde von der sozialdemokratischen Partei empfohlen, und das Unterrichtsministerium war, (...),

¹³³ Beispielsweise betont Oliver Lepsius Kelsens sozialdemokratische Gesinnung, die Kelsens Entrenchung durch die Nationalsozialisten und seine damit einhergehende Absetzung als Hochschulprofessor an der Universität Köln im April 1933 nach sich zog. Vgl. dazu: Lepsius, Hans Kelsen und der Nationalsozialismus, S. 273.

¹³⁴ Die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien schlug Hans Kelsen 1919 primo loco zum Nachfolger des verstorbenen Prof. Edmund Bernatziks als Ordinarius für Staats- und Verwaltungsrecht vor.

in den Haenden der Partei. (...) Entgegen meiner urspruenglichen Absicht ergriff ich das Wort. Ich wies darauf hin, dass die Verfassung der Arbeiterraete mit dem Grundsatz der Freiheit der Wissenschaft unvereinbar sei; ich erinnerte die Kollegen daran, dass die Universitaet vor nicht allzu langer Zeit dem Erzherzog Friedrich das Ehrendoktorat in sehr unterwuerfiger Weise verliehen hatte, und dass dieser Akt schwer mit einem Anschluss an eine marxistische Organisation vereinbar sei; und schloss damit, dass die Wiener Universitaet nicht vor jedem Kreuz niederfallen muesse, das man vor ihr aufrichte. Ich glaube, dass meine Rede sehr dazu beigetragen hat, dass die Beteiligung an der Wahl in den Arbeiterrat abgelehnt wurde. Dass mich der sozialdemokratische Unterrichtsminister (Matthias Eldersch)¹³⁵ dennoch ernannte, war auch darum ein Zeichen grosser Objektivitaet, weil secundo loco ein Extraordinarius vorgeschlagen war, der sich der sozialdemokratischen Partei angeschlossen hatte, was ich nicht getan habe; zunaechst, weil ich die politische Theorie des Marxismus (Diktatur des Proletariates – Absterben des Staates) ablehnte – ich habe sie in meinem Buch ‚Sozialismus und Staat‘ einer eingehenden Kritik unterzogen – und dann, weil ich der Ansicht war und noch heute bin, dass ein Lehrer und Forscher auf dem Gebiete der Sozialwissenschaften sich keiner politischen Partei anschliessen soll, da Parteizugehoerigkeit wissenschaftliche Unabhaengigkeit beeintraehtigt. Mit dem demokratischen Programm der oesterreichischen Partei, das zwar grundsaeztlich auf dem Boden des Marxismus stand, aber praktisch nichts mit der anarchistischen Staatstheorie von Marx und Engels zu tun hatte, war ich von allem Anfang an in rueckhaltloser Uebereinstimmung. Ihrem oekonomischen Programm der Nationalisierung der Wirtschaft stand ich urspruenglich – als Individualist – ablehnend gegenueber. Spaeter, besonders unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Erschuetterungen, die der Krieg mit sich gebracht hatte, wurde ich mehr und mehr geneigt anzuerkennen, dass das System des oekonomischen Liberalismus, so wie es sich unter den gegebenen Umstaenden realisierte, keinerlei Garantie fuer die

¹³⁵ Die Akten der Ernennung wurden vom Staatsamt für Unterricht im Juli 1919 bearbeitet, Matthias Eldersch stand diesem als Staatssekretär für Inneres und Unterricht von 9. Mai 1919 bis 6. Juli 1920 vor. Vgl. dazu: Thomas Olechowski, Hans Kelsen und die Universität Wien, in: Hans Kelsen und die Bundesverfassung. Geschichte einer Josefstädter Karriere (Ausstellungskatalog), Wien 2011, S. 32-39, hier S. 37.

wirtschaftliche Sicherheit der Masse der Besitzlosen bildet und dass wirtschaftliche Sicherheit – unter den gegebenen Umständen – nur durch Planwirtschaft, und das heisst letzten Endes, Nationalisierung der Produktion, erzielt werden kann. Der Schwierigkeit, die Nationalisierung der Produktion mit politischer Freiheit des Individuums zu verbinden, war und bin ich mir wohl bewusst; aber ich glaube objektiv genug sein zu müssen, um anzuerkennen, dass wirtschaftliche Sicherheit fuer die große Masse wichtiger ist als alles andere, und dass ich nicht das Recht habe fuer die Aufrechterhaltung eines Wirtschaftssystems politisch aktiv zu sein, in dem ich selbst und meinesgleichen sich wohl befinden, und gegen ein Wirtschaftssystem aufzutreten, von dem ich annehmen musste, dass es im Interesse der großen Masse ist, und dem wie ich glaube – ob wir Nutznießer der freien Wirtschaft es wünschen oder nicht – die Zukunft gehoert. So stehe ich denn persoendlich einer sozialistischen und zugleich demokratischen Partei durchaus sympathisch gegenueber; und habe aus dieser Sympathie niemals einen Hehl gemacht. Aber staerker als diese Sympathie war und ist mein Beduerfnis nach parteipolitischer Unabhaengigkeit in meinem Beruf. Was ich dem Staat nicht zubillige: das Recht, die Freiheit der Forschung und Meinungsaeusserung zu beschaenken, kann ich auch einer politischen Partei, durch freiwillige Unterwerfung unter ihre Disziplin, nicht einraeumen.“¹³⁶

Kelsens „entschiedene (theoretische) Bekämpfung des Marxismus, die in ihrer Schärfe und Kompromisslosigkeit kaum zu überbieten ist“¹³⁷, sein in diesem Zusammenhang bedeutender und bekannter Aufruf „Zurück zu Lasalle!“, der geradezu zum „Lösungswort des gegen den Marxismus opponierenden Reformismus in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung“ werden sollte und praktische politische Interventionen, wie sein Engagement in der Erwachsenenbildung, legen nahe, „daß Kelsen, ohne der

¹³⁶ Jestaedt, Hans Kelsen im Selbstzeugnis, S. 59f.

¹³⁷ Michael Potacs, Hans Kelsen und der Marxismus, in: Hans Kelsen: Leben-Werk-Wirksamkeit, hg. von Robert Walter, Werner Ogris, Thomas Olechowski (= Schriftenreihe des Hans Kelsen-Instituts, Band 32), Wien 2009, S. 183-193, hier S. 183.

sozialdemokratischen Partei anzugehören, sie doch zu gemäßigter, antimarxistischer praktischer Politik zu beeinflussen versuchte“¹³⁸.

Kelsens Verhältnis zur österreichischen Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit analysiert Clemens Jabloner folgendermaßen: „Kelsen considered it incompatible with his scientific ethos to become a member of a political party. Accordingly, it can be assumed that he did not have more than a certain sympathy for social democracy. The unique role of Austrian social democracy derives from the fact that it cultivated a traditional Marxist rhetoric while, in view of the notorious weakness of the liberal bourgeoisie in Austria, becoming a sort of protector of modern trends *per se*. The notable accomplishments of Municipal Vienna under social democratic rule in the areas of adult education, educational reform and housing ensured the social democratic movement support from many bourgeois intellectuals. A highlight of this close affinity was the renowned 1927 ‘certificate for the great social and cultural achievements of the City of Vienna’. Among those who signed are Alfred Adler, Karl Bühler, Sigmund Freud, Robert Musil, Anton (von) Webern and Hans Kelsen himself. In this connection, it is worth noting some of Kelsen’s activities outside of the university setting. He was involved in teacher training, which had been restructured as part of the educational reform measures, and lectured at the newly founded Paedagogical Institute of the City of Vienna. He was also active in the school founded by Eugenie Schwarzwald, an advocate of women’s liberation, who ran a special secondary school and well-attended summer courses where prominent artists and scientists lectured.”¹³⁹

Schon diese punktuellen Auszüge aus Kelsens Aktivitäten geben Aufschluss darüber, welchen hohen Stellenwert die Beschäftigung mit dem Sozialismus als Bewegung und Idee in Hans Kelsens Leben einnahm. Sein Interesse am Marxismus, zu diesem Schluss gelangt man auch bei der Durchsicht seiner Publikationen, war nicht nur episodisch oder vorübergehend, da in seinem gesamten theoretischen wissenschaftlichen Werk die Auseinandersetzung mit der (austro-)marxistischen politischen Theorie herausragenden Stellenwert hatte.

¹³⁸ Wolfgang Pircher, Der umkämpfte Staatsapparat. Hans Kelsen und Max Adler: zurück zu Lassalle oder vorwärts zu Marx? In: Stanley L. Paulson, Michael Stolleis (Hg.), Hans Kelsen. Staatsrechtslehrer und Rechtstheoretiker des 20. Jahrhunderts (= Grundlagen der Rechtswissenschaft 3), Tübingen 2005, S. 276-301, hier S. 278.

¹³⁹ Clemens Jabloner, Kelsen and his Circle: The Viennese Years, in: European Journal of International Law 9, 1998, S. 368-385, hier S. 377.

Fachliche Auseinandersetzungen mit dem Marxismus

Eine erstmalige, öffentliche Auseinandersetzung mit den politischen und ökonomischen Implikationen des Marxismus lässt sich bei Kelsen für das Jahr 1920 festmachen. Im „Österreichischen Volkswirt“ publizierte Kelsen am 17. April 1920 einen Artikel, der sich, titulierte als „Selbstanzeige“¹⁴⁰, mit der ökonomischen und politischen Theorie des Marxismus befasste und – vermutlich durch die Geschehnisse in Russland motiviert – die Frage nach der Einrichtung der Wirtschaft in einem sozialistischen Gemeinwesen beantworten sollte. Die Analyse – so Kelsen – müsse über eine Kritik des gegenwärtigen Zustandes hinausgehen, müsse die Widersprüche überwinden, die dort auftreten, wo die sozialistische Theorie mehr als nur „Schilderungen und Kausalerklärungen des historisch gewordenen Gesellschaftszustandes“ liefere, mehr als nur „soziologische Theorie“ sei, zur „Politik“ werde und nicht mehr nur Erklärungen liefere, sondern auch Wertungen vornehme.¹⁴¹ Eine Bewertung sei Kelsen zufolge „ohne Vision von einem Zukunftsstaat aber unmöglich, denn man müsse wissen, was sein soll, wenn man beurteilen wolle, dass etwas nicht sein soll“¹⁴². Kritik am Bestehenden sei aber in der sozialistischen Theorie die Basis der Erkenntnis, was sein solle und was nicht. „So kann man aus der Kritik an der ‚Anarchie der Produktion‘ etwa das Streben nach einer ‚Organisation‘ in Form einer Zentralisierung und Rationalisierung der Wirtschaft ableiten, woraus sich Kelsens zweiter großer Kritikpunkt am Marxismus ergibt: Diese ‚Organisation‘ kann Kelsen zufolge nämlich nur eine ‚Zwangsorganisation‘ sein, da sich schließlich ja jeder einzelne dem Wirtschaftsplan (d.h. der ‚Organisation‘) unterzuordnen habe und dies nicht ohne Zwang geschehen könne.“¹⁴³ Die Organisation sei damit Zwang unterworfen und sei ob ihres Zwangscharakters Staat.

Kelsen kritisiert die Gleichsetzung des Staatsbegriffes mit dem des Klassen- und Ausbeuterstaates, womit die sozialistische Lehre „einen unüberwindbaren Widerspruch in sich geschaffen (habe), zumal sich gerade die Notwendigkeit einer Zwangsordnung ganz

¹⁴⁰ Hans Kelsen, Die ökonomische und die politische Theorie des Marxismus. Eine Selbstanzeige. In: Der österreichische Volkswirt, JG. 12, Nr. 29, 17. April 1920, S: 560-562.

¹⁴¹ Zit. nach: Miriam Gassner, Hans Kelsen und die sowjetische Rechtslehre, in: Das internationale Wirken Hans Kelsens (= Schriftenreihe des Hans-Kelsen Instituts, Band 38), Wien 2016, S. 141-167, hier S. 147.

¹⁴² Gassner, Kelsen und die sowjetische Rechtslehre, S. 147.

¹⁴³ Gassner, Kelsen und die sowjetische Rechtslehre, S. 147.

unabhängig vom Klassengegensatz – ja gerade zur Vermeidung der Klassenbildung und Ausbeutung – ergeben könne“¹⁴⁴.

Schon in diesen frühen Jahren konnte Kelsen der deutschen Sozialdemokratie und einem ihrer wichtigsten Vertreter, Ferdinand Lassalle, deutlich mehr abgewinnen als den „orthodoxen“ Marxisten¹⁴⁵, welche ein Absterben des Staates behaupteten und damit, so Kelsen, „reiner Utopie“ anhängen. „Kelsen zufolge begehe der ‚echte Marxismus‘ nämlich den methodologischen Hauptfehler, dass er seine politische und seine ökonomische Seite voneinander trenne: So sterbe nach marxistischer Auffassung mit dem Übergang des Sozialismus zur herrschafts- und klassenlosen Gesellschaft zwar der Staat (und mit ihm auch die staatliche Zwangsgewalt) ab, der autoritär organisierte Wirtschaftsapparat bleibe jedoch bestehen, was die Grundlage für den größten Widerspruch innerhalb der marxistischen Rechtslehre darstelle und per se niemals überbrückt werden könne.“¹⁴⁶ Diese grundsätzlichen Kritikpunkte, vor allem die Kritik an der These des absterbenden Staates ziehen sich durch das gesamte Werk Kelsens, auch in späteren Arbeiten wie „Sozialismus und Staat“¹⁴⁷ oder „The Communist Theory of Law“¹⁴⁸ wird er ähnlich argumentieren.

Kelsens Auseinandersetzung mit dem Marxismus wird zumindest bis in die 1940er Jahre andauern – wenn man sein posthum erschienenenes Werk „Secular Religion“, das Kelsen 1964 nach jahrzehntelanger Arbeit schlussendlich doch nicht publizieren ließ, hinzurechnet, sogar bis in die 1960er Jahre. Aus der Vielzahl der Schriften seien im Besonderen die vor Kelsens Emigration in die USA erschienenen erwähnt: 1920 publiziert Kelsen „Sozialismus und Staat“ (1923 erscheint das Werk in einer erweiterten, zweiten Auflage als Antikritik auf Max Adlers 1922 publizierte „Staatsauffassung des Marxismus“), 1921 folgt eine Buchbesprechung von „Staat und Marxismus“ von Friedrich Lenz, 1923 eine Rezension von Wilhelm Mautners Werk „Der Bolschewismus“ sowie 1924 die Broschüre „Marx oder Lasalle. Wandlungen in der politischen Theorie des Marxismus“, in der die „anarchistische Theorie Marxens“ der „etatistischen politischen Theorie Lassalles“¹⁴⁹ gegenübergestellt wird.

¹⁴⁴ Gassner, Kelsen und die sowjetische Rechtslehre, S. 148.

¹⁴⁵ Vgl. dazu: Hans Kelsen, Die politische Theorie Lassalles, in: Neue Freie Presse, 13. April 1924, S. 4.

¹⁴⁶ Gassner, Kelsen und die sowjetische Rechtslehre, S. 148.

¹⁴⁷ Siehe dazu Fußnote 54.

¹⁴⁸ Hans Kelsen, The Communist Theory Of Law, New York 1955.

¹⁴⁹ Matthias Jestaedt (Hg.), Hans Kelsen. Werke. Band 1, Veröffentlichte Schriften 1905-1910 und Selbstzeugnisse, Tübingen 2007, S. 26.

Mitte der 1920er Jahre erscheinen zudem mehrere Beiträge in diversen österreichischen Zeitungen, wie beispielsweise „Die politische Theorie Lassalles“ in der Neuen Freien Presse¹⁵⁰. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch seine 1920 publizierte grundlegende Abhandlung zum Parlamentarismus kontinentaleuropäischen Zuschnitts „Vom Wesen und Wert der Demokratie“, ein Meilenstein der Verfassungs- und Rechtstheorie – die gleichzeitig das marxistisch-leninistische Demokratieverständnis, dessen Realisierung und konkrete Ausformung im nachrevolutionären Russland kritisiert. 1921 publiziert Kelsen zudem den Beitrag „Demokratisierung der Verwaltung“ in der Zeitschrift für Verwaltung¹⁵¹, aus welchem eine grundsätzliche Aufgeschlossenheit gegenüber dem in der Sowjetunion eingeführten Rätssystem hervorgeht. In späteren Schriften revidierte er allerdings diese Aussage „unter dem Eindruck der ‚Verwaltungskatastrophe‘, die dieses System in Sowjetrussland seiner Ansicht nach bewirkt hatte“¹⁵², teilweise.

1924, in seinem Beitrag „Otto Bauers politische Theorien“, publiziert im 17. Band des Theorieorgans der sozialdemokratischen Partei „Der Kampf“, nimmt Kelsen auch Bezug auf Otto Bauers Werk „Die österreichische Revolution“¹⁵³. In diesem 1923 erschienenen Werk Bauers formt dieser die marxistische These vom Staat als Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie anhand einer Untersuchung der jungen österreichischen Republik um und kommt so zu seiner These vom „Gleichgewicht der Klassenkräfte“ – eine These Bauers, die besagt, dass ein Staat im Zustand des "Gleichgewichts" den Klassen gegenüber neutral sein kann. Er muss daher nicht nur Instrument der Herrschenden sein, sondern kann auch Instrument in den Händen der Arbeiterbewegung sein.

Julius Braunthal¹⁵⁴ sah sich durch die Ausführungen Bauers zur Anmerkung veranlasst, die Studie beruhe stark auf einem sozialpsychologischen Argumentationsmuster.¹⁵⁵ Beispielsweise sei die Nation, so Bauer, eine aus „Schicksalsgemeinschaft erwachsene

¹⁵⁰ Siehe dazu Fußnote 140.

¹⁵¹ Hans Kelsen, Demokratisierung der Verwaltung, in: Zeitschrift für Verwaltung 54/1921, Heft 1, S. 5-15, abgedruckt in: Hans R. Klecatsky, René Marcic, Herbert Schambeck (Hrsg.), Die Wiener rechtstheoretische Schule. Schriften von Hans Kelsen, Adolf Merkl, Alfred Verdross, Wien 2010, S. 1298.

¹⁵² Olechowski u.a., Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918-1938, S. 483.

¹⁵³ Otto Bauer, Die österreichische Revolution (1923), in: Otto Bauer Werkausgabe Bd. 2, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für die Geschichte der Österreichischen Arbeiterbewegung, Wien 1976, S. 489-866, hier S. 802f.

¹⁵⁴ Julius Braunthal (1891-1972), sozialdemokratischer österreichischer Journalist der Zwischenkriegszeit, nach 1945 Funktionär der Arbeiterbewegung und weiterhin schriftstellerische Tätigkeit.

¹⁵⁵ Pfabigan, Rezeption, S. 48.

Charaktergemeinschaft“ und demgemäß eine vorgegebene, positiv besetzte Kategorie, deren Hinterfragung nicht einmal angedacht wird. Sozioökonomische Faktoren, also die ökonomische Basis des Nationalitätenproblems, werden dabei über weite Strecken ausgeblendet, was Kelsen folgendermaßen quittierte: „Liegt darin nicht eine gewisse Überschätzung der äußeren politischen Formen auf Kosten der realen ökonomischen Tatsachen?“¹⁵⁶

Bauer stützt seine historische Analyse der noch jungen Ersten Republik unter anderem auf eine These Friedrich Engels', der ein in bestimmten Perioden auftretendes Gleichgewicht der Klassenkräfte und damit des Staates als Vermittler und selbständiger Akteur gegenüber beiden Klassen konstatiert: „Diese Republik war keine Bourgeoisrepublik, in der die Bourgeoisie das Proletariat zu beherrschen vermocht hätte (...) Sie war aber auch keine Proletarierrepublik, in der das Proletariat die Bourgeoisie beherrscht hätte (...) Es war eine Republik, in der keine Klasse stark genug war, die anderen Klassen zu beherrschen, und darum alle Klassen die Staatsmacht untereinander, miteinander teilen mußten. So hatten tatsächlich alle Klassen des Volkes an der Staatsmacht ihren Anteil, war tatsächlich die Wirksamkeit des Staates die Resultierende der Kräfte aller Klassen des Volkes; deshalb können wir diese Republik eine Volksrepublik nennen.“¹⁵⁷

Kelsen versucht, in seinem Beitrag die Position eines immanenten Kritikers einzunehmen. Er wirft Otto Bauer im Zusammenhang mit dessen Theorie vom Gleichgewicht der Klassenkräfte (die dieser einem Zitat Friedrich Engels in „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“¹⁵⁸ entnahm), vor, dass diese undenkbar sei, da laut der marxistischen Theorie kein Staat existieren könne, der nicht eindeutig einer bestimmten Klassenherrschaft zuordenbar sei. Die ersten Jahre der noch jungen österreichischen Republik, geprägt durch die Regierungskoalition der Sozialdemokraten mit den konservativen Parteien, sind also „vom Standpunkt der reinen Theorie schlechthin unbegreiflich, vom Standpunkt der streng marxistischen Politik (...) gänzlich unzulässig“¹⁵⁹.

¹⁵⁶ Hans Kelsen, Otto Bauers politische Theorien, in: Der Kampf, Band 17, 1924, S. 50-56, hier S. 55.

¹⁵⁷ Bauer, Die österreichische Revolution, S. 802f.

¹⁵⁸ Friedrich Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Im Anschluss an L. H. Morgan's Forschungen, Hottingen/Zürich 1884. Der Text in den Marx-Engels-Werken bildet den Text der vierten erweiterten Auflage, Stuttgart 1892, veröffentlicht von Johann Heinrich Wilhelm Dietz, ab.

¹⁵⁹ Kelsen, Otto Bauers politische Theorien, S. 50.

Die Nachkriegssituation, die Bauer als eine Periode des „Gleichgewichts der Klassenkräfte“ bezeichnet, ist nach Kelsen nicht das Ergebnis des militärischen Zusammenbruches. Sie kristallisierte sich schon lange vor dem Krieg durch die „zunehmende Selbstorganisation“ des Proletariats und dem dadurch eingeleiteten schrittweisen Entzug seiner „Beherrschung durch die Bourgeoisie“ heraus. Man könne also keineswegs „den Staat vor 1918 dem nachher als ausbeuterischen Klassenstaat der Volksrepublik entgegensetzen“, denn: „Die steigende Lebenshaltung der Arbeiter in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege, das allgemeine Wahlrecht, die sozialpolitische Gesetzgebung, deren radikale Fortbildung nur der Krieg verhinderte, sind unendlich viel mehr, als alles, was die Nachkriegszeit an Reformen für die Arbeiter gebracht hat, (...). Ja es muß sogar ernstlich bezweifelt werden, ob in dem Staate der Koalitionsregierung wirklich von einem ‚Gleichgewicht‘ der Klassen gesprochen werden kann, solange die kapitalistische Wirtschaftsordnung und somit das Ausbeutungsverhältnis grundsätzlich aufrechterhalten bleibt, wenn es auch wesentlich gemildert ist. Liegt darin nicht eine gewisse Überschätzung der äußeren politischen Formen auf Kosten der realen ökonomischen Tatsachen? Man muß gar nicht Marxist sein, um dies gegen Otto Bauer einzuwenden.“¹⁶⁰ Die Form des Staates sei also nach dem Zusammenbruch der Monarchie keiner grundlegenden Veränderung unterworfen gewesen – so Kelsen.

Bauer wiederum repliziert 1924 und wirft Kelsen vor, vulgärmarxistische Dogmen zu verbreiten, indem er Lehrsätze unhistorisch und anachronistisch und ohne genauere theoretische Analyse wiedergebe: „Diesen Vulgärmarxismus allein kennt und ihn allein kritisiert die landläufige Marx-Kritik. Kelsens Verfahren ist für sie typisch: Kelsen weiß von Marx nur, was eben auch der Vulgärmarxismus nur weiß: daß Marx den Staat als Herrschaftsorganisation der Bourgeoisie dargestellt hat. Von den mannigfachen Modifikationen dieses allgemeinen Lehrsatzes, von den vollkommeneren Annäherungen an die Tatsachen, zu denen Marx selbst in seinen Einzeluntersuchungen gelangt ist, weiß Kelsen nichts oder er beachtet sie nicht“.¹⁶¹

Die Kontroverse zwischen Kelsen und Bauer bezieht sich also letztlich auf die Frage, ob die Theorie Bauers vom „Gleichgewicht der Klassenkräfte“ in einer legitimen Weise auf der Staatstheorie von Marx und Engels aufbauen kann. Kelsen führt aus, dass sich Bauer auf der

¹⁶⁰ Kelsen, Otto Bauers politische Theorien, S. 55.

¹⁶¹ Otto Bauer, Das Gleichgewicht der Klassenkräfte (1924), in: Otto Bauer Werkausgabe Bd. 9, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für die Geschichte der Österreichischen Arbeiterbewegung, Wien 1980, S. 55-71, S. 65f.

Ebene der Textauslegung in Widerspruch zur Revolutionstheorie der klassischen Marx-Engels-Texte begeben, wobei Kelsen „wenig überraschend“ bedauert, dass Otto Bauer den Bruch nicht konsequenter vollzogen habe. Kelsen konstatiert zudem, dass Bauer sich, wenn auch unbewusst, auf die Rechts- und Staatstheorie des bürgerlichen Liberalismus (nämlich vorwiegend auf jene von Karl Renner) zubewege: „Wer in der deutschösterreichischen Republik von 1918 bis 1923 keinen Klassenstaat mehr sieht, der darf den ganzen modernen Staat, wie er sich seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelt, nicht mehr als Klassenstaat bezeichnen, der hat aber auch die marxistische Methode überwunden, die qualitative, prinzipielle Gegensätze behauptet, wo nur quantitative Differenzen bestehen.“¹⁶²

In weiterer Folge führt Kelsen aus, dass die marxistische politische Theorie, da sie einen Kampf gegen den Staat an sich und den Staat als Klassenherrschaft führe, eine Theorie sei, die eine anarchische Gesellschaftsordnung vorbereite.

In seiner Schrift „Sozialismus und Staat“ formuliert er seine Ansichten, wie folgt: Es sei „schlechthin unzulässig“, wenn die marxistische politische Theorie den Staat als Begriff gleichsetzt „mit dem der ausbeutenden Klassenherrschaft, das heißt der ausbeutenden Niederdrückung einer Klasse durch die andere. (...) Den Staat begrifflich als Klassenherrschaft, als ausbeutende Klassenunterdrückung zu bestimmen, wäre selbst dann falsch, wenn es nur zur Aufrechterhaltung einer solchen Klassenherrschaft jener spezifischen Zwangsordnung, jenes Systems von Strafe und Exekution, kurz, von Zwangsakten anordnenden Normen bedürfte, die als spezifisches Mittel stets von dem Zwecke begrifflich zu scheiden sind, dem sie dienen. Schon die liberale Staatstheorie hat die Anschauung vertreten, daß die Notwendigkeit einer staatlichen Zwangsordnung sich nur aus dem Besitzunterschied ergäbe, der Staat nur zum Schutze der Besitzenden gegen die Besitzlosen nötig sei. Es ist, im Grunde genommen, der gleiche Gedanke, wenn die marxistische Theorie (...) anzunehmen geneigt ist, daß mit Aufhebung der Klassegegensätze auch jede Zwangsordnung als überflüssig wegfallen und eine zwangsfreie anarchische Ordnung oder Gemeinschaft auftreten werde.“¹⁶³

¹⁶² Kelsen, Otto Bauers politische Theorien, S. 55f.

¹⁶³ Hans Kelsen, Sozialismus und Staat. Eine Untersuchung zur politischen Theorie des Marxismus, 2. Auflage Leipzig 1923, S. 16.

Die Auseinandersetzungen, die Marx und Engels mit den Vertretern des Anarchismus wie Bakunin¹⁶⁴, Stirner¹⁶⁵ oder Proudhon¹⁶⁶ führten, ignoriert Kelsen dabei wohlweislich. Dabei verortet Kelsen nicht nur grundlegende Staatsfeindlichkeit, sondern auch die vollkommene Ablehnung von Zwang. Zwang wird aber in Bezug auf das gesellschaftliche Zusammenleben immer von Nöten sein, „weil gewissermaßen die Menschheit in ihrer Gesamtheit nie erwachsen genug ist, um ohne sie (sic!) auszukommen“¹⁶⁷.

Dieser Grundannahme stellt Kelsen einen positiven Aspekt des Staates, ein oft wiederholtes, durch die Geschichte belegbares Argument gegenüber: nämlich die Aufgaben, die der Staat in Bezug auf seine schlechter versorgten Untertanen erfüllt, also das Funktionieren des Staates im Interesse der „Unterdrückten“. Der Zweck des Staates erschließt sich demnach niemals nur in seiner der herrschenden Klasse dienenden unterdrückenden Funktion, vielmehr habe der historische Staat zu keiner Zeit ausschließlich der Ausbeutung der einen Klasse durch die andere gedient. Denn, so Kelsen weiter, „hätten nicht auch die Minderbegünstigten im Staat ein gewisses Minimum an Schutz gegen die anderen gefunden, hätte der Staat nicht unter allen Umständen, wenn auch bald mehr, bald weniger, in seiner historischen Verwirklichung, einen Ausgleich der Interessengegensätze bewirkt, wäre es kaum zu begreifen, wieso die Vielen, die doch schon ihrer Überzahl wegen im Besitz der faktischen Macht wären, sich von den Wenigen regieren ließen; wäre es unverständlich, wie die rein ideelle staatliche Ordnung zum wirksamen Motiv für das Verhalten der Regierten werden konnte.“¹⁶⁸ Seine Argumentation fortführend, betont Kelsen, dass der Staatsapparat ganz wesentlich das Ziel verfolge, Klassengegensätze zu reduzieren, indem den weniger Begünstigten Schutz gewährt wird – eine Tatsache, die, so Kelsen, von der marxistischen politischen Theorie negiert werde: „Für diese bedeutende, auf *Reduktion des Klassengegensatzes gerichtete Funktion des Staates* muß eine Theorie blind bleiben, solange sie nur den *Klassengegensatz* sehen will.“¹⁶⁹

¹⁶⁴ Michael Alexandrowitsch Bakunin (1814-1876), russischer Revolutionär und Anarchist.

¹⁶⁵ Max Stirner (eig. Johann Caspar Schmidt) (1806-1856), deutscher Philosoph, Schriftsteller und Übersetzer.

¹⁶⁶ Pierre-Joseph Proudhon (1809-1865), französischer Ökonom und Philosoph.

¹⁶⁷ Pircher, Der umkämpfte Staatsapparat, S. 279.

¹⁶⁸ Hans Kelsen, Marx oder Lassalle, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung 11 (1925), S. 261-298, hier S. 266.

¹⁶⁹ Kelsen, Marx oder Lassalle, S. 268f.

Besonders interessant ist aber, in welcher Form Kelsen nun auch die Nationalitätenproblematik in seine Analyse miteinbezieht: Der marxistischen Theorie fehle „jedes Verständnis für den Staat als Repräsentanten der nationalen Idee, vielleicht der stärksten Kraft, die der Klassenspaltung entgegenwirkt; so wie sich der Marxismus ja überhaupt der nationalen Ideologie verschließt. In demselben Maße, als der Staat die nationalen Interessen schützt, ist er der Staat nicht nur der Besitzenden, sondern auch der Staat der Besitzlosen, die – im offenen Widerspruch zu ihrer ihnen vom Marxismus gelieferten politischen Ideologie nie so besitzlos sind, daß sie nicht ihre Nationalität besäßen und diesen Besitz festzuhalten entschlossen wären. Mag dies nun ein eingebildetes Gut sein, es ist eben ein Gut, weil es die Menschen – auch die Proletarier – dafür halten und gelegentlich für ein noch höheres Gut halten als ihr Leben. Ein Staat, der als Träger des nationalen Gedankens auftritt, kann als Klassenherrschaft nicht mehr hinreichend bestimmt sein, selbst wenn es sich restlos nachweisen ließe, daß die nationale Idee im Interesse der besitzenden Klasse missbraucht wird.“¹⁷⁰

Die Betonung der nationalen Idee und der damit einhergehenden Preisgabe des Internationalismus der Arbeiterbewegung liefert so eine argumentative Grundlage für eine Identifikation des Proletariats mit dem Staat. Analog zur Wandlung der „hart an den Anarchismus grenzenden Thesen der liberalen politischen Theorie des Bürgertums“ im Zuge der Mitwirkung der bürgerlichen Parteien an der Regierung, gelange auch das Proletariat zur Gewissheit, dass „davon, daß dieser Staatsapparat möglichst unversehrt in ihre Hände komme, (...) das Wohl und Wehe eben jener Klasse ab(hänge), die sich nun seiner bedienen muß und – allen Doktrinen zum Trotz – bedienen kann, ohne einer Doktrin zuliebe, die ihren agitatorischen Zweck erfüllt hat und darum fallen gelassen werden kann“, da diese „ihrem eigenen Aufstieg durch revolutionäre Zerstörung den Weg“¹⁷¹ verbaue.

Kelsen konstatiert, die Beteiligung des österreichischen Proletariats an der Regierung nach dem Ersten Weltkrieg stelle einen Widerspruch zur marxistischen Theorie dar und beweise, dass es einen Moment gebe, in welchem die politische Theorie des Marxismus dem Sozialismus „zu eng“ werden würde. Er begründet dies, wie folgt: „Aber gerade so, wie das Bürgertum im selben Maße, als es in die Regierung des Staates hineinwuchs, aus einer staatsfeindlichen zu einer geradezu extrem etatistischen Theorie gelangte, so muß sich auch

¹⁷⁰ Kelsen, Marx oder Lassalle, S. 268f.

¹⁷¹ Kelsen, Marx oder Lassalle, S. 271.

die politische Ideologie des Proletariats wandeln, sobald es nicht mehr durch eine machtlose Opposition vertreten wird, sobald seine Partei die Staatsregierung allein oder in Verbindung mit der Bourgeoisie übernehmen muß oder durch die Verhältnisse jeden Augenblick dazu gezwungen sein kann.“¹⁷² In der „Ideologie“ des Proletariats müsse der Staat somit notwendigerweise von einem bloßen Werkzeug des Kapitalismus zu einem Instrument des Sozialismus werden: der Staat sei daher nicht ein Instrument der Klassen, sondern ein Organ der Gesellschaft. „Das ist der Augenblick, in dem das Proletariat erkennt, daß dieser Staat auch ‚sein‘ Staat sein kann, ‚sein‘ Staat ist“¹⁷³ – womit die sozialistische Bewegung eine Wendung von Marx zu Lassalle durchmache.

Ferdinand Lassalle hat nämlich – so Kelsen in einem Beitrag für die „Neue Freie Presse“ im April 1924 – „den Staat im strikten Gegensatz zu Marx und Engels nicht nur niemals verneint, er hat ihn als den Träger höchster sittlicher Idee rückhaltlos bejaht und im Staate das geeignetste sozialtechnische Mittel zur Verwirklichung des Sozialismus gesehen“¹⁷⁴. Einen nichtmarxistischen, reformistischen Staatssozialismus, der mit einem ideologischen Wandel einhergeht und eine „nicht mehr schlechthin staatsfeindliche, nicht mehr ganz nationalblinde, nicht mehr ethisch indifferente (...), sondern bewusst ethische“ und damit „wirkliche“ politische Theorie produziert, bejaht Kelsen letztlich rückhaltlos.¹⁷⁵

Pfabigan äußert sich dazu, wie folgt: „Bei Lassalle meint Kelsen offensichtlich alles zu finden, was ihn mit dem Sozialismus verbindet, und zwar ohne die Fehler, die er dem Marxismus vorrechnet.“¹⁷⁶

Letztlich spiegelt sich in diesen Ausführungen die unaufhörlich gestellte, viel beackerte und doch nie beantwortete Frage, ob die Eroberung des Staatsapparates End- und Hauptziel oder bloß eine vorbereitende und vorübergehende Phase sein solle, wider. Kelsen sieht im Staat die bereits existierende Form und Struktur um alle in der Gesellschaft bestehenden Interessen und Inhalte aufzunehmen. Die Arbeiterklasse ist zudem die quantitativ größte

¹⁷² Kelsen, Otto Bauers politische Theorien, S. 56.

¹⁷³ Kelsen, Otto Bauers politische Theorien, S. 56.

¹⁷⁴ Kelsen, Die politische Theorie Lassalles, S. 4.

¹⁷⁵ Ossip K. Flechtheim, Kelsens Kritik am Sozialismus, in: Werner Krawietz, Ernst Topitsch, Peter Koller (Hg.), Ideologiekritik und Demokratietheorie bei Hans Kelsen, Berlin 1982, S. 309-318, hier S. 310.

¹⁷⁶ Alfred Pfabigan, Hans Kelsens und Max Adlers Auseinandersetzung um die marxistische Staatstheorie, in: Reine Rechtslehre und marxistische Rechtstheorie (= Schriftenreihe des Hans-Kelsen Instituts, Band 3), Wien 1978, S. 63-90, hier S. 78.

Bevölkerungsgruppe – unter den Bedingungen einer parlamentarischen Demokratie müsse sie demgemäß die größten Chancen haben, die Staatsmacht zu erobern und den Staatsapparat unter ihre Kontrolle zu bringen. Ihren Repräsentanten könne demnach die Mehrheit im Parlament verschafft werden. „Der einzige Ausweg für die Arbeiter kann daher nur durch die Sphäre gehen, innerhalb deren sie noch als Menschen gelten, d.h. durch den Staat, durch einen solchen eben, der sich zu seiner Aufgabe machen wird, was auf die Länge der Zeit unvermeidlich.“¹⁷⁷

Wie Pircher ausführt, ist es schwer zu sagen, „ob Kelsen ähnlich wie Lassalle den Staat geradezu als unabhängige Instanz *anruft* und an seine wahren Aufgaben erinnert“¹⁷⁸. Eine „Nachtwächteridee des Staates“, verkörpert in den „Manchester-Männern, (...) jenen modernen Barbaren, welche den Staat hassen, nicht diesen oder jenen bestimmten Staat, nicht diese oder jene Staatsform, sondern den Staat überhaupt“ zu verwirklichen, würde nämlich bedeuten, den Staat abzuschaffen, „Justiz und Polizei an den Mindestfordernden (zu) verganten“¹⁷⁹ und den Krieg durch Aktiengesellschaften betreiben (zu) lassen, damit nirgends im ganzen All noch ein wirklicher Punkt sei, von welchem aus ihrer kapitalbewaffneten Ausbeutungsmacht ein Widerstand geleistet werden könnte“¹⁸⁰. Der Staat scheint in dieser Hinsicht sogar als Gegensatz, als Institution des Widerstandes gegen das Kapital und den Liberalismus.

Kelsens Ausführungen basieren wohl auf einer Rede Lassalles vom 12. April 1862¹⁸¹, in der dieser betont, dass die Proletariatsklasse des Staates bedarf, um zur Freiheit zu gelangen. Die Unterordnung der arbeitenden Klassen unter das Kapital könne aufgehoben werden, indem der Staat beginne, Arbeiterassoziationen zu fördern, die den Arbeitern dazu verhelfen sollten, ihre eigenen Unternehmer zu werden. Kelsen zitiert den berühmten Ausspruch Lassalles: „Ihre, der ärmeren Klassen große Assoziation – das ist der Staat.“¹⁸² Und er fügt

¹⁷⁷ Kelsen, Marx oder Lassalle, S. 293.

¹⁷⁸ Pircher, Der umkämpfte Staatsapparat, S. 282.

¹⁷⁹ verganten: veraltete Bezeichnung für versteigern, anbieten oder feilbieten.

¹⁸⁰ Kelsen, Marx oder Lassalle, S. 292.

¹⁸¹ Es handelt sich dabei um die Rede Lassalles mit dem Titel „Arbeiterprogramm“, die dieser im Handwerkerverein der Oranienburger Vorstadt gehalten hatte und die ihm schließlich ein Verfahren wegen „öffentlicher Aufreizung der besitzlosen Klassen zum Haß und zur Vernichtung gegen die Besitzenden“ vor dem Kriminalgericht in Berlin einbringen sollte. Vgl. dazu: Gustav Mayer (Hg.), Lassalles Briefwechsel aus den Jahren seiner Arbeiteragitation, 1862-1864, Wiesbaden 1924, S. 40.

¹⁸² Ferdinand Lassalle. Aus seinen Reden und Schriften (= Geist und Gesellschaft. Texte zum Studium der sozialen Entwicklung, hg. von Fritz Klenner und Erich Pogats), Wien 1964, S. 123.

hinzu: „Und dieser Satz ist ebenso wahr, wie die M.-E.sche Formel, derzufolge der Staat nur die besitzende Klasse sein soll. Und weil schon der Staat von heute, wenn auch nur in diesem ungenügenden Maße, Staat der besitzlosen Arbeiter ist, darum kann es der Staat von Morgen in einem besseren Sinne sein.“¹⁸³

Offen bleibt letztlich die Frage, ob die Identifikation Hans Kelsens mit dem Standpunkt Ferdinand Lassalles gerechtfertigt ist, ob es sich nicht vielleicht um eine „Selbsttäuschung“ oder gar eine „bewußt betriebene, politisch motivierte, wissenschaftlich fragwürdige Verkürzung eines komplexen Lebenswerkes auf einen einzigen Gedanken: auf den von der sozialen Funktion des Staates im Prozeß der menschlichen Emanzipation, ausgedrückt in der ‚Staatsidee des Arbeiterstandes‘“¹⁸⁴ handelt.

Kelsen hat sich also auch in fachlich-theoretischer Hinsicht im Rahmen seines vielschichtigen und vielfältigen Lebenswerks mehrmals mit grundlegenden Fragen der politischen Theorie des Sozialismus auseinandergesetzt. Viele Arbeiten, die sich mit dem Sozialismus als politisches Phänomen in allen seinen Facetten befasst haben, sind in den 1920er Jahren erschienen – 1927 sollte Kelsen schließlich auch eine Wahlempfehlung, den sogenannten „Grünbaum-Aufruf“ in der Arbeiterzeitung vom 20. April 1927¹⁸⁵, zugunsten der sozialdemokratischen Partei unterzeichnen. Die Publikationen etlicher Arbeiten in der Sozialdemokratie nahestehenden Organen, wie etwa im „Kampf“, lassen zudem darauf schließen, dass Kelsen versuchte, auf die Theorie und Praxis der Austromarxisten Einfluss zu nehmen. Kaum etwas verdeutlicht also gleichzeitig so sehr auch Kelsens Versuch, Distanz zur sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Bewegung zu halten, wie seine kritische Auseinandersetzung mit dem Marxismus, die vor allem in den 1920er Jahren starken publizistischen Niederschlag fand. In dieser Zeit, als auch das Phänomen des Erwachens einer spezifisch österreichischen Ausprägung des Marxismus, des Austromarxismus, zu beobachten ist und als die führenden Protagonisten der österreichischen Sozialdemokratie

¹⁸³ Kelsen, Marx oder Lassalle, S. 292.

¹⁸⁴ Pfabigan, Hans Kelsens und Max Adlers Auseinandersetzung, S. 78.

¹⁸⁵ Fritz Grünbaum (1880-1941, ermordet im KZ Dachau), österreichischer Kabarettist und Schauspieler. Fritz Grünbaum hatte wenige Tage vor der Wiener Gemeinderatswahl am 24. April 1927 gemeinsam mit Sigmund Freud, Robert Musil, Franz Werfel u.a. einen Aufruf zur Unterstützung der Sozialdemokratie unterzeichnet, in dem die große soziale und kulturelle Leistung der Wiener Stadtverwaltung hervorgehoben und gelobt wurde. Siehe dazu: Arbeiterzeitung, 20. April 1927, S. 1 „Eine Kundgebung des geistigen Wien. Ein Zeugnis für die große soziale und kulturelle Leistung der Wiener Gemeinde“.

beginnen, großen Wert darauf zu legen, ihre politisch-praktischen aber auch theoretischen Auffassungen und Aktivitäten als „marxistisch“ zu betiteln, galt für Kelsen, wies es Potacs formuliert, mehr denn je Folgendes: „Während für (Kelsen) die politische Gesinnung letztlich auf einem nicht mehr weiter begründbaren Werturteil basiert, ist sie für den Marxismus eine Konsequenz wissenschaftlicher Einsicht. Gerade dieser Anspruch einer wissenschaftlichen Fundierung politischer Werthaltungen war für einen Wertrelativisten wie Hans Kelsen eine besondere Herausforderung, der er sich in zahlreichen Publikationen stellte.“¹⁸⁶

Hans Kelsen und Max Adler: „Zurück zu Marx“, „Vorwärts zu Lassalle“ oder „beim Kelsenschen Demokratieverständnis bleiben“?

Drei Fragen sind es, die Hans Kelsen und Max Adler theoretisch bearbeiten – es sind dies die Frage nach Reform oder Revolution, nach dem Stellenwert des Parlamentarismus und die Frage nach dem „absterbenden Staat“ in einer zukünftigen kommunistischen Gesellschaft.

Kelsens 1920 publizierte Kritik der marxistischen Staatstheorie „Sozialismus und Staat“¹⁸⁷ stellt neben „The Communist Theory of Law“ aus 1955¹⁸⁸ wohl eine seiner wichtigsten Publikationen zu diesen Themenbereichen dar. Er greift in dem 1920 erschienenen Werk Gedanken auf, die er bereits früher formuliert hatte und entwickelt diese kontinuierlich weiter. Seine Kritik wurde rege rezipiert – die berühmteste Replik verfasste wohl Max Adler, der mit der 1922 erschienenen „Staatsauffassung des Marxismus“¹⁸⁹ auf Kelsens Ausführungen in „Sozialismus und Staat“ antwortete.

Bereits 1923, drei Jahre nach der ersten Veröffentlichung, sah sich Kelsen gezwungen, eine Neuauflage als Antikritik auf Adler folgen zu lassen. Wesentlichen Einfluss auf das Zustandekommen dieser Debatte hatte die bereits erwähnte starke Integrationskraft des Verzichts auf eine revolutionäre Bewegung zugunsten einer Koalition mit dem Bürgertum, die zumindest die Möglichkeit in Aussicht stellte, Reformen anstoßen zu können. Damit war die österreichische Sozialdemokratie nach 1918 mit einem Widerspruch in Theorie und

¹⁸⁶ Potacs, Hans Kelsen und der Marxismus, S. 187.

¹⁸⁷ Hans Kelsen, Sozialismus und Staat. Eine Untersuchung zur politischen Theorie des Marxismus, 1. Auflage Leipzig 1920.

¹⁸⁸ Siehe dazu Fußnote 143.

¹⁸⁹ Max Adler, Die Staatsauffassung des Marxismus. Ein Beitrag zur Unterscheidung von soziologischer und juristischer Methode, Neudruck Darmstadt 1973.

Praxis konfrontiert, der in der deutschen schon teilweise gelöst war. Der „Austromarxismus“ als österreichische Variante des Marxismus, war davon gekennzeichnet, dass „eine an der sozialistischen Revolution orientierte Theorie“ und „eine reformistische Praxis“ in ihr parallel existierten.

Kelsens Auseinandersetzung mit Adler als einem der führenden austromarxistischen Denker und damit seine Kritik an dem, „was er für die Theorie Marx‘ nimmt“, stimmt streckenweise mit der Position Eduard Bernsteins¹⁹⁰ überein. Dieser lehnte die Dialektik ab, beharrte ebenfalls auf einer Trennung von Sein und Sollen und verwarf Visionen, in denen die Verelendung weiter Teile des Proletariats durch „Sprünge“ zum wahren Sozialismus abgewendet werden könne. Bernstein und Revisionisten bernsteinscher Prägung propagierten die Notwendigkeit einer Integration des Proletariats in bestehende parlamentarische Strukturen. Auch in Kelsens Lehre von der integrativen Kraft des Mehrheitsprinzips findet man Korrelationen und Analogien mit Bernsteinschen Thesen. „So führe nach Bernstein die Demokratie nicht zur brutalen Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit, sondern vielmehr zur Berücksichtigung ihrer Rechte; die Demokratie sei das Mittel zur Bekämpfung des Sozialismus und die Form seiner Verwirklichung; sie hebe prinzipiell Klassenherrschaft auf etc.“¹⁹¹

Man könnte damit Kelsens Auseinandersetzung mit Max Adler parallel zur deutschen Revisionismusdebatte laufend sehen. Das österreichische Pendant der deutschen innerparteilichen Diskussion zur Ausrichtung der Sozialdemokratie wurde hier aber außerhalb der Parteistrukturen geführt. Dieser Umstand hatte nicht nur auf politisch-praktische Fragen große Auswirkungen, auch für die sozialistische Theorie bedeutete dies, dass wesentliche theoretische Fragen innerhalb der Partei keiner Lösung zugeführt werden konnten. Kelsen und Adler verlagerten gewissermaßen die notwendigen Auseinandersetzungen über grundsätzliche Fragen und über die Kristallisationspunkte der sozialistischen Politik in Praxis und Theorie in eine Sphäre außerhalb der politischen Praxis. Gerade in der Umbruchszeit von 1918 und in den Jahren danach war der Zeitpunkt für solche eine Debatte äußerst günstig, da der Austromarxismus und seine führenden Vertreter mit einer paradoxen – wenn man so will revisionistischen – Lage konfrontiert waren: „Die

¹⁹⁰ Eduard Bernstein (1850 – 1932), sozialdemokratischer Theoretiker und Politiker der SPD, gilt als Gründer des theoretischen Revisionismus in der SPD.

¹⁹¹ Alexander Somek, Soziale Demokratie. Jean-Jacques Rousseau, Max Adler, Hans Kelsen und die Legitimität demokratischer Herrschaft, Wien 2001, S. 10.

Sozialdemokratie hatte 1918 wider ihre marxistische Programmatik den bürgerlichen Staat keineswegs zerschlagen, sondern gerettet, sie hatte sich als Koalitionspartei einen Anteil an diesem Staatsapparat gesichert und hatte mit Hilfe des Staates in einem bemerkenswerten Nachziehverfahren die materielle Lage der österreichischen Arbeiterschaft wesentlich verbessert. All das musste theoretisch aufgearbeitet werden, konnte jedoch innerhalb der Partei, die aus Angst vor einer Spaltung Konflikte nur ausbalancierte, aber nicht löste, nicht adäquat ausdiskutiert werden.“¹⁹²

Vielleicht liegt darin auch zumindest teilweise die Antwort auf die Frage, warum ein bürgerlicher Demokrat wie Hans Kelsen antritt, um solch grundlegende und zentrale Themen sozusagen „stellvertretend“ für die sozialistischen Theoretiker aufzuarbeiten. Kelsen als parteiloser Wissenschaftler und „Exponent des in Österreich nur schwach ausgeprägten liberalen Bürgertums, das sich zur Sozialdemokratie hingezogen fühlte“¹⁹³, konnte so die revisionistische Ideologie diskutieren und damit führende austromarxistische Theoretiker mit den Schwächen ihrer Theorien konfrontieren.

Grundsätzlich beschäftigte sich Kelsen in seinem „Standardwerk“ mit dem Verhältnis von Sozialismus und Staat, sein Staatsverständnis entwickelte er in gewisser Hinsicht durch Gegenüberstellung desselben mit dem Staatsbegriff des Marxismus. Schon im Vorwort betont Kelsen, dass sich die Schrift nicht gegen den Sozialismus richte, sondern nur gegen den Marxismus bzw. genauer gegen die politische Theorie des Marxismus. Die „anarchistischen Tendenzen des Marxismus“¹⁹⁴ offenlegend, interessierte er sich dabei nicht so sehr für die Frage, „ob der Sozialismus den Staat nun verneine oder bejahe (bzw. ob der Staat eine endgültige Organisationsform oder eine bloße Übergangserscheinung sei) (...), sondern vielmehr (dafür), welche Staats- und Regierungsform denn nunmehr die der sozialistischen Gesellschaftsordnung adäquate sei.“¹⁹⁵

¹⁹² Pfabigan, Hans Kelsens und Max Adlers Auseinandersetzung, S. 81.

¹⁹³ Somek, Soziale Demokratie, S. 10.

¹⁹⁴ Jestaedt, Hans Kelsen. Werke, S. 26.

¹⁹⁵ Gassner, Kelsen und die sowjetische Rechtslehre, S. 147.

Kelsens persönliche Beziehungen zu führenden Austromarxisten

Auf einer persönlichen Ebene bestand Kelsens Naheverhältnis zur österreichischen Sozialdemokratie sicherlich primär auf guten, teils freundschaftlichen Beziehungen zu führenden Repräsentanten des Austromarxismus, wie beispielsweise Max Adler, Otto Bauer oder Karl Renner.

So führte Kelsen mit dem 1873 geborenen Max Adler, der 1896 an der Wiener Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät zum Dr. iur. promovierte, eine besonders fruchtbare und ergiebige wissenschaftliche Auseinandersetzung.

Adler ging seit 1904 zunächst einer Tätigkeit als Rechtsanwalt nach, konnte sich aber 1919 mit der Schrift „Marxistische Probleme“ an der Universität Wien für das Fach Gesellschaftslehre habilitieren. Von 1919 bis 1923 hatte er ein Mandat als sozialdemokratischer Abgeordneter im Nationalrat inne, 1924 wurde er vom Bundesrat zum Ersatzmitglied des Verfassungsgerichtshofes gewählt und hielt u.a. bis 1936 an der Universität Wien eine Vorlesung mit dem Titel „Die Staatslehre des Marxismus und ihre gegenwärtige Entwicklung. Soziologische Gedanken in der griechischen Philosophie“. Als „ausgewiesener und bekennender Marxist“ war Adler an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Wiener Universität aber „ziemlich isoliert“ und führte daher nicht nur mit Othmar Spann¹⁹⁶, sondern auch mit Hans Kelsen zahlreiche Dispute. Während Adler die Soziologie als Erfahrungswissenschaft sah, ging Spann davon aus, die Soziologie als eine Art „Metaphysik“ zu sehen und bezeichnete den Marxismus als „tote Wissenschaft“¹⁹⁷. Adler hingegen, dem Spann noch in seinem Habilitationsgutachten ein „Niveau wirklicher Wissenschaftlichkeit“¹⁹⁸ attestierte, sah im Marxismus die „epochemachende Richtung der deutschen Philosophie“¹⁹⁹ und im Begriff des „vergesellschaftete(n) Mensch(en)“ von Karl Marx einen Ausgangs- und Grundbegriff aller soziologischer Fragestellung.²⁰⁰

Adlers Verhältnis zu Hans Kelsen war hingegen von gegenseitiger Wertschätzung bei gleichzeitig tiefgehenden theoretischen Auseinandersetzungen geprägt. In

¹⁹⁶ Othmar Spann (1878 – 1950) wirkte als Nationalökonom, Soziologe und Philosoph vor allem in der Zwischenkriegszeit als einer der führenden Theoretiker des Austrofaschismus.

¹⁹⁷ Olechowski u.a., Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918-1938, S. 603.

¹⁹⁸ Olechowski u.a., Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918-1938, S. 603.

¹⁹⁹ Olechowski u.a., Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918-1938, S. 603.

²⁰⁰ Olechowski u.a., Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918-1938, S. 603.

wissenschaftlicher Hinsicht achtete Kelsen Adler sehr und unterstützte und förderte dessen Habilitationsansuchen an der Universität Wien mit aller Kraft. Auf Kelsens 1920 veröffentlichte Schrift „Sozialismus und Staat“ antwortete der Marxist Adler 1922 mit einer im Rahmen der Marx-Studien publizierten „Staatsauffassung des Marxismus“. Einleitend stellte er darin fest: „Die nachfolgenden Untersuchungen über den Gesellschafts- und Staatsbegriff des Marxismus sind aus Anlaß der Kritik entstanden, *die mein Freund, der hervorragende Staatsrechtslehrer der Wiener Universität Prof. Hans Kelsen (...) an dem Marxismus geübt hat.*“ Adler weist darin im Folgenden Kelsens Kritik als völlig unberechtigt zurück, rühmt aber „den *redlichen, ja leidenschaftlichen Willen zur Wahrheit*, der so wie alle Schriften dieses *wahrhaften Forschers* auch seine Marxkritik erfüllt.“²⁰¹

Kelsen ließ daraufhin 1923 in der zweiten Auflage seiner Schrift „Sozialismus und Staat“ eine Antikritik folgen, in der er nichts von seinen Positionen zur sozialistischen Theorie und zum Staatsbegriff zurücknimmt, sondern im Gegenteil in noch verschärfter Form argumentiert. Am Schluss dieser zweiten Auflage entwickelt Kelsen dann eine „Alternative“ zur Befreiung des Sozialismus aus seiner „Sackgasse“ und eine „Umstellung der Ideologie (...) in der Richtung zu einer nicht mehr schlechthin staatsfeindlichen, nicht mehr ganz nationalblinden, nicht mehr ethisch-indifferenten, ‚soziologischen‘, sondern bewußt ethischen, weil wirklich politischen Theorie“ mittels des bekannten Appells: „Zurück zu Lassalle!“²⁰²

Dass die persönliche Beziehung der beiden Wissenschaftler unter dieser teils zwar polemischen, aber doch stets von Toleranz geprägten Auseinandersetzung auf einer sachlichen Ebene nicht beeinträchtigt wurde, davon zeugt nicht nur die bereits angesprochene Habilitation Adlers an der Universität Wien, an der Kelsen entscheidenden Anteil hatte, sondern auch folgende Beurteilung Norbert Lesers, der Kelsen auch persönlich kannte: „Das Bemerkenswerte an dieser Polemik war und ist nicht nur ihr Inhalt, sondern die Tatsache, dass ein Lehrer mit seinem Schüler einen wissenschaftlichen Gedankenaustausch pflegt, ohne dass die persönliche Beziehung darunter gelitten hätte oder gar zerbrochen

²⁰¹ Max Adler, Die Staatsauffassung des Marxismus. Ein Beitrag zur Unterscheidung von soziologischer und juristischer Methode (= Marx Studien. Blätter zur Theorie und Politik des wissenschaftlichen Sozialismus, hg. von Max Adler und Rudolf Hilferding, 4. Band, 2. Hälfte), Wien 1922, Vorwort S. 8.

²⁰² Kelsen, Sozialismus und Staat (1923), S. 208.

wäre. Kelsen war eben ein großzügiger Denker, dem die wissenschaftliche Wahrheit und die Erkenntnis derselben über alles gingen.“²⁰³

Die 1920 publizierte erste Auflage seiner, mit dem Untertitel „Eine Untersuchung der politischen Theorie des Marxismus“ versehenen, bereits angesprochenen, marxismuskritischen Arbeit „Sozialismus und Staat“ nimmt eine besonders einflussreiche Stellung in Kelsens Werk ein. In dieser wird nicht nur die Entwicklung des Kelsenschen Staatsverständnisses nachvollziehbar, es findet sich dann auch eine Konfrontation derselben mit der marxistischen Theorie. „Mit allem Nachdruck“ hält Kelsen fest, dass sich die Schrift „nicht gegen den Sozialismus“²⁰⁴ wendet, im Gegenteil, er betont die „Unentbehrlichkeit einer sozialistischen Staats- und Rechtslehre“ und stimmt mit Karl Renner überein, wenn dieser in seinen Schriften im Staat „ein unentbehrliches Mittel sozialer Technik erkennt“²⁰⁵. Seine Distanz zur Sozialdemokratie und zu grundsätzlichen marxistischen theoretischen Positionen sollte dies jedoch nicht schmälern.

Seine scharfe Kritik am Marxismus ist für sein Verhältnis zur österreichischen Arbeiterbewegung vor allem deshalb „von kaum zu unterschätzender Bedeutung, weil deren Theoretiker (selbst Renner) in der Zwischenkriegszeit mit den Worten Norbert Lesers ‚ständig unter dem sozialpsychologischen Zwang‘ standen, ihre Auffassungen ‚als marxistische zu qualifizieren‘. Die Bezeichnung ‚Austromarxisten‘ bringt [aber] zum Ausdruck, dass (ihnen) dies nicht immer auf orthodoxe Weise gelang“²⁰⁶.

Seiner nahen Beziehung zu Karl Renner hatte Kelsen wiederum die Ende Oktober 1918 erfolgte Berufung in die Staatskanzlei und damit die Möglichkeit der Mitarbeit an der im Entstehen begriffenen österreichischen Bundesverfassung zu verdanken. Des Weiteren bewegte sich Kelsen in den Jahren, die er in Wien verbrachte, in der Sozialdemokratie nahestehenden Kreisen, nahm oft an Aktivitäten teil, die in deren Umfeld stattfanden und daher von der Öffentlichkeit als „links“ wahrgenommen wurden. Beispielsweise handelte es sich dabei um die Teilnahme an Sigmund Freuds „Mittwochsgesellschaft“, um seine Mitwirkung im Präsidium der „Soziologischen Gesellschaft“ zusammen mit Max Adler und

²⁰³ Norbert Leser, Skurrile Begegnungen. Mosaik zu österreichischen Geistesgeschichte (= Studien zu Politik und Verwaltung Band 101), Wien/Köln/Graz 2011, S. 115.

²⁰⁴ Kelsen, Sozialismus und Staat (1923), Vorrede zur zweiten Auflage, S. V.

²⁰⁵ Kelsen, Sozialismus und Staat (1923), S. 125.

²⁰⁶ Zit. nach: Potacs, Hans Kelsen und der Marxismus, S. 187.

Rudolf Goldscheid²⁰⁷ – Hans Kelsen war in diesem Rahmen auch einer der Herausgeber der Schriftenreihe des Vereines – sowie sein ambitioniertes Engagement im Rahmen der Volksbildung. Vor allem seine volksbildnerischen Tätigkeiten sowie die Vorträge, die er im Rahmen der Schwarzwald-Schule²⁰⁸ hielt, wurden „als Ausdruck seiner Gesinnungsnähe zur Sozialdemokratie gedeutet, weil damit das sozialdemokratische Anliegen einer geistigen Emanzipation breiter Bevölkerungsschichten gefördert wurde“²⁰⁹.

Hans Kelsen und die Bundesverfassung, oder: Ideologie und Realität der Demokratie

„Dass die soziale Wirklichkeit, die den Anspruch erhebt, als Demokratie zu gelten, hinter der Demokratie mehr oder weniger zurückbleiben muß, scheint unvermeidlich.“²¹⁰

Mit diesem Zitat sei Hans Kelsens durchaus pragmatischer – und in Anbetracht der damaligen politischen und gesellschaftlichen Umstände mutiger – Zugang als wissenschaftlicher Berater der Staatskanzlei (von 1918 bis 1921), maßgeblicher Verfasser des österreichischen Bundes-Verfassungsgesetzes von 1920 sowie Mitglied des österreichischen Verfassungsgerichtshofes, zur realen Praxis und juristischen Ausgestaltung der österreichischen Nachkriegsdemokratie umrissen.

Die Gründung der Republik 1918, die Ablösung der konstitutionellen Monarchie durch die durch das Vorhandensein von Parteien gekennzeichnete, nunmehr demokratische Republik, ging nicht ohne Konflikte vor sich.

Die Form der parlamentarischen Demokratie musste letztlich gegen zwei „alternative Konzeptionen“ einer Ordnung des politischen Systems Deutschösterreichs behauptet werden, denn in der Umbruchsphase und Nachkriegskrise, die dem Zusammenbruch der

²⁰⁷ Rudolf Goldscheid (1870 – 1931) war ein österreichischer Soziologe und Philosoph, der mit Max Adler u.a. 1907 die „Soziologische Gesellschaft“ gründete.

²⁰⁸ Benannt nach Eugenie Schwarzwald (1872 – 1940), österreichische Pädagogin, Sozialreformerin und Aktivistin für Frauenrechte, bekannt vor allem für ihr Engagement in der Mädchenbildung.

²⁰⁹ Potacs, Hans Kelsen und der Marxismus, S. 185.

²¹⁰ Hans Kelsen, Demokratie (Vortrag), 1926, abgedruckt in: Matthias Jestaedt, Oliver Lepsius (Hgg.), Hans Kelsen. Verteidigung der Demokratie. Abhandlungen zur Demokratietheorie, Tübingen 2006, S. 115-148.

Monarchie folgte, stellte neben der Einführung des Ständestaates ein rätendemokratisches System „zumindest in Ansätzen und auf theoretischer Ebene für einen Teil der Arbeiterbewegung eine Alternative zum parteienstaatlichen Parlamentarismus“²¹¹ dar. Die bolschewistische Oktoberrevolution in Russland, der Versuch, rätendemokratische Systeme in Ungarn und in Bayern einzurichten und das Gefühl, demokratische Regierungen seien der Lösung der drängenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht gewachsen, ließen eine demokratische Staatsform in keinem besonders günstigen Licht erscheinen.

Neben rätendemokratischen Überlegungen standen, wie bereits erwähnt, auch ständestaatliche Konzeptionen, die teils recht deutlich eine Beseitigung der demokratischen politischen Ordnung zugunsten autokratischer oder sogar faschistischer Herrschafts- und Regierungsformen forderten, einige Zeit lang zur Debatte. Nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie konnte sich (vorerst) keines der beiden alternativen Konzepte durchsetzen. Zu verdanken war dies wohl auch Hans Kelsen, der bis zum Herbst 1919 auf Grundlage einer festgelegten systematischen Struktur insgesamt fünf Verfassungsentwürfe vorlegte und dabei stets bestrebt war, „alles Brauchbare aus der bisherigen (altösterreichischen und provisorisch-republikanischen) Verfassung beizubehalten, (und) die Kontinuität der verfassungsrechtlichen Institutionen möglichst zu wahren (...)“²¹². Dies galt vor allem der „wichtigsten“ Errungenschaft der ersten Monate nach Errichtung der Republik: dem politischen System der parlamentarischen Republik, das ein Abdriften in Richtung einer Räterepublik auf der einen, ebenso wie in Richtung einer Präsidialrepublik auf der anderen Seite, absichern sollte.

Zwei verfassungspolitisch immens bedeutende Diskussionspunkte sollten die Verfassungsdebatten der Jahre 1919/1920 und damit die Realpolitik der unmittelbaren Nachkriegsjahre besonders prägen: das Verhältnis von Zentralstaat und Ländern und die Frage der Ausgestaltung des Verhältnisses der obersten Staatsorgane zueinander.

Nicht nur die Frage, welche Stellung die Länderkammer gegenüber der Volkskammer des Parlaments besitzen sollte, sondern auch die Frage, wie stark das von der christlichsozialen

²¹¹ Karl Ucakar, Stefan Gschiegl, Das politische System Österreichs und die EU, Wien 2010, S. 143f.

²¹² Herbert Schambeck (Hg.), Das österreichische Bundes-Verfassungsgesetz und seine Entwicklung, Berlin 1980, S. 113.

Partei befürwortete plebiszitäre Element im Rahmen des von der Sozialdemokratie propagierten Systems eines „Parlamentsabsolutismus“ ausgeprägt sein sollte, führten zu schwerwiegenden Kontroversen.²¹³

Dabei hatten die Sozialdemokraten im Rahmen der mit den Christlichsozialen im März 1919 gebildeten Koalition, die als Ergebnis der im Februar 1919 abgehaltenen Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung hervorgegangen war, viele ihrer verfassungspolitischen Ziele durchsetzen können. Ihr Vorteil war, dass ihr Konzept von Demokratie – zumindest was die grundlegenden Einrichtungen der staatlichen Willensbildung betraf – „als Ergebnis der Grundsatzentscheidungen der ersten Bestandsmonate des Staates bis März 1919 bereits weitgehend verwirklicht“²¹⁴ war; weitere Verfassungsgesetze konnten darüber hinaus nur mittels einer parlamentarischen Zweidrittelmehrheit beschlossen werden, was den Christlichsozialen maßgebliche Veränderungen in ihrem Sinn erschwerte. Was allerdings gänzlich fehlte, war eine Neufassung des Kataloges der Grund- und Freiheitsrechte der Bürger sowie die konkrete Ausgestaltung der Verwaltung auf lokaler Ebene. Erst nach dem Erlass diesbezüglicher Einzelgesetze sollte das große Ziel einer definitiven Verfassung in Angriff genommen werden.

Im Lauf des Jahres 1919 konsolidierten sich dann nicht nur die bürgerlichen Parteien, auch die Rätebewegung kam – europaweit – zunehmend ins Stocken, weshalb die Sozialdemokratie ihren anfänglichen Startvorteil hinsichtlich ihrer verfassungspolitischen Ziele langsam einbüßte und alle Hoffnungen nun in den zu kodifizierenden Verfassungskompromiss setzen musste.²¹⁵

Sowohl Sozialdemokraten als auch Christlichsoziale konnten auf dem Kelsen'schen Grundkonzept aufbauen, da dieses auf inhaltliche Staatszielbestimmungen verzichtete, aber dennoch als umfassendes Regelwerk für die Erzeugung genereller Rechtsnormen taugte. Sie berücksichtigte damit die bestehende parlamentarische Pattsituation zwischen den großen politischen Lagern mit ihren unüberbrückbaren ideologischen, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Differenzen und – so Schefbeck – bot damit in dieser hochsensiblen

²¹³ Vgl. dazu: Schefbeck, Hans Kelsen und die Bundesverfassung, S. 51.

²¹⁴ Schefbeck, Hans Kelsen und die Bundesverfassung, S. 52.

²¹⁵ Vgl. dazu: Schefbeck, Hans Kelsen und die Bundesverfassung, S. 52.

und angespannten Nachkriegssituation „von vornherein wohl überhaupt die einzige Möglichkeit, einen Verfassungskompromiss zu finden“²¹⁶.

Auf Grundlage seines bis dato vor allem in theoretischen, wissenschaftlichen Beiträgen erarbeiteten Demokratiemodells sowie auf der von ihm entwickelten Reinen Rechtslehre, ging Kelsen nun also daran, einige, für die politische und verfassungsrechtliche Praxis besonders bedeutsame Fragen zu lösen.

Die „Form der parlamentarischen Demokratie“, die – so Kelsen – die in Klassen gesplante Gesellschaft davor schütze, sich „auf blutig-revolutionärem Wege zur Katastrophe zu treiben“ und einen friedlichen Ausgleich zwischen diesen Klassen schaffe, sei charakterisiert von einer Ideologie der „in der sozialen Realität nicht erreichbaren Freiheit“ und einer gleichzeitig friedlichen Realität.²¹⁷

Eine Herausforderung der von Kelsen entwickelten demokratischen Staatsrechtslehre war die Notwendigkeit, den Parlamentarismus und die mit diesem verbundene Theorie der Volkssouveränität gegen namhafte Kritiker zu verteidigen. Gelingen konnte diese schwierige Aufgabe, indem Kelsen – statt mit einer Rechtfertigung der Volkssouveränität zu beginnen – bei der Forderung nach gesellschaftlicher Notwendigkeit einer differenzierenden Arbeitsteilung ansetzte: „Die Übertragung staatlicher Funktionen auf ein besonderes Organ ist notwendig aufgrund der modernen Gesellschaft, die schon rein aus praktischen Gründen nicht imstande ist, selbst und unmittelbar die ‚wahrhaft schöpferische Tätigkeit der Staatswillensbildung‘ zu entfalten. Das Volk müsse sich – im Gegensatz zu herkömmlichen, von Kelsen als „fiktional“²¹⁸ bezeichneten, Theorien über die Volkssouveränität, die das Volk als Souverän und damit als Träger der staatlichen Willensbildung sehen – darauf beschränken, ‚den eigentlichen Apparat der Staatswillensbildung [lediglich] zu kreieren und zu kontrollieren‘.“²¹⁹ Wenn die Ausgestaltung einer demokratischen Gesellschaftsordnung auf eine „größtmögliche Annäherung an die Idee der Freiheit“ abziele, sei – so Kelsen – das „Zusammenwirken und die wechselseitige Abhängigkeit von Majorität und Minorität, dieses

²¹⁶ Schebeck, Hans Kelsen und die Bundesverfassung, S. 57.

²¹⁷ Kelsen, Demokratie (Vortrag), 1926, S. 142.

²¹⁸ Hans Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, Reclam Ditzingen 2018, S. 46.

²¹⁹ Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, S. 46.

Gezwungensein, Kompromisse zu schließen, (...) typisch für das Funktionieren einer parlamentarischen Demokratie“.²²⁰

Daraus folgt, dass auch die Frage nach dem optimalen, wenn man so will „demokratischsten“, Wahlverfahren zwingend zur Einführung des Verhältnis- oder Proportionalwahlrechts führen musste: „Im Idealfall der Proportionalwahl gibt es keinen Besiegten, weil es keine Majorisierung gibt.“²²¹ Notwendig und unvermeidlich müsse die Demokratie daher auch ein Parteienstaat sein, da nur Parteien die Möglichkeit haben, unterschiedliche Einzelinteressen zu artikulieren.

Einrichtung der Bezirksverwaltung: das Konzept der Räte Demokratie

In der Umbruchsphase nach 1918 erhielt auch die Frage nach Einrichtung und Demokratisierung der Bezirksverwaltung in den ehemaligen Kron- und nunmehrigen Bundesländern Deutschösterreichs einen besonderen Stellenwert.

Karl Renner, Staatskanzler der neu gegründeten Republik, vertrat in dieser Fragestellung folgende Ansicht: Der Gedanke einer Räte Demokratie sei „zu verwerten“ und gleichzeitig „auf das zulässige Maß einzuschränken“, indem „ständige Beiräte“, die aus „berufsständischen Organisationen“ gebildet werden sollten, „in gewissen streng umschriebenen Fällen“ an der Verwaltung mitarbeiten sollten.²²²

Hans Kelsen, der von Renner beauftragt worden war, an der im Entstehen begriffenen Bundesverfassung in leitender Position mitzuwirken, resümiert in der ersten, noch vor der Beschlussfassung des B-VG 1920 erschienenen Auflage seiner Schrift „Vom Wesen und Wert der Demokratie“: „Das von den Bolschewiki in der russischen Sowjetverfassung errichtete Vertretungssystem – auf eine Repräsentation überhaupt konnten und wollten sie aus praktischen Gründen natürlich nicht verzichten – ist in dem fraglichen Punkte nicht nur keine Überwindung der Demokratie, sondern eher eine Rückkehr zu ihr. Die kurze Mandatdauer, die Möglichkeit jederzeitiger Abberufung der in die verschiedenen Sowjets vom Volke Abgeordneten und die damit verbundene völlige Abhängigkeit von den Wählern, der innige

²²⁰ Zit. nach: Thomas Olechowski, Von der „Ideologie“ zur „Realität“ der Demokratie, abrufbar unter: <http://www.univie.ac.at/kelsen/workingpapers/kelsendemokratie.pdf>, letzter Zugriff am 01.07.2019.

²²¹ Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, S. 83.

²²² Zit. nach: Thomas Olechowski, Von der „Ideologie“ zur „Realität“ der Demokratie, abrufbar unter: <http://www.univie.ac.at/kelsen/workingpapers/kelsendemokratie.pdf>, letzter Zugriff am 01.07.2019.

Kontakt mit dem Urmaterial des Volkswillens – ist echteste Demokratie.“²²³ Wie dieses Modell praktisch durchführbar wäre, wie seine juristische Ausformulierung aussehen sollte und vor allem, wie zweckmäßig solch ein Modell für den im Entstehen begriffenen Staat Deutschösterreich wirklich wäre, ließ Kelsen wohl bewusst offen.

Die Einführung des Räteystems in Russland bekräftigte die ohnehin schon bestehenden Ressentiments der Christlichsozialen gegen eine solche in Deutschösterreich und auch Kelsen, der dem Rätegedanken ursprünglich grundsätzlich aufgeschlossen gegenüberstand, sprach schon bald von einer „Verwaltungskatastrophe“ – eine Demokratisierung der Verwaltung könne nämlich niemals „die Bureaukratie verdrängen, ohne einen Rückfall in den ärgsten Primitivismus zu bewirken“²²⁴. Darüber hinaus konstatiert er – ganz entgegen seiner ursprünglich geäußerten Charakterisierung der Rätedemokratie als „echteste Demokratie“ – in „Sozialismus und Staat“ die Räteverfassung als „Verneinung der Demokratie“, und zwar nicht nur darum, weil das Zustandekommen des Parlaments durch indirekte Wahlen aus den Betrieben erfolgte, sondern „weil ihre Grundlage, die politische Berechtigung der Bürger, eine wesentlich beschränkte und ungleiche ist“.²²⁵

Kelsen und die Demokratie – Die Demokratie als Bedingung des Sozialismus

Die Frage, warum sich der Sozialismus in den westlichen Demokratien nicht durchsetzen konnte, wäre, würde man Kelsen zu Rate ziehen, sehr einfach zu beantworten: Die Mehrheit wolle den Sozialismus nicht und die Ablehnung desselben kam in den uns bekannten Formen der demokratischen Willensbildung zum Ausdruck. Das somit im Rahmen der parlamentarischen Demokratie institutionalisierte Mehrheitsprinzip realisiert somit – „unter Annahme der repräsentativen Funktion der parlamentarischen Demokratie“²²⁶ – jenes Maß an Freiheit, das in der politischen Praxis möglich sei. So kann sichergestellt werden, dass so wenige Menschen wie möglich mit ihrem Willen dem allgemeinen Willen der gesellschaftlichen und politischen Ordnung entgegenstehen. Weil liberale Demokratien zur

²²³ Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, S. 54.

²²⁴ Kelsen, Demokratisierung der Verwaltung, S. 1298.

²²⁵ Kelsen, Sozialismus und Staat (1923), S. 178f.

²²⁶ Somek, Soziale Demokratie, S. 9.

Kompromissbildung einladen und sozial integrative Kräfte freisetzen, kann auf diesem Weg jegliche Klassenherrschaft vermieden werden. Kelsen drängt insofern stets auf einen friedlichen Ausgleich und verurteilt sämtliche Versuche zur Überwindung des Klassengegensatzes, die auf revolutionärer Gewaltanwendung, also auf nicht demokratischem, sondern auf autokratisch-diktatorischem Weg zustande kommen sollten, aufs Schärfste.

In der institutionalisierten Form der Demokratie ist das Bilden von Koalitionen unbedingt notwendig, womit sich der Klassengegensatz nach Kelsen im entscheidenden Moment auf einen einzigen Gegensatz zuspitzt. „Wenn man überdies in Rechnung stelle, dass die Demokratie ihre friedenssichernde – und nicht: freiheitssichernde Funktion nur erfüllen könne, wenn angesichts der in ihr wiederkehrenden Zuspitzung von Gegensätzen die unterliegende Minderheit nicht unablässig majorisiert, sondern dadurch zur Fortsetzung der Kooperation motiviert werde, dass ihre Interessen bei der Erzielung von Kompromissen berücksichtigt werden, erweise sich eine stabile parlamentarische Demokratie als ‚der Ruhepunkt, zu dem der nach rechts und links ausschlagende politische Pendel immer wieder zurückkehren muss‘“²²⁷. Das Proletariat müsse dabei stets von der selbstbewussten Überzeugung getragen sein, dass seine Interessen unmittelbar mit dem Interesse der Mehrheit zusammenhängen oder sogar mit diesem deckungsgleich seien. In Folge wende sich das Proletariat dem Staat zu, bejahe diesen und vollziehe damit die bereits besprochene Wendung von Marx zu Lasalle.

Max Adler teilte diese Auffassung von demokratischer Legitimität durch Vorhandensein von Mehrheiten für oder gegen den Sozialismus nicht. Diese von Kelsen entworfene politische Demokratie sah er zumindest durch ein fehlendes, unabdingbares Element nicht verwirklicht: nämlich durch das Fehlen eines einheitlichen, nicht durch Klassengegensätze gespaltenen Volkes.²²⁸

Der Linkssozialist Max Adler, „der in der Tradition Lenins vom Klassencharakter der Gesellschaft und folglich (dem) ihrer parlamentarischen Institutionen ausgeht“, betont nämlich die Wichtigkeit einer Unterscheidung zwischen formaler/politischer und sozialer Demokratie, denn – so Adler – in Klassengesellschaften wäre bloß eine politische

²²⁷ Somek, Soziale Demokratie, S. 11.

²²⁸ Adler, Die Staatsauffassung des Marxismus, S. 122.

Demokratie, also eine, „die eigentlich keine Demokratie ist“²²⁹, möglich. Die „mehr oder minder brutale Majorisierung“, die „Vergewaltigung der Minorität durch die Majorität“²³⁰ könne nur durch die Realisierung des Gemeinwohls, durch eine wahrhaft „solidarische Gesellschaft“ beendet werden, denn von einer Demokratie im eigentlichen Sinn könne man nur sprechen, „wenn die egalitäre Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse und -interessen einen sozialen Basiskonsens bereitstellt“²³¹. Mit Kelsen geht Adler in dem Punkt konform, dass die parlamentarische Demokratie den Gegensatz zwischen den Klassen hervortreten lasse, widerspricht ihm aber dort, wo Kelsen eine institutionalisierte Kompromissfindung, die den Gegensatz letztlich sogar überwinden könne, sieht – der Klassengegensatz würde im Gegenteil in jeder Entscheidung reproduziert werden.

Neben Kelsen vertrat auch Otto Bauer die These vom „Gleichgewicht der Klassenkämpfe“, die Adler ebenso vehement als „instabil“ und „nicht zu einem Ausgleich führend“ ablehnte. Erst die soziale Demokratie, die auf der sozialen Gleichheit aller Bürger beruhe, mache das Mehrheitsprinzip zu einem Modell, das den Gemeinwillen aufdecke, ohne dass „die auftretende Differenz zwischen Mehrheit und Minderheit als Spaltung erlebt werde“²³². Voraussetzung dafür wäre aber eine Überwindung der Klassengesellschaft, womit klar hervortritt, wo die grundlegenden Differenzen zwischen Kelsen und Adler liegen: „Nach Adler ist also der Sozialismus eine notwendige Voraussetzung für die allseitige Akzeptierbarkeit der demokratischen Mehrheitsregel. Im Vergleich zu Kelsen verläuft das Bedingungsverhältnis umgekehrt – also nicht von der Demokratie zum Sozialismus, sondern vom Sozialismus zur Demokratie.“²³³

²²⁹ Adler, Die Staatsauffassung des Marxismus, S. 126f.

²³⁰ Adler, Die Staatsauffassung des Marxismus, S. 122f.

²³¹ Gerald Mozetič, Hans Kelsen als Kritiker des Austromarxismus, in: Ideologiekritik und Demokratietheorie bei Hans Kelsen, hg. von Werner Krawietz, Ernst Topitsch, Peter Koller (= Rechtsatheorie. Zeitschrift für Logik, Methodenlehre, Kybernetik und Soziologie des Rechts, Beiheft 4), Berlin 1982, S. 445-457, hier S. 452.

²³² Somek, Soziale Demokratie, S. 15.

²³³ Somek, Soziale Demokratie, S. 16.

Austromarxistische Erziehungs- und Bildungspolitik – Der Austromarxismus als Kulturbewegung

„Neue Menschen! – Das also ist das eigentliche Ziel einer revolutionären Erziehung, einer Erziehung, die jene neue Gesellschaft auch in den Seelen der Menschen vorbereitet, die sonst in ihrer Vorbereitung durch den ökonomischen Prozeß bloß eine objektive Möglichkeit bleibt“.²³⁴

Für die Austromarxisten war – so Kallscheuer – eine „gesonderte marxistische Philosophie“, wie sie in der späteren kommunistischen Bewegung vorzufinden ist, überflüssig. Viel wichtiger erschien es den führenden austromarxistischen Protagonisten, allen voran Max Adler, der seine Ausführungen stark an die philosophischen Strömungen des Neukantianismus anlehnte, „eine Erkenntnislehre oder Wissenschaftstheorie auszuarbeiten, die in der Lage (ist), Marxismus als positive Sozialwissenschaft zu begreifen und für neue empirische Erkenntnisse offenzuhalten“²³⁵.

Das Ziel der Sozialisten, den Zustand einer solidarischen, sozialistischen Gesellschaft zu erreichen, „könne zwar aus der ursprünglichen Vergesellschaftung der Menschen in Bewußtsein, Sprache und Kultur (,dem Sozial-Apriori‘) begründet werden“, die konkrete Manifestierung und Verwirklichung hänge allerdings von der „tatsächlichen und wissenschaftlich zu untersuchenden Entwicklung der Kräfteverhältnisse der Klassen in der kapitalistischen Gesellschaft“²³⁶ ab. Die Fähigkeit der Sozialdemokratie, Solidarität unter den Lohnabhängigen durch eine aktiv eingreifende und damit die Gesellschaft verändernde Interessenpolitik hervorzurufen und andererseits eine auf die Überwindung des kapitalistischen Systems zielende sozialistische Bewusstseinsbildung mittels entsprechender Erziehungs- und Bildungspolitik zu erreichen, sollte letzten Endes in der Realpolitik zum Hauptanliegen der österreichischen Sozialdemokratie werden.

Praktisches Ergebnis der stark auf Bildung fokussierten austromarxistischen Kulturarbeit war, den evolutionären Weg zum Sozialismus einzuschlagen, dem die Schaffung eines „neuen

²³⁴ Zit. nach: Richard Saage, Politische Ideengeschichte in demokratie-theoretischer Absicht. Das Beispiel Hans Kelsens und Max Adlers in der Zwischenkriegszeit (= Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Philologisch-historische Klasse, Band 138, Heft 3), Stuttgart, Leipzig 2003, S. 19.

²³⁵ Kallscheuer, „Austromarxismus“, S. 72.

²³⁶ Kallscheuer, „Austromarxismus“, S. 72.

Menschen“²³⁷ vorausgehen musste. Das evolutionäre Prinzip austromarxistischer Konzeption bedeutete nicht nur die Herausbildung eines besonderen Verhältnisses zum Staat – diesen nicht zu stürzen, sondern Schritt für Schritt zu übernehmen und umzuformen, um die Voraussetzungen für eine Entwicklung zum Sozialismus zu schaffen –, sondern auch dieselbe Herangehensweise, wenn es um das Individuum ging. Mit dieser Vorgehensweise und ihrer theoretischen Rechtfertigung und Untermauerung befand man sich – so Weidenholzer – im Trend der Zeit, indem die gescheiterte Revolution von 1918 durchaus auf subjektive, im mangelnden proletarischen Klassenbewusstsein liegende Ursachen zurückgeführt wurde.²³⁸ Bildungsarbeit wurde damit zentral, die Schaffung eines „neuen Menschen“ und die schrittweise Erfassung dessen ganzen Lebens in einem sozialdemokratischen Zusammenhang zur Maxime: „Sie (die Erziehung) muß aus einem Klassenmittel der Beherrschung in den Händen der Bourgeoisie zu einem Klassenmittel der Selbsthilfe des Proletariats werden, sie muß aus der konservierenden Ideologie der alten Welt zum zersetzenden und revolutionierenden Ferment in dieser und zur aufbauenden Ideologie der umzuschaffenden Welt werden.“²³⁹

In Bezug auf das Vorhandensein einer einheitlichen Arbeiterbildungstheorie auf Basis einschlägiger Werke führender Austromarxisten lässt sich folgendes festhalten: Neben Max Adlers Werk „Neue Menschen“ verdienen in diesem Zusammenhang unter anderem Josef Luitpold Sterns „Klassenkampf und Massenschulung“²⁴⁰ sowie Otto Neuraths „Lebensgestaltung und Klassenkampf“²⁴¹ Erwähnung. Obwohl die erkenntnistheoretischen Ansatzpunkte der zitierten Autoren unterschiedlicher Art sind, lassen sich dennoch genügend gemeinsame Grundpositionen erkennen, die das Vorhandensein von Ansätzen einer gemeinsamen austromarxistischen Arbeiterbildungstheorie abbilden.

Im Wesentlichen lassen sich in der erwähnten und von Vertretern und Vertreterinnen des Austromarxismus publizierten Literatur einige wichtige Bestandteile einer „austromarxistischen Bildungstheorie“ feststellen, die allen Autoren gemein ist. Zum einen

²³⁷ Max Adler, Neue Menschen. Gedanken über sozialistische Erziehung, Berlin 1924.

²³⁸ Weidenholzer, Auf dem Weg zum „Neuen Menschen“, S. 63.

²³⁹ Max Adler, Neue Menschen, S. 18.

²⁴⁰ Josef Luitpold Stern, Klassenkampf und Massenschulung. Reden gehalten am Parteitag in Aussig im Dezember 1923, Prag 1924.

²⁴¹ Otto Neurath, Lebensgestaltung und Klassenkampf (= Schriftenreihe Neue Menschen, hg. von Max Adler), Berlin 1928.

wird eine konsequente Ablehnung der Denkmöglichkeit neutraler Erziehung und eine Einordnung der Erziehung in die Erfordernisse des Klassenkampfes konstatiert, zum anderen werden als Ziele sozialistischer Arbeiterbildung die Erziehung zu Solidarität, Aktivität (u.a. im Sinne von Selbstermächtigung) und Intellektualität definiert.²⁴²

Otto Neuraths Stellung innerhalb des Austromarxismus und innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie ist nicht ganz eindeutig festzumachen. In theoretischer Hinsicht begegnen beispielsweise immer wieder Auseinandersetzungen mit Max Adler, dem mit der Herausgabe seines Essays „Neue Menschen“ im Jahr 1924 endgültig der Sprung zu einem der anerkanntesten Vordenker des sozialdemokratischen Bildungs- und Kulturwesens glückte. „Neue Menschen“ wurde geradezu zur „Bibel“ der sozialistischen Bildungsfunktionäre und der „neue Mensch“ zum dominierenden Leitbild, an dem sich der sozialistische Diskurs orientierte.

Sozialistische Bildungsarbeit, so Adler, sei eine revolutionärere Tätigkeit als alle anderen²⁴³, denn die Erziehung, das Lernen und somit die Entwicklung eines sozialistischen Bewusstseins spiele bei der Entstehung des neuen Menschen eine größere Rolle als im kommunistischen Kampf und in der täglichen Praxis. So verlagere sich die Revolution „von der Straße in die Bibliothek“, denn „der Klassenkampf (ist), von einem soziologischen Standpunkt aus nichts anderes als der Prozeß der Humanisierung und Erziehung, ja der Moralisierung der Gesellschaft“.²⁴⁴

Große Teile der jungen Bildungsfunktionäre rezipierten die Ideen Adlers in hohem Ausmaß, vor allem auch, weil sie dadurch eine Aufwertung ihrer Arbeit erfuhren und diese als „revolutionär“ bezeichnet und anerkannt wurde.²⁴⁵ Otto Bauer soll hingegen Bildungsarbeit als „revolutionäre Kleinarbeit“²⁴⁶ bezeichnet haben und auch andere durchaus einflussreiche austromarxistische Bildungs- und Erziehungstheoretiker teilten Adlers Ideen nicht vollinhaltlich: So vertrat Otto Neurath etwa „eine betont anti-idealistische, materialistisch-epikuräische Auffassung und räumte, durchaus marxistisch-materialistisch, der Veränderung

²⁴² Vgl. dazu: Josef Weidenholzer, Marginalien zur außerschulischen Bildungsarbeit im Austromarxismus, in: Erik Adam u.a., Die Schul- und Bildungspolitik der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik. Entwicklung und Vorgeschichte, Wien 1983, S. 417-431, hier S. 420f.

²⁴³ Max Adler, Neue Menschen, S. 8.

²⁴⁴ Adler, Neue Menschen, S. 46.

²⁴⁵ Jürgen Doll, Theater im Roten Wien: vom sozialdemokratischen Agitprop zum dialektischen Theater Jura Soyfers, Wien/Köln/Weimar 1997, S. 19.

²⁴⁶ Doll, Theater im Roten Wien, S. 19.

der Gesellschaft den Vorrang vor jener des Menschen ein“.²⁴⁷ „Lebensgestaltung und Klassenkampf“, sein 1928 erschienenes Werk, kann geradezu als Gegenentwurf zu Max Adlers „Neue Menschen“ verstanden werden.

Trotz der großen, vor allem in praktischer Hinsicht, aber auch im theoretischen Anspruch bestehenden Unterschiede zwischen der ersten Generation der Austromarxisten, zu der herausragende Protagonisten wie Karl Renner, Max Adler, Rudolf Hilferding, Otto Bauer oder Friedrich Adler zählten und den eher einer zweiten Generation zuzurechnenden Realpolitikern des „Roten Wien“ wie beispielsweise Jakob Reumann²⁴⁸, Karl Seitz²⁴⁹, Hugo Breitner²⁵⁰, Julius Tandler²⁵¹, Otto Glöckel²⁵² oder Friedrich Austerlitz²⁵³, gab es auch wesentliche Gemeinsamkeiten der österreichischen sozialistischen Bewegung. Überhaupt kann wohl das „rote Wien“ als Alleinstellungsmerkmal der österreichischen Variante des Marxismus angesehen werden, war doch die Tatsache, dass eine sozialistische Bewegung auf kommunaler Ebene so große Gestaltungsmöglichkeiten hatte, weltweit einzigartig.

Die umfassende Institutionalisierung der Bildung kann als besonderes Charakteristikum des politischen Programmes der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gesehen werden. Seit jeher wurde also dem Bereich der Bildung und Erziehung für die politische Arbeit und dem Gewinn der Mehrheit der Bevölkerung für die Sache des Sozialismus große Bedeutung beigemessen. Auch die Verpflichtung, einen demokratischen und friedlichen Weg der Machteroberung mittels politisch-kultureller Aufklärung in den Formen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie zu beschreiten sowie das grundsätzliche Bekenntnis zum Parlamentarismus waren wesentliche Zielsetzungen der österreichischen Sozialisten und Sozialistinnen.

Das Linzer Programm legte in dieser Hinsicht folgendes Vorgehen fest: „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird die Staatsmacht in den Formen der Demokratie und

²⁴⁷ Doll, Theater im Roten Wien, S. 19.

²⁴⁸ Jakob Reumann (1853-1925), sozialdemokratischer Politiker, Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien.

²⁴⁹ Karl Seitz (1869-1950), Reichsratsabgeordneter, Vorsitzender der Konstituierenden Nationalversammlung von Deutschösterreich, Parteivorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs und Bürgermeister von Wien.

²⁵⁰ Hugo Breitner (1873-1946), sozialdemokratischer Politiker, Finanzstadtrat der Stadt Wien.

²⁵¹ Julius Tandler (1869-1936), Anatom und sozialdemokratischer Politiker.

²⁵² Otto Glöckel (1874-1935), sozialdemokratischer Politiker, Initiator der Wiener Schulreform.

²⁵³ Friedrich Austerlitz (1862-1931), sozialdemokratischer Politiker und Journalist (Chefredakteur der Arbeiter-Zeitung).

unter allen Bürgschaften der Demokratie ausüben. Die demokratischen Bürgschaften geben die Gewähr dafür, daß die sozialdemokratische Regierung unter ständiger Kontrolle der unter der Führung der Arbeiterklasse vereinigten Volksmehrheit handeln und dieser Volksmehrheit verantwortlich bleiben wird. Die demokratischen Bürgschaften werden es ermöglichen, den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung unter den günstigsten Bedingungen, unter ungehemmter, tätigster Teilnahme der Volksmasse zu vollziehen.“²⁵⁴

Grundsätzlich findet man bei den Vertretern der österreichischen Sozialdemokratie, wenn es um Fragen der Theorie der Bildungsarbeit und -politik geht, einen starken Rückgriff und ständige Berufung auf die Ideen und Entwürfe von Ferdinand Lassalle – mehr noch als auf das Wirken von Marx und Engels. Lassalle beschäftigte sich Zeit seines Lebens vor allem mit Überlegungen zur Kulturentwicklung. Lassalles Argumente heranziehend, machte sich die österreichische Sozialdemokratie einen „Geschichtsoptimismus“ zu eigen, „der Wissenschaft und Kultur als direkte Verbündete betrachtete“²⁵⁵ und vertrat dabei die Ansicht, dass der Fortschritt in Kultur und Wissenschaft sowie deren Popularisierung „automatisch der aufklärerischen Absicht in die Hand spielen würden“²⁵⁶. Zwei berühmte Parolen der Arbeiterbildung verdeutlichen diesen Gedanken: „Bildung macht frei!“ und „Wissen ist Macht!“

Das Erreichen des wichtigsten Zieles der Austromarxisten, nämlich eine Umgestaltung der Gesellschaft auf evolutionärem Weg, wurde mit der Bearbeitung grundlegender Fragestellungen im Bereich der Wirtschaft und des Sozialwesens verknüpft. Aber auch Schule und Wissenschaft sollten nicht dem Einfluss der (katholischen) Kirche überlassen werden. Folgender Gedankengang spielte bei diesen Überlegungen eine tragende Rolle: Im Bildungswesen müsse der Sozialismus eingreifen, denn „die Freiheit der Wissenschaft“, die von der Kirche schon immer bedroht wurde und die Interessen des Proletariats (seien) „unmittelbar und dauernd verschwistert“²⁵⁷.

Ein berühmtes Zitat von Ferdinand Lassalle bringt diesen Zusammenhang auf den Punkt: „Zwei Dinge sind es, die groß geblieben sind im allgemeinen Verfall der Zeit, die Wissenschaft auf der einen Seite, das Volk, die Arbeiterschaft auf der anderen Seite. Die

²⁵⁴ Vgl. dazu: Linzer Programm vom 3. November 1926, Abschnitt III.: Der Kampf um die Staatsmacht.

²⁵⁵ Alfred Pfoser, Literatur und Austromarxismus, Wien 1980, S. 35.

²⁵⁶ Pfoser, Literatur und Austromarxismus, S. 36.

²⁵⁷ Zit. nach: Pfoser, Literatur und Austromarxismus, S. 36.

Vereinigung von Wissenschaft und Arbeiterschaft, von Wissenschaft und Arbeit, diese Vereinigung der zwei größten Kulturfaktoren, wird den Schoß der Kultur sehr befruchten, und wenn sich diese beiden umarmen, dann muß aller Widerstand gegen eine moderne Kulturentwicklung ersticken.“²⁵⁸

Anhand der Politik des „roten Wien“ lässt sich die praktische Umsetzung dieser theoretischen Ausführungen zeigen. Am 4. Mai 1919 wurden in Wien Gemeinderatswahlen abgehalten, in deren Folge Jakob Reumann (1853-1925) der erste sozialdemokratische Bürgermeister einer europäischen Millionenstadt wurde. Die Sozialdemokratie konnte aber auf Landesebene schon vorher große Erfolge verzeichnen, da sie im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich zahlreiche Reformen durchsetzen konnte: den Achtstundentag²⁵⁹, Arbeitsschutz (Nachtarbeit für Frauen wurde verboten)²⁶⁰, ein Urlaubsgesetz²⁶¹, ein Gesetz, das ArbeitnehmerInnen vor den Folgen von Invalidität schützte²⁶², unabhängige Arbeiterkammern waren eingerichtet worden²⁶³, ein Betriebsrätegesetz, Kollektivverträge, Sozialversicherung für alle ArbeitnehmerInnen, Regelungen betr. Frauenarbeit, Mutterschutz und Überstunden sowie eine moderne Schulreform. Darüber hinaus konnte im Herbst 1919 das Wohnungsforderungsgesetz²⁶⁴ verabschiedet werden, welches der Stadt Wien ermöglichte, Doppelwohnungen und nicht ausreichend genützte Wohnungen zur Belegung freizugeben.²⁶⁵

Um den „neuen Menschen“ zu schaffen, wurde also im Bildungs- und Kulturbereich eine ganze Reihe von Institutionen geschaffen, unter anderem wurde auch das Volksbildungswesen stark unterstützt. Das Volksbildungswesen sollte Erwachsenen und unter ihnen vor allem den erwachsenen ArbeiterInnen die Möglichkeit geben, sich Kultur

²⁵⁸ Zit. nach: Pfoser, Literatur und Austromarxismus, S. 36.

²⁵⁹ STGBI. Nr. 581 vom 17. Dezember 1919.

²⁶⁰ STGBI. Nr. 281 vom 14. Mai 1919, Gesetz vom 14. Mai 1919 über das Verbot der Nachtarbeit der Frauen und Jugendlichen in gewerblichen Betrieben, ausgegeben am 24. Mai 1919.

²⁶¹ STGBI. Nr. 395 vom 30. Juli 1919, Gesetz vom 30. Juli 1919 über den Urlaub von Arbeitern (Arbeiterurlaubsgesetz), ausgegeben am 7. August 1919.

²⁶² STGBI. Nr. 245 vom 25. April 1919, Gesetz vom 25. April 1919 über die staatlichen Entschädigungen der Kriegs-Invaliden, -Witwen und -Waisen (Invalidenentschädigungsgesetz), ausgegeben am 27. April 1919.

²⁶³ STGBI. Nr. 100 vom 26. Februar 1920, Gesetz vom 26. Februar 1919 über die Einrichtung von Kammern für Arbeiter und Angestellte (Arbeiterkammern), ausgegeben am 9. März 1920.

²⁶⁴ BGBl. Nr. 873 vom 7. Dezember 1922, Gesetz vom 7. Dezember 1922 betreffend Wohnungsforderung, ausgegeben am 15. Dezember 1922.

²⁶⁵ Vgl. dazu: Helmut Weihsmann, Das Rote Wien. Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919-1934, Wien 2019.

und Wissenschaft widmen zu können – vorrangig ging es jedoch zunächst einmal darum, einen Ersatz für mangelnde Elementarbildung zu bieten. Durch den „Verein Zentralbibliothek“ wurde darüber hinaus wissenschaftliche und belletristische Werke für jedermann zugänglich. Ludo Moritz Hartmann²⁶⁶ trieb die Einrichtung „volkstümlicher Universitätskurse“ voran. Ihre Erweiterung waren die so genannten „Volksheime“ – das erste wurde 1904 in Ottakring, einem Bezirk mit traditionell hohem Anteil an ArbeiterInnen, die hier „Publikum“ und nicht „Klasse“ waren, eingerichtet. Die Lehrenden vermittelten den HörerInnen kritisches Denken und Grundzüge der wissenschaftlichen Weltauffassung. Durch wissenschaftliche Fragestellungen sollte primär selbständiges Denken erlernt werden, wobei die Inhalte des Vorgetragenen nur sekundärer Natur waren.

Nicht so sehr der Inhalt des jeweiligen Kursthemas war also politisch relevant, sondern die Art und Weise der Vermittlung, die die HörerInnen befähigen sollte, sich des eigenen (kritischen) Verstandes zu bemächtigen. Hartmann fasste dies wie folgt zusammen: „Diese Selbständigkeit des Denkens, die wir in die Menschen hineinlegen wollen, ist etwas, was vollständig unabhängig ist von den Inhalten dessen, was wir den Leuten vortragen. Wir wollen ihnen, indem wir sie objektive Gedankengänge entlangführen oder sie durch diese hindurchführen, ermöglichen, daß sie auf irgendeinem beliebigen Gebiet selbständig denken lernen.“²⁶⁷

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wandelten sich Funktion und institutionelle Gestaltung der Arbeiterbildung, was aus einer veränderten gesellschaftlichen Position der Arbeiterklasse resultierte: „Anstelle des Klassenkampfes um die Kultur trat nunmehr der kulturelle Klassenkampf.“²⁶⁸

Tendenziell kann man von einer verstärkten Politisierung auf allen Ebenen sprechen, wobei die Verbreitung der Lehre des Marxismus oberstes Ziel war. Die Sozialdemokratie führte nun aufgrund ihrer verstärkten Position (allgemeines Wahlrecht!) im Bildungswesen eine Aufgabenteilung ein: Die Vermittlung naturwissenschaftlicher Inhalte sollte weiterhin Aufgabe des „neutralen“ Volksbildungswesens sein, die Ausbildung der ArbeiterInnen in gesellschaftswissenschaftlich bedeutsamen Themen sollte vor allem „innerhalb des parteieigenen, von allen ‚neutralen‘ Institutionen geschiedenen Bildungswesens“ erfolgen,

²⁶⁶ Zu Ludo Moritz Hartmann s. Fußnote 16.

²⁶⁷ Ludo Moritz Hartmann, Bericht über die Verhandlungen des IV. deutschen Volkshochschultages, Berlin 1910, S. 4.

²⁶⁸ Pfoser, Literatur und Austromarxismus, S. 38.

denn „einzig hier hatte man die Gewähr für eine marxistische Ausrichtung: zwischen Theorie und Praxis war im Ausbildungswesen der gewünschte enge Zusammenhang hergestellt“.²⁶⁹ Vorrangiges Ziel war also die Vermittlung der hohen Bedeutung von Bewusstseinsbildung und konkretem politischen Einsatz für die „Geschichtsaufgaben der Arbeiterklasse“ sowie die Aufgabe, „den Gefühlssozialismus auf die abstrakte Ebene des klaren Klassenbewusstseins zu stellen“.²⁷⁰

Hans Kelsens Bildungseinsatz im Wien der 1920er Jahre

Eine Gemeinsamkeit Kelsens mit den führenden Vertretern des Austromarxismus lässt sich vor allem dort erkennen, wo es um Themen wie Erziehung und Bildung in Zusammenhang mit Fragen nach dem Gelingen von Demokratie geht. Als Kelsen seine große Demokratiebegründungsschrift „Vom Wesen und Wert der Demokratie“ veröffentlicht, notiert er: „Die Erziehung zur Demokratie wird eine der praktischen Herausforderungen der Demokratie selbst.“²⁷¹

Damit trifft er, ähnlich wie schon Max Adler, den Zeitgeist – nämlich eine Zeit des Aufbruchs und der Modernisierung nach dem Niedergang der Monarchie, die aber einherging mit Erkenntnissen über die Notwendigkeit der politischen Bildung der Bevölkerung. „Nun, was ein Traum von einer fast lächerlichen Kühnheit war, ist eingetroffen: Die gewaltigsten Throne der Erde sind zerschmettert worden, die Demokratie ist aufgerichtet, vollständiger, als selbst ihre optimistischsten Vertreter es erwarten durften, indem auch alle Frauen das Wahlrecht haben – aber von einem Reich der wahren Demokratie, das allen seinen Bürgern Freiheit, Wohlfahrt und Friede sicherte, sind wir weiter als je entfernt. Dies ist wohl eine der tiefsten Erschütterungen, die das Bewußtsein der Massen erfahren hat, daß die Demokratie für sich allein (die bloß politische Demokratie) nicht jene Befreiung zu schaffen imstande ist, nicht jene Neuschaffung der Gesellschaft, nach der sie in immer größeren Teilen lechzt. Aber aus dieser Enttäuschung erwächst eine große und wohltätige Einsicht, die sie sofort

²⁶⁹ Pfoser, Literatur und Austromarxismus, S. 38.

²⁷⁰ Pfoser, Literatur und Austromarxismus, S. 38.

²⁷¹ Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, S. 119.

umwandelt in eine hoffnungsvolle Aufgabe und eine neue, zielbewußte Energie, sie zu verwirklichen.“²⁷²

Schon im Wintersemester 1910/1911 hatte Hans Kelsen begonnen, die Volkshochschulbildung bzw. die Wiener Volksbildung praktisch zu unterstützen, indem er Kurse und Vorträge am Volksheim und im Rahmen der Volkstümlichen Universitätsvorträge über Staat und Recht hielt. So bot er beispielsweise im März 1912 das erste Mal einen Volkstümlichen Universitätskurs zum Thema „Österreichische Verfassungsgeschichte“ in Hohenberg im Traisental an. Keinesfalls wollte er bloß angehäuften Verfügungswissen, sondern vielmehr Wissen, das umfassende Orientierung in der Welt ermöglichen sollte, vermitteln, denn die ZuhörerInnen zur Mitwirkung an der von ihnen gestaltbaren Welt zu motivieren, politisches Problembewusstsein zu schaffen und dabei aufzuzeigen, wie wichtig die Entwicklung von selbständiger Kritik- und Urteilsfähigkeit ist, war sein dezidiertes Ziel.

In seinen Kursen sollten die HörerInnen mit Hilfe exakten wissenschaftlichen Denkens zu eigenständigen, autonomen Anschauungen und Einschätzungen über Politik, Staat und Herrschaft und deren Zusammenhänge gelangen. Darin sah Kelsen die Hauptaufgabe politischer Bildung. Wissen über den Staat, politische Zuständigkeiten und institutionelle Aufgabenverteilung sollten nämlich als rechts- und politikwissenschaftliche Erkenntnisse ohne (politische oder weltanschauliche) Wertung gelehrt werden.

Kelsen war der Überzeugung, dass Beurteilung und Bewertung der vermittelten Inhalte nicht durch die Lehrperson zu treffen seien, sondern die Beurteilung den Studierenden oblag – ihnen sollte durch Vermittlung und Weitergabe wissenschaftlicher Werkzeuge (Objektivität, Nachvollziehbarkeit, Abwägung der Argumente, Experimente, usw.) der Weg zu Analyse, Interpretation und Deutung ermöglicht werden. Heiklen Fragestellungen wurde größtenteils ausgewichen, indem man an neutralen Fragen die Kritikfähigkeit der HörerInnen zu schärfen versuchte.²⁷³ Trotzdem muss hinzugefügt werden, dass die Vermittlung solcher hochpolitischer Themenkomplexe keineswegs „unpolitisch“ von statten ging. „Diesen ‚neutralen Fragen‘ wohnte (...) durch den Anreiz des selbständigen Denkens das subversive Element jeglicher nicht-affirmativer politischer Bildung inne, nämlich die Erziehung zu geistiger Wendigkeit

²⁷² Max Adler, Die Aufgabe der Jugend in unserer Zeit (Vortrag, 1927), abgedruckt in: Max Adler, Neue Menschen (= Edition Classic, VDM Verlag Dr. Müller, hrsg. von Esther von Krosigk, Saarbrücken 2007), S. 204-229, hier S. 219f.

²⁷³ Vgl. dazu: Ehs, Hans Kelsen und politische Bildung, S. 90ff.

und Wachheit.“²⁷⁴ Politische oder politisierende Effekte waren wohl implizit das erwünschte Ergebnis, die Volksbildung diene sowohl als „Ausdruck“ als auch als „Instrument“ dieses Prozesses²⁷⁵.

Die Volksbildung war einem strikten Neutralitätsgrundsatz verpflichtet und gab sich betont unpolitisch, „um Ansehen und Entwicklung der Volksbildung zu fördern“, Spenden aus dem Bürgertum nicht zu verlieren und die staatlichen Geldgeber nicht vor den Kopf zu stoßen. Dennoch führte die Beschäftigung mit historischen oder sozialen Inhalten schnell dazu, dass begleitende politische Fragestellungen aufgeworfen wurden. Überhaupt gilt hier wohl, was Johann Dvořák schon zu Otto Neurath und seiner Tätigkeit in der Wiener Volksbildung konstatierte: „Die von ihren Prinzipien her politisch wie weltanschaulich neutrale Wiener Volksbildung war von ihrer Wirkung her keineswegs neutral oder unpolitisch: sie scheint durchaus Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt zu haben, die es den einzelnen Teilnehmern ermöglichten, selbständig weiter zu denken und gemeinsam mit anderen die gesellschaftlichen Verhältnisse besser zu verstehen und zu gestalten.“²⁷⁶

Rezeption der Werke Hans Kelsens im DDR-Marxismus

Die Beurteilung der politischen Persönlichkeit Kelsens fällt offenbar – eigentlich bis dato – nicht leicht. Er wurde schon mit so gegensätzlichen Attributen wie „Linksliberaler“, „Sympathisant der Sozialdemokratie“ und „bürgerlicher Demokrat“ versehen. Sein Interesse für die politische Theorie des Marxismus und die beiden daraus hervorgegangenen Werke über die politische Theorie des Bolschewismus (1948)²⁷⁷ und die kommunistische Rechtstheorie (1955)²⁷⁸ zeugen jedenfalls von einer äußerst intensiven, lebenslangen Beschäftigung mit dem Sozialismus.

²⁷⁴ Tamara Ehs, Hans Kelsen: eine politikwissenschaftliche Einführung, Wien 2009, S. 102.

²⁷⁵ Ehs, Hans Kelsen und politische Bildung, S. 49.

²⁷⁶ Johann Dvořák, Otto Neurath und die Volksbildung – Einheit der Wissenschaft, Materialismus und umfassende Aufklärung, in: Friedrich Stadler (Hg.), Arbeiterbildung in der Zwischenkriegszeit, Wien / München 1982, S. 149-156, hier S. 152.

²⁷⁷ Hans Kelsen, The Political Theory of Bolshevism. A Critical Analysis, Berkeley/Los Angeles 1948.

²⁷⁸ Siehe dazu Fußnote 143.

Rudolf Métall erwähnt in seiner Kelsen-Biografie zudem, dass die Nationalsozialisten Kelsen „als Juden und Kommunisten verachtet“²⁷⁹ hätten, ihm aber ebenso der Vorwurf gemacht wurde „Faschist“ oder „deutscher Nationalist“ zu sein.²⁸⁰ Von marxistischer Seite wurde wiederum verbreitet, seine politische Karriere in den Wendejahren 1918 bis 1920 sei im Wesentlichen seiner politischen und weltanschaulichen „Flexibilität“ zu verdanken, die es möglich gemacht hätte, dass sowohl die sozialdemokratische als auch die christlichsoziale Partei ihn für die jeweils eigene Position vereinnahmen konnten.

Der von Kelsen vehement vertretene juristische Neopositivismus der Reinen Rechtslehre liefere, so der Autor und ehemalige DDR-Rechtsphilosoph Hermann Klenner, eine „angeblich werturteilslose, in Wirklichkeit antikommunistische Demokratiekonzeption, die von allen Gesellschaftsklassen und -systemen annehmbar zu sein vorgibt“, was die Reine Rechtslehre als „Verfallsprodukt der (mittelbaren) Legitimationstheorie der bürgerlichen Gesellschaft“²⁸¹, dem herrschenden Bürgertum „doppelt genehm“ mache, genauso wie der Umstand, „daß ihr Schuloberhaupt seine weltanschaulich scheinneutralen Abhandlungen immer dann mit offen antimarxistischen Begleittexten versieht, wenn die Herrschaft des Bürgertums wackelt“²⁸².

In der Rezeption seiner Werke gereicht ihm die intensive Beschäftigung mit marxistischen und sozialistischen Fragestellungen nicht immer zum Vorteil: so wirft ihm beispielsweise Klenner zum einen „Schnitzer“ im Umgang mit den Texten des Marxismus-Leninismus, ungenügende Quellenkenntnis und „Vorurteile“ bei der Analyse dieser Texte vor und verweist zum anderen auf den antikommunistischen Charakter der Schriften Kelsens und damit zur von der „Reinen Rechtslehre“ ausgehend entwickelten politischen Theorie. Er führt folgendes aus: „Der *offen* antikommunistische Charakter der von der Reinen Rechtslehre entwickelten politischen Theorie besteht darin, daß sie Zielstellung und Methoden des Marxismus-Leninismus als angeblich irrational verunglimpft, daß sie Marx den Anarchisten gleichstellt, daß sie Widersprüche zwischen Marx und Lenin erfindet, daß sie die Entwicklung einer dialektisch-materialistischen Rechtstheorie für gescheitert erklärt, und was dergleichen Ungereimtheiten mehr sind. Ohne selbst Revisionist zu sein – er hat nie

²⁷⁹ Métall, Hans Kelsen. Leben und Werk, S. 60 und S. 71.

²⁸⁰ Métall, Hans Kelsen. Leben und Werk, S. 45.

²⁸¹ Hermann Klenner, Rechtsleere. Verurteilung der Reinen Rechtslehre (= Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie 14, hg. von Manfred Buhr), Berlin 1972, S. 83.

²⁸² Klenner, S. 59.

beansprucht, auf dem Boden eines, wenn auch ‚verbesserungsbedürftigen‘ Marxismus zu stehen –, betätigte Kelsen sich als Ideenlieferant für Revisionisten. Der *versteckt* antikommunistische Charakter der von der Reinen Rechtslehre entwickelten politischen Theorie besteht vor allem in ihrer antidemokratischen Demokratie-Konzeption. Fragen der Demokratie stehen bekanntlich im Mittelpunkt der gegenwärtigen ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Kelsen, der die realen Widersprüche innerhalb der Gesellschaft für eine Erfindung der Hegelschen Dialektik hält, entwickelt eine seiner Reinen Rechtslehre adäquate Lehre von einer reinen, d.h. jeglichen sozialen Inhalts entblößten, einer leeren Demokratie. Freiheit und Eigentum, politische und ökonomische Macht stehen nach dieser Auffassung in keinerlei kausalem Zusammenhang; das Volk ist nur dem Verfassungstext nach souverän; Diktatur und Demokratie werden als politische Entgegensetzungen ausgegeben, so daß die Diktatur des Proletariats als nichtdemokratisch und die bürgerliche Demokratie als nichtdiktatorisch erscheinen.“²⁸³ Zudem wirft Klenner den „Reinen Rechtslehrern“ vor, „den politischen Kampf, der in Vergangenheit und Gegenwart mit dem Recht und gegen das Recht geführt wurde, aus einem Zwang zur Entscheidung in einen Gegenstand beschaulicher Betrachtung“ umzuwandeln und hält fest, dass die angedachte und zum Ziel erklärte „Reinheit des Rechts“ eine Sterilität der Leere zur Folge habe.²⁸⁴

Der Hauptvorwurf an die Kelsen’sche Rechts- und Staatslehre lautet demgemäß, dass sie sich für „zeitlos“ und „nicht sozial bedingt“ erkläre und eine „indifferente“ Haltung zu ihren „gesellschaftlichen Konsequenzen“ einnehme, im Grunde genommen aber zu verschleiern versuche, dass sie wie jede sozialen Erscheinungen gewidmete Theorie ein „ideologischer Reflex bestimmter Klasseninteressen“ sei. Kelsen reflektiere nicht, dass das Recht eine „nachweisbare Rückwirkung im Kampf der Klassen“ und innerhalb der Gesellschaft habe, denn – so die marxistischen Kritiker – das Recht habe keine von der allgemeinen Gesellschaftsentwicklung unabhängige Geschichte.²⁸⁵

Diese Kritik an Kelsen und seiner „Reinen Rechtslehre“ war ihm nicht neu. Schon 1953 formulierte er in einem Beitrag mit dem Thema „Was ist die Reine Rechtslehre“ folgende Überlegungen, die hier – weniger als Verteidigung der Kelsen’schen Rechtslehre, als als

²⁸³ Klenner, Rechtsleere, S. 60f.

²⁸⁴ Klenner, Rechtsleere, S. 87.

²⁸⁵ Klenner, Rechtsleere, S. 12f.

Denkanstoß – zum Thema „Entpolitisierung des Wissens um den Staat und seine Instrumente“²⁸⁶ zitiert werden sollen:

„Hier gilt es zunächst, ein Mißverständnis zu beseitigen, das in der Kritik der Reinen Rechtslehre eine ebenso große wie bedauerliche Rolle spielt. Die Entpolitisierung, die die Reine Rechtslehre fordert, bezieht sich auf die Wissenschaft vom Recht, nicht auf ihren Gegenstand, das Recht. Das Recht kann von der Politik nicht getrennt werden, denn es ist ein wesentliches Instrument der Politik.“²⁸⁷

Schlussbetrachtungen

Resümierend soll festgehalten werden, dass Kelsen als „berufsmäßiger Intellektueller“, als höchst bedeutsamer Theoretiker der Demokratie und Praktiker einer Ausgestaltung des demokratischen Verfassungswesens und damit letztlich des politischen Systems, größere Wirkung hinterlassen hat, als nur die Beschäftigung mit der Frage, warum und ob die austromarxistischen Denker und Politiker der jungen Republik zwischen Reformismus und Bolschewismus gefangen gewesen wären. Der viel beschworene „Zick-Zack-Kurs“, den die Austromarxisten eingeschlagen hätten, tritt letztlich hinter die Feststellung zurück, dass die Sozialdemokratie in dem Augenblick, als die Möglichkeit der Errichtung der Republik gegeben war, in der Lage gewesen war, sich zu mobilisieren und zu organisieren.

In der Praxis zeigte sich die Schlagkraft der Bewegung, theoretisch angeleitet, reale Wirksamkeit zu entfalten. Wenn man beispielsweise die Errungenschaften des „Roten Wien“ betrachtet, dann scheinen die Gegensätze zwischen den „linken“, vertreten durch Otto Bauer und den „rechten“ Austromarxisten, vertreten durch Karl Renner, fast schon konstruiert. Dennoch trägt die Erinnerung an und die Beschäftigung mit den damaligen rechts- und staatstheoretischen Debatten und Auseinandersetzungen zu einem besseren Verständnis der bestehenden Verfassung der demokratischen Republik Österreich bei.

Hans Kelsens Vermächtnis, sein Verfassungswerk, das letztlich zumindest für einige Jahre zwischen den großen politischen Lagern einen Kompromiss möglich machte, und sein damit in Regelwerk gegossenes Demokratieverständnis, das zum Wegbereiter eines

²⁸⁶ Ehs, Hans Kelsen und politische Bildung, S. 109.

²⁸⁷ Zit. nach Ehs, Hans Kelsen und politische Bildung, S. 109.

republikanischen und demokratischen Gemeinwesens werden sollte, ist letztlich nicht Opfer einer im Versagen begriffenen Sozialdemokratie geworden, der europaweit aufkeimende Faschismus und Nationalsozialismus sollten spätestens 1934 zum endgültigen Untergang der Republik führen. Dass, um dieses, wenn man so will, Kelsensche Vermächtnis, „dass sich nämlich die Rechtswissenschaft niemals der ideologischen Rechtfertigung der gerade vorherrschenden politischen Tendenz unterwerfen solle“, am Leben zu halten, ein steter Einsatz nötig ist, zeigen die Bedrohungen der gegenwärtigen politischen Lage. Die Demokratie ist eine Herrschaftsform, die gegen eine sich abwendende und ablehnende Mehrheit der Bevölkerung nie immun sein wird. Voraussetzung für das Funktionieren einer solchen politischen Ordnung und Herrschaftsform ist daher, die Notwendigkeit sozial- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen zunächst zu erkennen, diese in einem zweiten Schritt umzusetzen und gegen neokonservative und neoliberale Tendenzen so lange zu verteidigen, bis Selbstbestimmung, Gleichheit und Solidarität im Bewusstsein der Gesellschaft nachhaltig verankert sowie gelebte Demokratie zum Prinzip des Zusammenlebens aller in einem Gemeinwesen geworden ist. „In einer Zeit, in der die staatlichen Repressionsfunktionen ausgeweitet, die Bürger überwacht, ausgespäht, obrigkeitlicher, geradezu polizeistaatlicher Willkür unterworfen werden sollen, gleichzeitig jedoch die Tugenden einer ‚civic society‘ beschworen und ‚weniger Staat, mehr privat‘ propagiert wird, gelangen die theoretischen Analysen und Argumente von Kelsen (damit) zu einer geradezu unheimlichen Aktualität“²⁸⁸. Hans Kelsen vertraute so stark auf die Demokratie und die ihr innewohnenden Grundregeln, dass er – einem politischen Wertrelativismus folgend, der letztlich konstatiert, dass kein Mensch mit absoluter Gewissheit die absolute oder absolut geltende „Wahrheit“ eines Phänomens kenne oder erkennen könne, dass man „die Gegenanschauung zumindest für möglich halten müsse“²⁸⁹ und dass deshalb über alles, was unser Zusammenleben als politische Wesen betrifft, nach den Methoden der demokratischen Entscheidungsfindung abgestimmt werden könne – das österreichische Bundes-Verfassungsgesetz ohne eine Ewigkeitsklausel zugunsten der Demokratie geschaffen hat. Die wahlberechtigte Bevölkerung hätte so letztlich sogar die Möglichkeit im Rahmen der demokratischen Entscheidungsfindung über die Abschaffung der Demokratie abzustimmen, wenn dies der

²⁸⁸ Dvořák, Hans Kelsen über Staat, Recht und Rechtswissenschaft in der späten Habsburgermonarchie, S. 31.

²⁸⁹ Zit. nach Ehs, Hans Kelsen und politische Bildung, S. 110.

ausdrückliche Wunsch der Mehrheit der Wahlberechtigten wäre. Diesem mutigen Bekenntnis zur Demokratie ist zu folgen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Literaturverzeichnis

Primär- und Sekundärliteratur

Manfred **Ackermann** u.a. (Hg.), Werkausgabe Otto Bauer, Band 4, Wien 1976.

Max **Adler**, Die Aufgabe der Jugend in unserer Zeit (Vortrag, 1927), abgedruckt in: Max Adler, Neue Menschen (= Edition Classic, VDM Verlag Dr. Müller, hrsg. von Esther von Krosigk, Saarbrücken 2007), S. 204-229.

Max **Adler**, Die Staatsauffassung des Marxismus. Ein Beitrag zur Unterscheidung von soziologischer und juristischer Methode (= Marx Studien. Blätter zur Theorie und Politik des wissenschaftlichen Sozialismus, hg. von Max Adler und Rudolf Hilferding, 4. Band, 2. Hälfte), Wien 1922.

Max **Adler**, Die Staatsauffassung des Marxismus. Ein Beitrag zur Unterscheidung von soziologischer und juristischer Methode, Neudruck Darmstadt 1973.

Max **Adler**, Grundlegung der materialistischen Geschichtsauffassung, Wien/Köln/Stuttgart/Zürich 1964.

Max **Adler**, Neue Menschen. Gedanken über sozialistische Erziehung, Berlin 1924.

Detlev **Albers**, Otto Bauer und der „dritte Weg“, Hamburg 1978.

Detlev **Albers**, Horst Heimann, Richard Saage (Hg.), Otto Bauer – Theorie und Politik, Berlin 1985.

Pavlina **Amon**, Otto Bauer. Zur Aktualität des Austromarxismus, Frankfurt am Main/Wien 2010.

Walter **Baier**, Lisbeth N. **Trallori**, Derek **Weber** (Hg.), Otto Bauer und der Austromarxismus, „Integraler Sozialismus“ und die heutige Linke (= Schriften-Reihe der RLS Bd. 16), Berlin 2008.

Otto **Bauer**, Austromarxismus (Leitartikel), in: Arbeiter-Zeitung vom 3. November 1927, S. 1-2.

Otto **Bauer**, Das Gleichgewicht der Klassenkräfte (1924), in: Otto Bauer Werkausgabe Bd. 9, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für die Geschichte der Österreichischen Arbeiterbewegung, Wien 1980, S. 55-71.

Otto **Bauer**, Die österreichische Revolution (1923), in: Otto Bauer, Werkausgabe Bd. 2, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für die Geschichte der Österreichischen Arbeiterbewegung, Wien 1976, S. 489-866.

Otto **Bauer**, Max Adler. Ein Beitrag zur Geschichte des Austromarxismus, in: Der Kampf. Internationale Revue 4, Wien 1937/8.

Otto **Bauer**, Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus, Bratislava 1936.

Otto **Bauer**, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien 1924.

Klaus **Berchtold** (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868-1966, München/Oldenburg 1967.

- Mark E. **Blum**, The Austro-Marxists 1890-1918. A Psychobiographical Study, Lexington 1985.
- Friedhelm **Boll**, „Zetkin, Clara“, in: Thomas Mayer u.a., Lexikon des Sozialismus, Köln 1986.
- Jürgen **Busch**, Hans Kelsen an der Exportakademie in Wien, in: Thomas Olechowski, Christian Neschwara, Alina Lengauer (Hg.), Grundlagen der österreichischen Rechtskultur. Festschrift für Werner Ogris zum 75. Geburtstag, Wien/Köln/Weimar 2010) S. 69-108, hier S. 84.
- Christoph **Butterwegge**, Austromarxismus und Staat. Politiktheorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie zwischen den beiden Weltkriegen, Marburg 1991.
- Der Kampf**, 1. Jg. (1907), 1. Bd., Vorwort.
- Jürgen **Doll**, Theater im Roten Wien: vom sozialdemokratischen Agitprop zum dialektischen Theater Jura Soyfers, Wien/Köln/Weimar 1997.
- Johann **Dvořák**, David Hume. Wissenschaft und Religion bei Hans Kelsen, in: Tamara Ehs (Hg.), Hans Kelsen. Eine politikwissenschaftliche Einführung, Baden-Baden/Wien 2009, S. 133-151.
- Johann **Dvořák**, Hans Kelsen über Staat, Recht und Rechtswissenschaft in der späten Habsburgermonarchie, in: Erwachsenenbildung in Österreich 6/1994, S. 29-31.
- Johann **Dvořák**, Max Adler und der Materialismus, in: Peter Lüftenegger (Hg.), Philosophie und Gesellschaft (= Schriftenreihe des Instituts für Wissenschaft und Kunst Nr. 4), Wien 1984, S. 73-78.
- Johann **Dvořák**, Politik und die Kultur der Moderne in der späten Habsburger-Monarchie, Innsbruck/Wien 1997.
- Johann **Dvořák**, Otto Neurath und die Volksbildung – Einheit der Wissenschaft, Materialismus und umfassende Aufklärung, in: Friedrich Stadler (Hg.), Arbeiterbildung in der Zwischenkriegszeit, Wien / München 1982, S. 149-156.
- Johann **Dvořák**, Theodor W. Adorno und die Wiener Moderne. Ästhetische Theorie, Politik und Gesellschaft, Frankfurt am Main 2005.
- Johann **Dvořák**, Über Theorien des Politischen in der europäischen Neuzeit, Wien 2014.
- Tamara **Ehs**, Hans Kelsen: eine politikwissenschaftliche Einführung, Wien 2009.
- Tamara **Ehs**, Hans Kelsen und politische Bildung im modernen Staat (= Schriftenreihe des Hans Kelsen-Instituts, Band 29), Wien 2007.
- Friedrich **Engels**, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Im Anschluss an L. H. Morgan's Forschungen, Hottingen/Zürich 1884.
- Helmut **Feichter**, Das Linzer Programm der österreichischen Sozialdemokratie, Univ. Diss., Wien 1974.
- Johannes **Feichtinger**, Transatlantische Vernetzungen. Der Weg Hans Kelsens und seines Kreises in die Emigration, in: Hans Kelsen: Leben-Werk-Wirksamkeit, hg. von Robert Walter, Werner Ogris, Thomas Olechowski, (= Schriftenreihe des Hans-Kelsen-Instituts Band 32), Wien 2009, S. 321-338.

Andreas **Fisahn**, Zur Aktualität der Nationalitätenfrage, in: ders., Thilo Scholle, Ridvan Ciftci (Hg.), *Marxismus als Sozialwissenschaft. Rechts- und Staatsverständnisse im Austromarxismus* (= Staatsverständnisse 115, hg. von Rüdiger Voigt), Baden-Baden 2018, S. 195-209.

Ossip K. **Flechtheim**, Kelsens Kritik am Sozialismus, in: Werner Krawietz, Ernst Topitsch, Peter Koller (Hg.), *Ideologiekritik und Demokratietheorie bei Hans Kelsen*, Berlin 1982, S. 309-318.

Miriam **Gassner**, Hans Kelsen und die sowjetische Rechtslehre, in: *Das internationale Wirken Hans Kelsens* (= Schriftenreihe des Hans-Kelsen Instituts, Band 38), Wien 2016, S. 141-167.

Walter **Goldinger**, Dieter A. **Binder**, *Geschichte der Republik Österreich. 1918–1938*, Wien 1992.

Peter **Goller**, *Otto Bauer – Max Adler*, Wien 2008.

Ernst **Hanisch**, *Der große Illusionist. Otto Bauer (1881-1938)*, Wien 2011.

Ludo Moritz **Hartmann**, *Bericht über die Verhandlungen des IV. deutschen Volkshochschultages*, Berlin 1910.

Robert **Haußmann**, *Die Entwicklung des Kapitalismus in der österreichisch-ungarischen Monarchie und die Entstehung des „Austromarxismus“*, Univ. Diss., Osnabrück 1979.

Clemens **Jablonek**, Kelsen and his Circle: The Viennese Years, in: *European Journal of International Law* 9, 1998, S. 368-385.

Matthias **Jestaedt** (Hg.), *Hans Kelsen im Selbstzeugnis*, Tübingen 2006.

Matthias **Jestaedt** (Hg.), *Hans Kelsen. Werke. Band 1, Veröffentlichte Schriften 1905-1910 und Selbstzeugnisse*, Tübingen 2007.

Otto **Kallscheuer**, „Austromarxismus“, in: Thomas Meyer u.a., *Lexikon des Sozialismus*, Köln 1986.

Hans **Kelsen**, *Demokratie* (Vortrag), 1926, abgedruckt in: Matthias Jestaedt, Oliver Lepsius (Hgg.), *Hans Kelsen. Verteidigung der Demokratie. Abhandlungen zur Demokratietheorie*, Tübingen 2006, S. 115-148.

Hans **Kelsen**, *Demokratisierung der Verwaltung*, in: *Zeitschrift für Verwaltung* 54/1921, Heft 1, S. 5-15, abgedruckt in: Hans R. Klecatsky, René Marcic, Herbert Schambeck (Hrsg.), *Die Wiener rechtstheoretische Schule. Schriften von Hans Kelsen, Adolf Merkl, Alfred Verdross*, Wien 2010.

Hans **Kelsen**, *Die ökonomische und die politische Theorie des Marxismus. Eine Selbstanzeige*. In: *Der österreichische Volkswirt*, JG. 12, Nr. 29, 17. April 1920, S. 560-562.

Hans **Kelsen**, *Die politische Theorie Lassalles*, in: *Neue Freie Presse*, 13. April 1924, S. 4.

Hans **Kelsen**, *Otto Bauers politische Theorien*, in: *Der Kampf*, Band 17, 1924, S. 50-56.

Hans **Kelsen**, *Marx oder Lassalle*, in: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung* 11 (1925), S. 261-298.

Hans **Kelsen**, *Reine Rechtslehre*, 2. Auflage Wien 1960.

Hans **Kelsen**, *Secular Religion. A Polemic against the Misinterpretation of Modern Social Philosophy, Science and Politics as „New Religions“*, Wien/New York 2012.

Hans **Kelsen**, Sozialismus und Staat. Eine Untersuchung zur politischen Theorie des Marxismus, 1. Auflage Leipzig 1920 / 2. Auflage Leipzig 1923 / 3. Auflage Wien 1965.

Hans **Kelsen**, Staatsform und Weltanschauung (= Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart 96), Tübingen 1933.

Hans **Kelsen**, The Political Theory of Bolshevism. A Critical Analysis, Berkeley/Los Angeles 1948.

Hans **Kelsen**, The Communist Theory Of Law, New York 1955.

Hans **Kelsen**, Vom Wesen und Wert der Demokratie, Tübingen 1929. (Die Angaben in der vorliegenden Arbeit beziehen sich auf folgende Ausgabe: Hans Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, Reclam Ditzingen 2018.)

Hermann **Klenner**, Rechtsleere. Verurteilung der Reinen Rechtslehre (= Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie 14, hg. von Manfred Buhr), Berlin 1972.

Sven **Kluge**, Vermisste Heimat? Zum emanzipativ-repressiven Doppelcharakter der Gemeinschaftsthematik innerhalb der modernen Pädagogik, Berlin 2008.

Helmut **Konrad**, Die Herausbildung des Austromarxismus und das Verhältnis zu Deutschland, in: ders. (Hg.), Die deutsche und die österreichische Arbeiterbewegung zur Zeit der Zweiten Internationale, Wien 1982, S. 25-46.

Bruno **Kreisky**, Erinnerungen. Das Vermächtnis des Jahrhundertpolitikers, hg. von Oliver Rathkolb, Wien/Graz/Klagenfurt 2007.

Peter **Kulemann**, Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur, Hamburg 1982.

Ferdinand **Lassalle**. Aus seinen Reden und Schriften (= Geist und Gesellschaft. Texte zum Studium der sozialen Entwicklung, hg. von Fritz Klenner und Erich Pogats), Wien 1964.

Oliver **Lepsius**, Hans Kelsen und der Nationalsozialismus, in: Hans Kelsen: Leben-Werk-Wirksamkeit, hg. von Robert Walter, Werner Ogris, Thomas Olechowski, (= Schriftenreihe des Hans Kelsen-Instituts, Band 32), Wien 2009, S. 271-287.

Norbert **Leser**, Skurrile Begegnungen. Mosaik zu österreichischen Geistesgeschichte (= Studien zu Politik und Verwaltung Band 101), Wien/Köln/Graz 2011.

Norbert **Leser**, Was bleibt vom Austromarxismus? Entwicklung und Ausstrahlung des österreichischen Sozialismus, in: Austriaca. Cahiers universitaires d'information sur l'Autriche, Vol. 1, Mont-Saint-Aignan 1978, S. 39- 62.

Norbert **Leser**, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, Wien 1985.

Gustav **Mayer** (Hg.), Lassalles Briefwechsel aus den Jahren seiner Arbeiteragitation, 1862-1864, Wiesbaden 1924.

Rudolf Aladár **Métall**, Hans Kelsen. Leben und Werk, Wien 1969.

Christian **Möckel**, „Austromarxismus“, in: Wolfgang Fritz Haug (Hg.), Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 1, Hamburg 1996, Sp. 756ff.

Gerald **Mozetič**, Hans Kelsen als Kritiker des Austromarxismus, in: Ideologiekritik und Demokratietheorie bei Hans Kelsen, hg. von Werner Krawietz, Ernst Topitsch, Peter Koller (= Rechtstheorie. Zeitschrift für Logik, Methodenlehre, Kybernetik und Soziologie des Rechts, Beiheft 4), Berlin 1982, S. 445-457.

Otto **Neurath**, Lebensgestaltung und Klassenkampf (= Schriftenreihe Neue Menschen, hg. von Max Adler), Berlin 1928.

Grünberg Karl, Rechts- und Wirtschaftshistoriker, in: **Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950 (ÖBL)**, Band 2, Wien 1959, S. 88.

Thomas **Olechowski**, Biographische Untersuchungen zu Hans Kelsen (= Rechtsgeschichtliche Vorträge 64), Budapest 2011.

Thomas **Olechowski**, Hans Kelsen und die Universität Wien, in: Hans Kelsen und die Bundesverfassung. Geschichte einer Josefstädter Karriere (Ausstellungskatalog), Wien 2011, S. 32-39.

Thomas **Olechowski**, Tamara **Ehs**, Kamila **Staudigl-Ciechowicz**, Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918-1938 (= Schriften des Archivs der Universität Wien, Fortsetzung der Schriftenreihe des Universitätsarchivs, Universität Wien, Bd. 20, hg. von Kurt Mühlberger, Thomas Maisel und Johannes Seidl), Göttingen 2014.

Robert Christian **van Ooyen**, Politik und Verfassung. Beiträge zu einer politikwissenschaftlichen Verfassungslehre, Wiesbaden 2006.

Jana **Osterkamp**, Hans Kelsen in der Tschechoslowakei, in: Hans Kelsen: Leben-Werk-Wirksamkeit, hg. von Robert Walter, Werner Ogris, Thomas Olechowski, (= Schriftenreihe des Hans-Kelsen-Instituts Band 32), Wien 2009, S. 305-318.

Manfred **Pascher**, Einführung in den Neukantianismus. Kontext-Grundpositionen-praktische Philosophie, München 1997.

Anton **Pelinka**, Die Grenzen des Austromarxismus. Das Beispiel Karl Renners (1870-1950), in: Gudrun Hentges, Bettina Lösch (Hg.), Die Vermessung der sozialen Welt, Wiesbaden 2011, S. 145-155.

Alfred **Pfabigan**, Austromarxismus und marxistische Philosophie, in: Peter Lüftenegger (Hg.), Philosophie und Gesellschaft (= Schriftenreihe des Instituts für Wissenschaft und Kunst Nr. 4), Wien 1984, S. 65-78.

Alfred **Pfabigan**, Der Austromarxismus und das „Austriacum“, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Band 49, Heft 3, Berlin 2001, S. 381-395.

Alfred **Pfabigan**, Die Rezeption der Marxschen Methode im Austromarxismus, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 6. Jg., 77/1, Wien 1977, S. 39-53.

Alfred **Pfabigan**, Hans Kelsens und Max Adlers Auseinandersetzung um die marxistische Staatstheorie, in: Reine Rechtslehre und marxistische Rechtstheorie (= Schriftenreihe des Hans-Kelsen Instituts, Band 3), Wien 1978, S. 63-90.

Alfred **Pfoser**, Literatur und Austromarxismus, Wien 1980.

Wolfgang **Pircher**, Der umkämpfte Staatsapparat. Hans Kelsen und Max Adler: zurück zu Lassalle oder vorwärts zu Marx? In: Stanley L. Paulson, Michael Stolleis (Hg.), Hans Kelsen. Staatsrechtslehrer und Rechtstheoretiker des 20. Jahrhunderts (= Grundlagen der Rechtswissenschaft 3), Tübingen 2005, S. 276-301.

Reinhard **Pirker**, Engelbert **Stockhammer**, Zur Aktualität austromarxistischen ökonomischen Denkens: Max Adler und Rudolf Hilferding, in: Kurswechsel 4/2006, S. 27-36.

Michael **Potacs**, Hans Kelsen und der Marxismus, in: Hans Kelsen: Leben-Werk-Wirksamkeit, hg. von Robert Walter, Werner Ogris, Thomas Olechowski, (= Schriftenreihe des Hans Kelsen-Instituts, Band 32), Wien 2009, S. 183-193.

Oliver **Rathkolb**, Hans Kelsen und das FBI während des McCarthyismus in den USA, in: Hans Kelsen: Leben-Werk-Wirksamkeit, hg. von Robert Walter, Werner Ogris, Thomas Olechowski, (= Schriftenreihe des Hans-Kelsen-Instituts Band 32), Wien 2009, S. 339-348.

Ilse **Reiter-Zatloukal**, Antisemitismus und Juristenstand. Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät und Rechtspraxis vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum „Anschluss“ 1938, in: Oliver Rathkolb (Hg.), Der lange Schatten des Antisemitismus. Kritische Auseinandersetzungen mit der Geschichte der Universität Wien im 19. und 20. Jahrhundert (= Zeitgeschichte im Kontext 8), Göttingen 2013, S. 183-206.

Karl **Renner**, Marxismus, Krieg und Internationale. Kritische Studien über offene Probleme des wissenschaftlichen und des praktischen Sozialismus in und nach dem Weltkrieg, Stuttgart 1917.

Hans Jürgen **Rieckenberg**, „Hartmann, Ludo Moritz“, in: Neue Deutsche Biographie 7 (1966).

Richard **Saage**, Politische Ideengeschichte in demokratie-theoretischer Absicht. Das Beispiel Hans Kelsen und Max Adlers in der Zwischenkriegszeit (= Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Philologisch-historische Klasse, Band 138, Heft 3), Stuttgart, Leipzig 2003.

Richard **Saage**, Karl Renners Version des „Austromarxismus“, in: Andreas Fisahn, Thilo Scholle, Ridvan Ciftci (Hg.), Marxismus als Sozialwissenschaft. Rechts- und Staatsverständnisse im Austromarxismus (= Staatsverständnisse 115, hg. von Rüdiger Voigt), Baden-Baden 2018, S. 77-87.

Günter **Sandner**, Austromarxismus und Multikulturalismus. Karl Renner und Otto Bauer zur nationalen Frage im Habsburgerstaat, o.O. 2002.

Herbert **Schambeck** (Hg.), Das österreichische Bundes-Verfassungsgesetz und seine Entwicklung, Berlin 1980.

Günther **Schefbeck**, Hans Kelsen und die Bundesverfassung, in: Hans Kelsen und die Bundesverfassung. Geschichte einer Josefstädter Karriere (Ausstellungskatalog), Wien 2011, S. 49-57.

Thilo **Scholle**, Das Staatsverständnis im Austromarxismus – Einleitung, in: Andreas Fisahn, Thilo Scholle, Ridvan Ciftci (Hg.), Marxismus als Sozialwissenschaft. Rechts- und Staatsverständnisse im Austromarxismus (= Staatsverständnisse 115, hg. von Rüdiger Voigt), Baden-Baden 2018, S. 9-19.

Phillipp Horst **Schlüter**, Gustav Radbruchs Rechtsphilosophie und Hans Kelsens Reine Rechtslehre. Ein Vergleich. Inaugural-Dissertation, Univ. Tübingen 2009.

Michael **Schwartz**, Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, München 2013.

Alexander **Somek**, Soziale Demokratie. Jean-Jacques Rousseau, Max Adler, Hans Kelsen und die Legitimität demokratischer Herrschaft, Wien 2001.

Josef Luitpold **Stern**, Klassenkampf und Massenschulung. Reden gehalten am Parteitag in Aussig im Dezember 1923, Prag 1924.

Leo **Trotzki**, Mein Leben. Versuch einer Autobiographie, Berlin 1990 (aus dem Russischen übertragen von Alexandra Ramm).

Karl **Ucakar**, Stefan **Gschiegl**, Das politische System Österreichs und die EU, Wien 2010.

Fritz **Weber**, Der kalte Krieg in der SPÖ (= Österreichische Kulturforschung, Bd. 11, hg. von Matthias Marschik und Gerda Moser), Wien 2011.

Josef **Weidenholzer**, Marginalien zur außerschulischen Bildungsarbeit im Austromarxismus, in: Erik Adam u.a., Die Schul- und Bildungspolitik der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik. Entwicklung und Vorgeschichte, Wien 1983, S. 417-431.

Josef **Weidenholzer**, Auf dem Weg zum „Neuen Menschen“. Bildungs- und Kulturarbeit der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik, Wien/München/Zürich 1981.

Helmut **Weihsmann**, Das Rote Wien. Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919-1934, Wien 2019.

Gerhart Klaus **Wielinger**, Hans Kelsen, in: Wolfgang Mantl, Politik in Österreich. Die Zweite Republik: Bestand und Wandel, Wien/Graz 1992, S. 766-786.

Wissenschaftliche Weltauffassung. Der Wiener Kreis (= **Veröffentlichungen des Vereines Ernst Mach**), Wien 1929.

Internetquellen

<http://www.dasrotewien.at/austromarxismus>, letzter Zugriff am 25.01.2015.

<http://www.dasrotewien.at/seite/bildungs-und-kulturarbeit>, letzter Zugriff am 21.06.2019.

<http://www.deutsche-biographie.de/pnd11907611X.html>, letzter Zugriff am 11.10.2016.

<http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/oesterreich/spoe/1926/linzerprog.htm>, letzter Zugriff am 21.06.2019.

Thomas Olechowski, Von der „Ideologie“ zur „Realität“ der Demokratie, abrufbar unter: <http://www.univie.ac.at/kelsen/workingpapers/kelsendemokratie.pdf>, letzter Zugriff am 01.07.2019.

<http://www.wirtschaftslexikon.co/d/austromarxismus/austromarxismus.htm>, letzter Zugriff am 22.10.2019.

Rechtsquellen

STGBI. Nr. 581 vom 17. Dezember 1919.

STGBI. Nr. 281 vom 14. Mai 1919, Gesetz vom 14. Mai 1919 über das Verbot der Nachtarbeit der Frauen und Jugendlichen in gewerblichen Betrieben, ausgegeben am 24. Mai 1919.

STGBI. Nr. 395 vom 30. Juli 1919, Gesetz vom 30. Juli 1919 über den Urlaub von Arbeitern (Arbeiterurlaubsgesetz), ausgegeben am 7. August 1919.

STGBI. Nr. 245 vom 25. April 1919, Gesetz vom 25. April 1919 über die staatlichen Entschädigungen der Kriegs-Invaliden, -Witwen und -Waisen (Invalidenentschädigungsgesetz), ausgegeben am 27. April 1919.

STGBI. Nr. 100 vom 26. Februar 1920, Gesetz vom 26. Februar 1919 über die Einrichtung von Kammern für Arbeiter und Angestellte (Arbeiterkammern), ausgegeben am 9. März 1920.

BGBI. Nr. 873 vom 7. Dezember 1922, Gesetz vom 7. Dezember 1922 betreffend Wohnungsanforderung, ausgegeben am 15. Dezember 1922.

Bundesgesetzblatt Nr. 1, Gesetz vom 1. Oktober 1920, womit die Republik Österreich als Bundesstaat eingerichtet wird (Bundes-Verfassungsgesetz).

Bundesgesetzblatt Nr. 392, Bundesverfassungsgesetz vom 7. Dezember 1929, betreffend einige Abänderungen des Bundes-Verfassungsgesetzes vom 1. Oktober 1920 in der Fassung des B.G.Bl. Nr. 367 von 1925 (Zweite Bundes-Verfassungsnovelle), ausgegeben am 10. Dezember 1929.

Reichsgesetzblatt Nr. 34, Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, ausgegeben zu Berlin, dem 7. April 1933.

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei all jenen bedanken, die durch ihre fachliche und/oder persönliche Unterstützung zum Gelingen der vorliegenden Arbeit beigetragen haben.

In erster Linie gilt mein Dank Herrn HR Doz. Dr. Johann Dvořák. Er hat mich ermutigt und motiviert, die Arbeit nicht „aus den Augen zu verlieren“ und zeigte sich stets verständnisvoll. Seine herausragende Expertise, seine wertvollen Hinweise und seine schier endlose Geduld ließen mich den vorliegenden Text im Oktober 2019 fertigstellen.

Darüber hinaus möchte ich mich bei meiner Mutter bedanken – nicht nur für das gewissenhafte Endlektorat, sondern vor allem für ihren steten Einsatz, mich in allen Belangen zu unterstützen. Ihrer Hilfe kann ich mir immer sicher sein.

Ebenso wichtig war die Unterstützung meines Mannes, der nicht müde wurde, mir Zuversicht zu vermitteln, das Projekt zu Ende führen zu können und der mich mit seiner optimistischen Art an Dinge heranzugehen, stets inspiriert.

Wien, im Oktober 2019.

Abstract

Die vorliegende Arbeit widmet sich der Frage nach dem Verhältnis Hans Kelsens zum Austromarxismus, einer österreichischen „Variante“ des orthodoxen Marxismus. Dabei wurde der Versuch unternommen, Kelsens marxismuskritische Schriften zu analysieren und die Debatten Kelsens mit namhaften Vertretern des Austromarxismus nachzuzeichnen. Um dieses Verhältnis fassen und anschaulich machen zu können, bedurfte es vorab einer Begriffserörterung des Phänomens „Austromarxismus“ und einer historischen Kontextualisierung desselben. Die durch tiefe nationale, soziale und kulturelle Auseinandersetzungen zerrissene ausgehende Habsburgermonarchie bildete den Nährboden für die Herausbildung der austromarxistischen Schule und ihres theoretischen Konzepts eines „Dritten Weges“ zwischen revolutionärem Bolschewismus und reformistischer Sozialdemokratie, der 1926 mit der Niederschrift des Linzer Programms der Sozialdemokratie schlussendlich praktisch-politische Wirksamkeit erlangen sollte. Unumgänglich war es daher, das theoretische und praktisch-politische Spannungsverhältnis zu umreißen, in dem der Austromarxismus verortet werden kann, welches letztendlich die spezifische Ausformung desselben im Rahmen der österreichischen Verhältnisse bedingte. Hans Kelsen, der sich zwar parteipolitisch nie vereinnahmen lassen wollte, der aber Zeit seines Lebens mit der Gedankenwelt der Sozialdemokratie sympathisierte, war es vor allem daran gelegen, die sozialdemokratischen Anliegen praktisch zu unterstützen: sein Engagement in der Volksbildung legt davon tätiges Zeugnis ab. Sein Verhältnis zum Austromarxismus ist nicht nur auf einer persönlichen Ebene zu fassen – er unterhielt zahlreiche freundschaftliche Beziehungen zu führenden austromarxistischen Theoretikern – sondern vor allem auch in fachlicher Hinsicht. Die Auseinandersetzung, die er mit Max Adler führte, sollte die Debatten der austromarxistischen Zirkel besonders stark beeinflussen. Dabei ging es vor allem um die Analyse des Staatsbegriffs, um die Frage nach Reform oder Revolution und um die Bedeutung des Parlamentarismus in einem politischen System. Hans Kelsen lehnte den gewaltsamen Umsturz ab. Die Form der parlamentarischen Demokratie, die die Gesellschaft davor schütze, „sich auf blutig-revolutionärem Wege zur Katastrophe zu treiben“ und „einen friedlichen Ausgleich zwischen den Klassen schaffe“ (Kelsen 1926), sollte so letztlich auch Eingang in die maßgeblich von Kelsen konzipierte Bundesverfassung von 1920 der eben gegründeten Republik Österreich finden.